



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Magisterarbeit

„Modernise or Die“: Ein Vergleich der
Modernisierungsprozesse sozialdemokratischer Parteien
in Deutschland, Großbritannien und Schweden.

Verfasser

Georg Schrodtt

angestrebter akademischer Grad

Magister der Politikwissenschaft

Wien, im April 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A-300

Matrikelnummer: 0352510

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Karl Ucakar

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 4
2. Methode.....	S. 6
3. Theoriemodelle.....	S. 7
3.1. Der Begriff des Demokratischen Sozialismus.....	S. 8
3.2. Der dritte Weg.....	S. 10
3.2.1. Theorie.....	S. 11
3.2.2. Politische Relevanz.....	S. 16
3.2.3. Kritik.....	S. 18
3.3. Der Wohlfahrtsstaat.....	S. 20
3.3.1. Unterschiedliche Ausprägungen.....	S. 23
3.3.2. Herausforderungen.....	S. 27
3.4. Der Begriff der Sozialen Demokratie.....	S. 30
4. Umsetzungen in Deutschland, Großbritannien und Schweden.....	S. 34
4.1. Die neue Mitte der SPD.....	S. 34
4.1.1. Systemrelevante Aspekte.....	S. 34
4.1.2. Historischer Kontext.....	S. 35
4.1.3. Die Regierungspolitik der SPD (1998-2005).....	S. 37
4.1.4. Die Agenda 2010.....	S. 39
4.1.5. Das Hamburger Programm (2007).....	S. 43
4.2. Der Dritte Weg der Labour Party.....	S. 45
4.2.1. Historischer Kontext.....	S. 45
4.2.2. Die Regierungspolitik der Labour Party (1997-2010).....	S. 48
4.2.3. Der Welfare Reform Act 2007.....	S. 51
4.2.4. Das Labour Party Manifesto 2010.....	S. 53
4.3. Der Wohlfahrtsstaat der SAP.....	S. 58
4.3.1. Historischer Kontext.....	S. 58
4.3.2. Die Regierungspolitik der SAP (1994-2006).....	S. 59
4.3.3. Der Unemployment Insurance Act 1997.....	S. 62
4.3.4. Das Parteiprogramm der SAP (2001).....	S. 64
4.4. Internationale Diversität.....	S. 66
5. Empirische Daten.....	S. 69

5.1. Parteibezogene Trends.....	S. 69
5.1.1. SPD.....	S. 69
5.1.2. Labour Party.....	S. 71
5.1.3. SAP.....	S. 73
5.1.4. SPD, Labour Party und SAP im direkten Vergleich.....	S. 75
5.2. Volkswirtschaftliche Trends.....	S. 76
5.2.1. Demographische Entwicklung.....	S. 76
5.2.2. Beschäftigung.....	S. 79
5.2.2.1. Auswirkungen der Agenda 2010.....	S. 82
5.2.3. Staatliche Ausgaben im Vergleich.....	S. 84
6. Conclusio.....	S. 87

Anhang

I. Literaturverzeichnis.....	S. 90
II. Onlinequellen.....	S. 94
III. Abstract (deutsch).....	S. 95
IV. Abstract (english).....	S. 96
V. Lebenslauf des Autors.....	S. 97

1. Einleitung

Um angemessen auf neue Entwicklungen, wie etwa die oft zitierte Globalisierung, zu reagieren, versuchten zahlreiche sozialdemokratische Parteien Ende des 20. Jahrhunderts in Europa einen Kurswechsel zu vollziehen. Zu den Vorreitern zählten unter anderem Gerhard Schröder, damals Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD), und Tony Blair, damals Vorsitzender der britischen Labour Party. Sie propagierten im sogenannten „Blair-Schröder-Papier“ einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Trotz der polarisierenden Wirkung des Papiers sollten andere Länder ihrem Beispiel folgen. So versuchte auch die SAP in Schweden ihr Wohlfahrtsstaatsmodell zu modernisieren, wenn auch in abgeschwächter Form.

Ungeachtet dieser Bemühungen erhielten die angesprochenen Parteien bei den darauffolgenden Wahlen zum Teil empfindliche Niederlagen: Die SPD musste 2005 die rot-grüne Regierungskoalition beenden und mit der Christlich-demokratischen, Christlich-sozialen Union (CDU/CSU) als „kleiner“ Koalitionspartner eine Regierung bilden. 2009 folgte schließlich der Gang in die Opposition. In Großbritannien konnte die Labour Party 2005 zwar die Regierungsmehrheit behaupten, allerdings mit einem deutlichen Stimmenverlust. 2010, nun mit Gordon Brown als Premierminister, endete auch für sie die Zeit als Regierungspartei. In Schweden wurde 2006 die von der Socialdemokratiska Arbetarepartiet (SAP) geführte Koalition abgewählt und durch eine bürgerliche Regierung ersetzt. Es scheint somit zweifelhaft, ob die unternommenen Modernisierungsversuche auch vom Wahlvolk geschätzt werden oder nicht genügend als notwendig kommuniziert werden konnten. Interessant ist ebenso, ob aufgrund dieser Wahlniederlagen eine Rückkehr zu Überzeugungen vor den Neuorientierungen beobachtet werden kann.

Gewählt wurden diese sozialdemokratischen Parteien für die vorliegende Arbeit aufgrund ihrer Reformanstrengungen in jüngerer Vergangenheit. Zudem werden diese drei Parteien gemeinhin unterschiedlichen Richtungen der Sozialdemokratie zugerechnet. Ebenso zählen sie zu verschiedenen Wohlfahrtsstaatsmodellen. So lassen sich die unterschiedlichen Reformmaßnahmen gut ausarbeiten und vergleichen.

Neben teils radikalen Brüchen mit ihren Traditionen und den folgenden enttäuschenden Wahlergebnissen stellt sich die Frage, welche anderen Gemeinsamkeiten es zwischen diesen Parteien gibt? Wo lassen sich gravierende Unterschiede feststellen?

Welcher der drei Reformversuche kann als Erfolg bewertet werden?

Diesen Fragen soll auf theoretischer, praktischer und empirischer Ebene nachgegangen werden.

Folgende Thesen gilt es dabei zu überprüfen:

- 1) Die Ziele der drei Parteien weichen stark voneinander ab, die Instrumente zur Erreichung ihrer Vorhaben zeichnen sich hingegen durch eine große Ähnlichkeit aus.
- 2) Aufgrund ihrer unterschiedlichen Traditionen ist im Vergleich mit der SPD und der SAP bei der Labour Party mit einer stärkeren wirtschaftsliberalen Ausrichtung zu rechnen.

Diese Arbeit lässt sich insgesamt in fünf Abschnitte gliedern:

Zunächst werden die verwendeten Methoden näher präsentiert. Anschließend werden im theoretischen Abschnitt die Parteiprogramme verglichen, wobei die unterschiedlichen historischen Entwicklungen der Parteien dargestellt werden.

Anhand von Gesetzestexten wird in weiterer Folge der Output dieser sozialdemokratischen Parteien untersucht.

Makroökonomische Statistiken sollen einen Vergleich der jeweiligen Performanz ermöglichen.

Allfällige Schlussfolgerungen werden abschließend in einer Conclusio zusammengefasst.

Um dieses weite Thema einzugrenzen, wird in erster Linie auf Entwicklungen jüngerer Vergangenheit eingegangen. Untersucht wird der Zeitraum ab der Übernahme von Regierungsverantwortung bis zum neuerlichen Gang in die Opposition. Im Falle der SPD handelt es sich also um die Jahre 1998 bis 2009, für die Labour Party zählen die Jahre 1997 bis 2010, und für die SAP die Jahre 1996 bis 2006.

Was aktuelle beziehungsweise mögliche zukünftige Entwicklungen anbelangt, so werden diese im Zuge der Conclusio kurz erörtert.

2. Methode

Die theoretischen Aspekte dieser Arbeit umfassen zum einen die Kernpunkte des dritten Weges nach Anthony Giddens, zum anderen die unterschiedlichen nationalstaatlich divergierenden Ausprägungen des Wohlfahrtsstaates. Giddens kommt insofern besondere Bedeutung zu, da er in der Literatur oftmals als „intellektueller Stichwortgeber“ in Bezug auf die Neuorientierung der europäischen Sozialdemokratie bezeichnet wird¹. Viele Reformvorschläge von Giddens beziehen sich direkt auf den Wohlfahrtsstaat, weshalb eine Untersuchung der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsmodelle in Theorie und Praxis sinnvoll schien.

Der empirische Teil dieser Arbeit setzt sich mit den Parteiprogrammen auseinander. Sie wurden mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse verglichen: programmatische Schwerpunkte wurden herausgestrichen, um eine etwaige allgemeine Tendenz der Programme zu erkennen. Anschließend wurden vergleichbare Hauptpunkte zusammengefasst. So war es möglich Gemeinsamkeiten und Unterschiede auszuarbeiten. Alle drei Parteiprogramme wurden im Internet veröffentlicht.

Da die Handlungen der Parteien in ihrem jeweiligen historischen Kontext zu betrachten sind, werden mit Hilfe von Sekundärliteratur die geschichtlichen Zusammenhänge dargestellt.

Des Weiteren werden Gesetzestexte, welche von sozialdemokratisch dominierten Regierungen erlassen wurden, untersucht. Auch diese Texte waren im Internet zugänglich. Die Auswahl erfolgte nach inhaltlichen Kriterien: so sollten sich diese Gesetze mit sozialdemokratischen Kernthemen, wie zum Beispiel „Arbeitnehmerschutz“, befassen. Auch sie wurden einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen, um sie mit den zuvor gewonnenen Erkenntnissen der Parteiprogramme zu vergleichen.

Durch eine Sekundärdatenanalyse konnten makroökonomische Statistiken schließlich in eine vergleichende Perspektive gesetzt werden. So könnten Kenntnisse über die Wirksamkeit umgesetzter Reformen gewonnen werden. Hier waren die OECD beziehungsweise Eurostat als Quellen hilfreich.

¹ Vgl. u.a. Mahnkopf, S. 2.

3. Theoriemodelle

Im Zuge des Kalten Krieges vollzogen viele sozialistische Parteien einen Namenswechsel und begriffen sich als sozialdemokratische Parteien, um sich von autoritären kommunistischen Regimen abzugrenzen. Auch ihre Grundsätze wurden überarbeitet: soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit² und ein starker Wohlfahrtsstaat waren nun die zentralen Anliegen. Um die Produktion von Gütern nicht dem „ungezügelter Kapitalismus“ zu überlassen wurde die Nationalisierung der Produktion in gleichem Maß befürwortet wie ein generell interventionistischer Staat³.

In den 1970er Jahren entwickelten sich die sozialdemokratischen Parteien zu „Catch-all-parties“⁴: die Zahl der nun aus unterschiedlichen sozialen Schichten kommenden Mitglieder stieg, hingegen nahm die Bedeutung einer dominanten Ideologie ebenso ab wie die Abhängigkeit von Gewerkschaften. Nun wurde ein „ideologischer Pluralismus“ favorisiert, und das Prinzip des kollektiven Handelns, in Form eines ausgeprägten Korporatismus, gewann so an Bedeutung. Ungleichheit wurde generell auf soziale und ökonomische Missstände zurückgeführt, dementsprechend sollte es Aufgabe des Staates sein, für Gleichheit der Lebensbedingungen zu sorgen.

Bereits im darauffolgenden Jahrzehnt gingen die Beschäftigungszahlen zurück, wirtschaftlicher Erfolg schien vor allem durch individuelle Unternehmensinitiativen möglich zu sein. Der Staat sollte zwar nach wie vor ein „aktiver Manager“ sein, doch nun in dezentralisierter Form: das Prinzip der „Selbstregierung“ trat in den Vordergrund. Auf wirtschaftlicher Ebene wurde eine Erweiterung des öffentlichen Sektors befürwortet, allerdings bei einer gleichzeitigen Abkehr vom Keynesianismus, welcher eine Politik der Verstaatlichung empfahl⁵.

Entwicklungen jüngerer Vergangenheit scheinen sich an mehreren Überlegungen zu orientieren: die Kürzung von Löhnen sowie staatlichen Ausgaben und die Abkehr von einer aktiven Steuerpolitik stehen ebenso im Mittelpunkt wie die Anerkennung des freien Wettbewerbes.

² Zum Prinzip der Gerechtigkeit im politischen System vergleiche Ucakar, S. 198ff.

³ Vgl. Olszewski, S. 21.

⁴ Gemeint sind mit diesem Begriff Großparteien, die sich nicht mehr auf ein Wählersegment konzentrieren, sondern das gesamte Elektorat erreichen möchten.

⁵ Vgl. Olszewski, S. 23f.

Weitere Anliegen umfassen die Reform des öffentlichen Sektors sowie eine stärkere Betonung des Umweltschutzes. Diese Überzeugungen werden zeitweise auch dem „Dritten Weg“ zugeschrieben⁶.

Aktuell gibt es drei dominante Typen innerhalb der europäischen Sozialdemokratie:

1) Der traditionelle Typ: traditionelle Ziele werden mit traditionellen Instrumenten verfolgt. Es zeichnet sich kein konsistenter Reformpfad ab, lediglich singuläre Änderungen werden vorgenommen. Beispielhaft ist hier die deutsche Sozialdemokratie⁷.

2) Der modernisierte Typ: traditionelle Ziele werden mit neuen Instrumenten verfolgt. Steuererhöhungen werden bei gleichzeitiger Ausgabensenkung vorgenommen. Beispiel hierfür ist die schwedische Sozialdemokratie⁸.

3) Der liberalisierte Typ: neue Prioritäten werden mit neuen Instrumenten verfolgt. An Stelle von gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen werden selektive Steuersenkungen bevorzugt. Mit bedürftigkeitsgeprüften Programmen und einer liberalen Arbeitsmarktpolitik sollen zudem „Arbeitsanreize“ geschaffen werden. Beispiel hierfür ist die britische Sozialdemokratie⁹.

3.1. Der Begriff des Demokratischen Sozialismus

Sowohl Labour Party, SAP, als auch die SPD sehen sich selbst in der Tradition des Demokratischen Sozialismus, allerdings ohne diese Bezeichnung näher zu definieren. Allgemein umschreibt dieser Begriff die Umsetzung „sozialistischer Grundwerte, wie etwa Freiheit, Gleichheit, Solidarität, auf freiheitlich demokratischem Wege, das heißt durch Reform und Demokratisierung“¹⁰. Franziska Drohsel beispielsweise versteht unter dem Begriff der Freiheit „die Freiheit des einzelnen Individuums, die dort endet, wo sie die Freiheit eines anderen Individuums begrenzt. Freiheit meint dabei nicht nur die Freiheit vor staatlichen Eingriffen, sondern auch die

⁶ Vgl. Olszewski, S. 28f.

⁷ So wurden während der rot-grünen Koalition (1998-2005) zwar die Unternehmenssteuern gesenkt, diese sind jedoch im internationalen Vergleich noch immer hoch; das strukturelle Defizit wurde erhöht und die Arbeitnehmerrechte wurden gestärkt.

⁸ In Schweden wurde im Zuge einer sozialdemokratisch dominierten Regierung (1996-2006) der universalistische Wohlfahrtsstaat beibehalten, gleichzeitig jedoch die staatlich-private Pension eingeführt.

⁹ Vgl. Merkel, S. 377f.

¹⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung.

Freiheit zu Handeln und damit ganz besonders die Freiheit von materiellen Nöten. Dabei geht es zum einen um die Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern wie Bildung und zum anderen um die Gewährleistung einer materiellen Grundlage“¹¹.

Der Begriff des demokratischen Sozialismus wurde bereits gegen Ende des Ersten Weltkrieges geschaffen, hauptsächlich um sich von der sozialistischen „Diktatur des Proletariats“ zu unterscheiden, welche unter anderem von Lenin angestrebt wurde.

In Deutschland findet der Begriff im Godesberger Programm aus dem Jahre 1959 abermals Erwähnung. Dort heißt es: „Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit. Diese neue und bessere Ordnung erstrebt der demokratische Sozialismus.“¹²

Zur Zeit des Kalten Krieges wurde der Begriff des demokratischen Sozialismus auf ähnliche Weise gebraucht, wie zur Zeit der Oktoberrevolution. Nämlich in Abgrenzung zum realexistierenden Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR¹³. Auch im Berliner SPD-Programm findet sich der Begriff an prominenter Stelle, etwa wenn es heißt, dass „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus sind, sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.“¹⁴ Unklar ist hier jedoch wie weit die Freiheit des Individuums zu Gunsten der gesellschaftlichen Solidarität beschränkt werden darf. Auch die Frage nach staatlichen Eingriffen zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit bleibt unbeantwortet.

Nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus begann erneut eine Diskussion über die Frage, ob der Demokratische Sozialismus nicht aufgegeben werden sollte. Letztlich konnte sich diese Position nicht durchsetzen, was nicht zuletzt auch an der Formulierung, die das Hamburger Programm beinhaltet (s. Kap. 4.1.5.), zu sehen ist. Für Drohsel steht fest, dass der „realexistierende Sozialismus die sozialistische Idee pervertiert hat und mit dem, was die Sozialdemokratie unter Sozialismus verstanden hat und versteht, eben nicht identisch ist. Folglich kann das

¹¹ Drohsel, S. 7.

¹² Godesberger Programm.

¹³ Vgl. Drohsel, S. 5.

¹⁴ Berliner Programm, S.12.

Scheitern eines Gesellschaftsmodells, das von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Beginn an kritisiert wurde, nicht als Begründung dienen, warum die Sozialdemokratie ihre grundlegende Vision aufgeben sollte“¹⁵.

Wolfgang Thierse sieht in der „sozialen Demokratie“ vielmehr den „Weg, der das Ziel, den demokratischen Sozialismus, verwirklicht“. Denn sowohl dieses „Ziel, als auch die Arbeit dafür sind historisch noch nicht erledigt“¹⁶.

3.2. Der Dritte Weg

Ursprünglich war mit dem „dritten Weg“ ein Kompromiss zwischen Marktkapitalismus und Kommunismus gemeint, meist in Form einer sozialen Marktwirtschaft¹⁷. In Schweden wurde der dritte Weg als programmatische Erneuerung begriffen, während in Großbritannien von einem „aufgewärmten Neoliberalismus“ die Rede war. Allgemein wird dieser Begriff mit einem generellen Überdenken sozialdemokratischer Programmatik gleichgesetzt¹⁸.

Eine wissenschaftliche Definition des Dritten Weges fällt schwer, nicht zuletzt da es mehrere Dimensionen dieses Begriffes gibt:

.) Der Dritte Weg als Metapher: es existiert kein detailliertes Konzept, sondern vage Schlagworte. Dies hat zum Vorteil, dass „nicht alle das Gleiche sehen“, somit kann sich jeder unter diesem Begriff etwas anderes vorstellen. Durch das Fehlen klarer Profile besteht allerdings die Gefahr, dass „den Dritten Weg keine lange Karriere vergönnt ist“.

.) Der Dritte Weg als Strategie: durch eine Verbindung mit positiv besetzten Begriffen (wie etwa Sicherheit oder Modernisierung) sollen positive Assoziationen geweckt werden.

.) Der Dritte Weg als Vision: bei dieser Auslegung steht ein Politikentwurf, welcher praktisch abgearbeitet werden kann, im Mittelpunkt¹⁹.

¹⁵ Drohsel, S. 6.

¹⁶ Thierse, S. 1.

¹⁷ Vgl. Niemann, S. 12.

¹⁸ Vgl. Giddens 1999, S. 37.

¹⁹ Vgl. Castellucci, S. 5f.

3.2.1. Theorie

Mehrere Trends erfordern Anthony Giddens zu Folge eine programmatische Überarbeitung sozialdemokratischer Grundsätze, auf der Basis neuer soziologischer Erkenntnisse:

1) Die zwei Seiten der *Globalisierung*: zum einen verringert sich der staatliche Handlungsspielraum, zum anderen werden lokale Identitäten wiederbelebt. Die Reichweite staatlicher Handlungen ist zwar unverändert groß - sie sollte jedoch in Abstimmung mit regionalen und transnationalen Akteuren erfolgen.

2) Die zunehmende *Individualisierung*: der kontinuierliche Anstieg des Wohlstandes führte zu einem heterogenen Pluralismus. Die sogenannte „Ich- Generation“ zeigt sich jedoch moralisch sensibilisiert und in Bezug auf die freie Wahl der Lebensform anti- autoritär. Voraussetzungen für eine Teilnahme an dieser Gesellschaft sind ein „erfüllender“ Arbeitsplatz, eine hinreichende Ausbildung und ein hohes Maß an Mobilität. Chancen ergeben sich durch eine neue Form der (nichtstaatlichen) Solidarität, nämlich durch Eingehen wechselseitiger Verpflichtungen bei einem erhöhten Verantwortungsgefühl.

3) Die zunehmende Annäherung von ehemals „linken“ und „rechten“ Parteien an das Zentrum des politischen Spektrums: im Laufe der Zeit setzte sich der Ritus durch, dass die unterlegene Partei Ansichten der dominanten Partei übernimmt und neutralisiert. Beispiele hierfür sind die Übernahme wohlfahrtstaatlicher Konzepte in „rechte“ Agenden, beziehungsweise die Förderung des freien Marktes in „linken“ Konzepten. Als eines der wenigen konstanten Unterscheidungsmerkmale gilt die unterschiedliche Forcierung von gesellschaftlicher Gleichheit.

4) Die Veränderung des *politischen Handelns*: durch die zunehmende „Entpolitisierung“ bei gleichzeitiger Abnahme staatlicher Einflussmöglichkeiten änderte sich auch das öffentliche Aufgabenspektrum. In Rücksichtnahme auf das steigende politische Engagement soll der Staat Mittel für die Repräsentation unterschiedlicher Interessen ebenso bereitstellen wie einen Raum für eine ungehinderte politische Diskussion. Des Weiteren ist er für die kollektive Sicherheit und die Wohlfahrt verantwortlich. Zur Wahrung des „sozialen Friedens“ steht es ihm zu, in Märkte einzugreifen, sobald öffentliche Interessen berührt werden. Durch ein verbessertes Bildungssystem gilt es die menschliche Kreativität zu fördern. Für ein

effektives Rechtssystem trägt der Staat ebenso Sorge wie für eine funktionierende Infrastruktur.

5) Berücksichtigung *ökologischer Notwendigkeiten*: im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind nach dem Vorbeugeprinzip die gegenwärtigen Bedürfnisse zu befriedigen ohne die Ressourcen zukünftiger Generationen einzuschränken. Allerdings sind die Bedürfnisse kommender Generationen – abgesehen von Abfallvermeidung - nur schwer abzuschätzen. Im Zuge einer ökologischen Modernisierung gilt es Partnerschaften zwischen Regierung, Unternehmen, Umweltschützern und Wissenschaftern einzugehen, um die „kapitalistische politische Ökonomie ökologisch verträglich“ zu gestalten²⁰.

Um diese Herausforderungen zu meistern schlägt Giddens den dritten Weg vor. Dieser sieht vor, der Bevölkerung ein positives Bild der *Globalisierung* zu vermitteln. So kann in weiterer Folge der kulturelle und ökonomische Protektionismus abgebaut werden. Es stellt sich dabei die Frage wie Globalisierung als etwas Positives dargestellt werden kann, wenn Kritik oft ex ante als „fortschrittsfeindlich“ abgetan wird.

Des Weiteren kann ein neues Verhältnis vom Individuum zur *Gesellschaft* für soziale Gerechtigkeit sorgen. Dafür ist es nötig, selbstbestimmtes Handeln zu fördern und das gesellschaftliche Umfeld einzubeziehen.

Soziale Rechte sollen ausschließlich in Verbindung mit *Verpflichtungen* beansprucht werden. Indem zum Beispiel nur noch aktiv Arbeitssuchende eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, kann verhindert werden, dass ein Sozialsystem „dämpfend“ wirkt.

Um ein höheres Maß an Transparenz zu gewährleisten, sollen öffentliche Entscheidungen nur in Folge *demokratischer Verfahren* zustande kommen. Unbeachtet bleibt hier die Tatsache, dass viele demokratische Verfahren auf zunehmend geringes Interesse seitens der Bürger treffen

Um einen *kosmopolitischen Pluralismus* zu verwirklichen ist die Unterscheidung zwischen Staatsbürgern und Ausländern zu hinterfragen. So kann die soziale Inklusion in gleicher Weise wie transnationales Regieren verbessert werden.

Ein weiterer Bestandteil des dritten Weges ist ein *philosophischer Konservatismus*. Dieser soll ein „gewisses Maß“ an Kontinuität sicherstellen und dafür sorgen, dass

²⁰ Vgl. Giddens 1999, S. 40ff.

der Modernisierung Grenzen gesetzt sind. Die Gefahr besteht hier in einer willkürlichen Grenzziehung.

Gleichheit und *sozialer Schutz* sind in ähnlicher Form zu gewährleisten²¹.

Um diese Ziele zu verwirklichen bedarf es mehrerer Schritte. Zunächst scheint eine umfassende *Staatsreform* notwendig: die Zentralisierung ist ebenso voranzutreiben wie die Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips; die Öffentlichkeit sollte stärker einbezogen werden, um durch größere Transparenz die Korruption zu senken; die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gilt es zu steigern; durch „Demokratie-Experimente“, wie etwa elektronische Referenden, kann der Kontakt zu den Bürgern erhöht werden; Regeln für den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt sollten durch Beratungsverfahren mit Experten, Regierungsvertretern und Laien aufgestellt werden, so könnten ethische Fragen nachvollziehbar diskutiert werden. Problematisch ist eine zunehmende Zentralisierung jedoch in föderalen Staaten.

Auch zur Stärkung der *Zivilgesellschaft* sind Maßnahmen möglich. Es könnten lokale Initiativen unterstützt werden. Das Gemeinwohlunternehmertum kann durch Steuervergünstigungen gefördert werden. Durch die Vergabe von Kleinkrediten können Initiativen zur Unternehmensgründung unterstützt werden. Dies könnte jedoch dazu führen, dass notwendige Leistungen, etwa im sozialen Bereich, vom guten Willen Einzelner abhängen.

Bei der *Kriminalitätsbekämpfung* rät Giddens zur „präventiven Bildung“ und sozialen Beratung, um das soziale Verhalten zu verbessern. Dies sollte zu einer gesellschaftlichen Einbeziehung aller wirtschaftlichen und ethnischen Gruppen führen. Das setzt allerdings voraus, dass soziales Fehlverhalten auf Freiwilligkeit basiert.

Des Weiteren ist die *Familie* zu demokratisieren: formale Gleichheit zwischen Mann und Frau, sowohl auf „sexueller als auch emotionaler Ebene“, gilt es ebenso herzustellen wie individuelle Rechte, Selbstbestimmung und Gewaltfreiheit. Voraussetzungen hierfür sind die Flexibilität und Anpassungsbereitschaft der Partner, eine geteilte Verantwortung für das Kind (etwa durch vertragliche Verpflichtungen auch zwischen unverheirateten Paaren), aber auch Verpflichtungen für das Kind (zum Beispiel finanzielle Unterstützung falls die Eltern Sozialhilfeempfänger sind).

²¹ Vgl. Giddens 1999, S. 80ff.

Auf ökonomischer Ebene tritt Giddens für eine *neue gemischte Wirtschaft* ein. So könnte der Staat die Dynamik des Marktes für öffentliche Interessen nutzen und so durch ein Gleichgewicht von Regulierung und Deregulierung Synergieeffekte nutzen. In Bezug auf das *Sozialsystem* sollte an Stelle einer „Kultur der Selbstverständlichkeit“ eine „verantwortungsbewusste Übernahme von Risiken“ von Seiten der Bürger treten. Durch eine „Chancenumverteilung“ könnten des Weiteren Kreativität und individuelle Möglichkeiten gefördert werden. Generell liegt hier das Hauptaugenmerk auf Inklusion, also auf Chancengleichheit, öffentliches Mitspracherecht und Arbeitsmarktzugang für alle Bürger. So könnte einer wirtschaftlichen Exklusion begegnet werden.

Um zu verhindern, dass sich aufgrund von Entmutigung oder Desinteresse eine physische oder kulturelle Exklusion einstellt, ist die Beibehaltung eines „bestimmten Niveaus von Sozialleistungen“ unumgänglich. Weitere Maßnahmen um eine unfreiwillige gesellschaftliche Randposition zu vermeiden, sind eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital, ein verantwortungsbewusster Unternehmensethos, sowie ein funktionierendes Gesundheitssystem. Die Grundbedürfnisse von Personen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, sollten von Sozialleistungen abgedeckt werden. Gemeinschaftsorientierte Maßnahmen sollen zur gegenseitigen Unterstützung und zur Selbsthilfe ermutigen²².

Obwohl der Wohlfahrtsstaat laut Giddens ineffizient und undemokratisch ist, die persönliche Freiheit begrenzt, und entfremdend sowie kontraproduktiv wirkt, befürwortet er eine Umgestaltung statt einer völligen Demontage. Eine „*positive Wohlfahrt*“ sollte vielmehr die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen, um die „positiven Seiten von Risiken“ aufgreifen zu können. In Form von Beratungen an Stelle von finanzieller Unterstützung soll auch auf das psychische Wohlergehen eingegangen werden. Durch Anreize oder gesetzliche Verpflichtungen soll die Bereitschaft Risiken zu übernehmen gesteigert werden. Fraglich ist inwiefern Beratungen finanzielle Engpässe lindern können.

Die *Altersvorsorge* soll zum einen mit einer ausreichend staatlich finanzierten Grundrente finanziert werden, zum anderen durch einen „Zwang zur Eigenvorsorge“ ergänzt werden. Dies würde Abhängigkeit verringern und gleichzeitig die Selbstachtung steigern. Des Weiteren sollte das feste Rentenalter abgeschafft

²² Vgl. Giddens 1999, S. 88ff.

werden, sowie „Vorgriffe“ auf Pensionsansprüche ermöglicht werden, um eine individuelle Lebensplanung zu erleichtern. Durch eine Abkehr vom Prinzip der „vorsorgenden Nachsorge“ und einer Umgestaltung der Berufsarbeit, könnten die Begabungen und Fertigkeiten älterer Menschen genutzt werden.

Arbeitsplätze könnten durch eine Unterstützung von „unternehmerischen Initiativen“ beziehungsweise durch Sicherheitsgarantien bei Fehlschlägen gefördert werden. Durch „lebenslanges Lernen“ könnten kognitive und emotionale Fähigkeiten weiterentwickelt werden. Um unrentable Projekte attraktiver zu machen, schlägt Giddens eine verstärkte Partnerschaft für öffentliche Aufgaben vor. Das Niveau der Flexibilität sei allgemein zu steigern, dies könnte durch einheitliche Bildungsstandards und unabhängige „Ruhestandsgehaltsansprüche“ geschehen. Durch eine verstärkte öffentlich- private Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Kinderbetreuung, sei auch eine familienfreundliche Arbeitsmarktpolitik möglich²³. Oft ist jedoch der Ruf nach mehr Flexibilität mit einer Zunahme von Überstunden verbunden.

Eine „Politik der zweiten Chance“ könnte am Arbeitsmarkt gescheiterten Personen unter Berücksichtigung der materiellen Umstände helfen, ihre „Identität zu reparieren“. Dies kann mit Hilfe von sozialen Netzwerken oder Selbsthilfegruppen geschehen²⁴.

Giddens setzt sich allgemein für eine Weiterentwicklung des „Verwaltungsstaates“ hin zu einem „Sozialstaat“ ein. Dieser soll nicht durch universalistische Sozialleistungen arbeitsfähige Bürger sozialstaatsabhängig machen, sondern „einzelne schützen, wo der Markt hilflos ist“. So könne es das Ziel einer „guten Regierung“ sein, das „Streben nach Glück zu fördern“, um so den Menschen zu helfen „ihr Innenleben in den Griff zu bekommen“. Denn Glück steht „in keinem eindeutigen Verhältnis zu Reichtum und Macht“, es ist also von materiellem Besitz unabhängig²⁵. Dies könnte man auch als Absage an den universalistischen Sozialstaat werten. An dessen Stelle wären Sozialleistungen „treffsicher“ einzusetzen.

²³ Vgl. Giddens 1999, S. 130ff.

²⁴ Vgl. Giddens 1997, S. 246ff.

²⁵ Vgl. Giddens 1997, S.188ff.

3.2.2. Politische Relevanz

Für eine Untersuchung der politischen Relevanz von Giddens Thesen eignet sich das „Blair-Schröder-Papier“. Es wurde am 8. Juni 1999 verfasst, und kann als „programmatischer Unterbau“ für die Politik, welche die beiden Staatschefs Tony Blair und Gerhard Schröder vorantrieben, betrachtet werden.

Die beiden Staatsmänner sehen eine „Modernisierung sozialdemokratischer Konzepte“ als unumgänglich, nicht zuletzt aufgrund der nötigen Anpassung an „objektiv veränderte Bedingungen“. Diesen neuen Herausforderungen solle ohne „ideologische Vorbedingungen“, dafür mit „pragmatischer Politik“ begegnet werden²⁶. Es gelte die Wirtschaft „nach Kräften“ zu fördern, sie dürfe durch staatliche Eingriffe „ergänzt und verbessert“ werden, jedoch keinesfalls behindert werden. Zu lange seien die „Schwächen der Märkte über-, ihre Stärken unterschätzt“ worden. Von Seiten des Staates sei nun für Bedingungen zu sorgen, in denen „Unternehmen prosperieren“ können, dies könne durch „Körperschaftssteuersenkungen“ oder einer „Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung“ geschehen. Als Folge könnte allerdings ein internationaler Wettbewerb um die geringsten Unternehmenssteuern entstehen.

Um die Volkswirtschaften darüber hinaus „anpassungsfähig“ zu machen seien „flexible Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte“ nötig. Für prosperierende Unternehmen sei es des Weiteren nötig, diese nicht durch „Regulierungen und Paragraphen zu ersticken“²⁷. Gefährlich ist hier jedoch eine „laissez-faire-Einstellung“ seitens des Staates.

Durch die Forderung nach „Gleichheit im Ergebnis“ sei die „Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung“ unterminiert worden. Ziel sei nun die Herstellung von „Chancengleichheit“. Hier stellt sich die Frage, wann tatsächlich von einer Gleichheit der Chancen aller Bürger gesprochen werden kann.

Aufgrund neuer Technologien und deren Einfluss auf die Produktion sei es die „wichtigste Aufgabe der Modernisierung in Humankapital zu investieren“. So sollen „kompetente Arbeitnehmer“ geschaffen werden, die „neue Verantwortung“ übernehmen und somit das „Sprungbrett in die Eigenverantwortung“ nutzen. Denn es werde erwartet, dass „jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt“, schließlich

²⁶ Vgl. Blair/Schröder, S.1ff.

²⁷ Vgl. Blair/Schröder, S.7ff.

„bedingen Rechte gleichzeitig auch Pflichten“. In weiterer Folge könne so der „Diskrepanz zwischen offenen Stellen und dem Mangel an qualifizierten Bewerbern“ beigegeben werden. „Lebenslanges Lernen und eine Steigerung der Ausbildungsqualität“, welche sich an den „Bedürfnissen des Arbeitsmarktes“ orientieren sollte, seien dafür erforderlich²⁸. Hier besteht das Risiko sich durch eine spezifische Ausbildung noch stärker vom Arbeitsmarkt abhängig zu machen.

„Soziale Mindestnormen“ sollten erhalten bleiben. „Gezielte Maßnahmen“ sollen denjenigen zu Gute kommen, die „am meisten von sozialer Ausgrenzung betroffen sind“. So soll ein „Sozialsystem“ entstehen, „das Initiative und Kreativität fördert“. Im Sinne einer „angebotsorientierten Politik“ soll durch „strukturelle Reformen der Sozialsysteme eine beschäftigungsfreundliche Steuer- und Abgabenstruktur“ entwickelt werden²⁹.

Staatsausgaben seien auf ihre Effizienz zu überprüfen und sollen in erster Linie dem „Wachstum dienen“. Öffentliche Verschuldung wird aber nicht generell abgelehnt: antizyklische Investitionen im Sinne der „goldenen Regel“³⁰ können durchaus nützlich sein. Im Zuge der „Modernisierung des öffentlichen Sektors“ sei eine Kürzung der Ausgaben unumgänglich, ebenso wie die Einführung eines „Effizienz-, Wettbewerbs- und Leistungsdenkens“. „Machtbefugnisse“ sollten an die niedrigstmögliche Ebene delegiert werden. Ziel aller „sozialpolitischen Instrumente“ sollte es sein, „Selbsthilfe anzuregen und Eigenverantwortung zu fördern“. Der Sozialstaat als solches sollte „reformiert, nicht abgeschafft werden“, er dürfe nicht „rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern“. Ein wenig euphemistisch scheint hier der Begriff „gefördert“, schließlich werden durch solche Maßnahmen Initiative und Kreativität eher erzwungen.

Spätere Änderungen an diesem Konzept seien durchaus möglich und auch erwünscht, handele es sich bei dem „Blair-Schröder-Papier“ doch „weniger um ein abgeschlossenes Programm“, mehr um einen Entwurf³¹.

²⁸ Vgl. Blair/Schröder, S.8ff.

²⁹ Vgl. Blair/Schröder, S. 5ff.

³⁰ Die in Großbritannien übliche „goldene Regel“ erlaubt eine Aufnahme von Staatskrediten einzig zum Zweck von Investitionen.

³¹ Vgl Blair/Schröder, S.13.

3.2.3. Kritik

Kritisch betrachtet lassen sich jedoch mehrere Mängel des skizzierten Konzeptes vom dritten Weg ausmachen:

.) Die ökonomische Globalisierung wird als „positive, nicht beeinflussbare Entwicklung“ präsentiert. Primäre Aufgabe des Staates ist es lediglich „Bürger zur Selbsthilfe zu aktivieren“. Der Staat entwickelt sich so in Richtung eines „Lazarettwagens“ oder „Nachtwächters“.

.) Durch die uneingeschränkte Akzeptanz des „Washington Consensus“³² erfolgt eine „Fixierung auf Maßnahmen, die mit Stabilität und sinkender Steuerlast vereinbar sind“. Dies birgt die Gefahr, zum Beispiel im Bereich der Altersvorsorge die „Tendenzen zur Individualisierung zu verstärken“.

.) Durch den praktizierten „angebotsorientierten Neokorporatismus“ scheint eine Entfernung sozialdemokratischer Partei von ihrem „Stammklientel“, den „sozial Schwachen“ der Gesellschaft, unausweichlich. Während die Parteien sich auf die „neue Mitte der individualistischen Aufsteiger konzentrieren, könnten Vernachlässigte zukünftig ihre Stimmen populistischen Protestparteien geben“³³.

.) Der „Zwang zu individueller Verantwortung“ geht meist einher mit einer Verminderung von Schutzrechten. Eine kontinuierliche „Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ ist eine wahrscheinliche Folge³⁴. Des Weiteren ist nicht „jeder Bürger grundsätzlich in jeder Lebensphase in der Lage, seiner Eigenverantwortung nachzukommen“³⁵.

.) Entsprechend dem „Prinzip der Leistungsgerechtigkeit“ gelten Unterschiede bei der Ressourcenverteilung als legitim, solange diese durch spezielle Bedürfnisse oder Verdienste begründet sind. Unverschuldete Unterschiede jedoch, etwa aufgrund der sozialen Herkunft, erfreuen sich weit weniger gesellschaftlicher Akzeptanz. In weiterer Folge „zerreißt der Zusammenhang zwischen Leistung und Belohnung“, da „Startvorteile“, wie etwa ein besserer Zugang zu Bildung, nicht mehr staatlich ausgeglichen werden. Des Weiteren treten „individuelle Eigenschaften“ gegenüber „erworbenen Qualifikationen“ in den Vordergrund.

³² Der Begriff Washington Consensus bezeichnet eine Anzahl von wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z.B. Haushaltskonsolidierung), die Regierungen zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durchführen sollten.

³³ Vgl. Cuperus, S. 101.

³⁴ Vgl. Mahnkopf, S.6.

³⁵ Vgl. Castellucci, S. 9.

.) Ein „freier Markt“ ist insofern „ungerecht“, als er bestehende Ungleichheiten reproduziert und verstärkt. Er fördert „Gläubiger- und Schuldnerverhältnisse, die zerstörerische Wirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ haben können³⁶. Werner Schiffauer bevorzugt deshalb eine „Politik der Differenz“, da für den „gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht ein Fundament aus an gemeinsamen Orientierungen und Überzeugungen“ notwendig sei, sondern „die Existenz kultureller Überlappungen und Überschneidungen“³⁷.

.) Sozialer Fortschritt wird nicht mehr mit einer Erweiterung von sozialen Rechten gleichgesetzt, sondern als eine Kopplung von Rechten und Pflichten begriffen. Rechte können folglich nur dann angenommen werden, wenn die „Pflichten gegenüber der Gemeinschaft“ erfüllt werden. So kann es geschehen, dass die Aufnahme einer niedrig entlohnten Dienstleistungstätigkeit durch Sanktionen, wie etwa der Kürzung von Arbeitslosenunterstützung, erzwungen wird. Sozialleistungen werden von der „employability“³⁸ der Betroffenen abhängig gemacht. Unterstützungen orientieren sich somit nicht mehr an der Sicherheit, sondern an der Nützlichkeit des einzelnen.

.) Die „Selbstoptimierung des Einzelnen“ kann zu Ungunsten sozialer Kompetenzen, wie zum Beispiel Solidarität, geschehen.

.) Am Beispiel der USA lässt sich erkennen, dass eine in Kauf genommene strukturelle Ungleichheit sich auch für „Profiteure des Systems“ kostenintensiv auswirken kann. So sind die „Ausgaben für private Sicherheit nicht viel geringer als die Kosten eines vor- und nachsorgenden Sozialstaates“, denn durch die Ungleichverteilung von Ressourcen besteht eine erhöhte Gefahr von sozialen Konflikten.

Zusammenfassend sollte Mahnkopf zu Folge Freiheit mehr als die Abwesenheit von Zwang sein, nämlich die „Möglichkeit eine frei gewählte Existenz zu führen und Kontrolle über die eigenen Existenzbedingungen zu besitzen“³⁹.

³⁶ Vgl. Mahnkopf, S. 16.

³⁷ Vgl. Schiffauer, S.123.

³⁸ Dieser Begriff wird in vorliegender Arbeit als Ausweitung der für den Arbeitsmarkt erforderlichen Qualifikationen verstanden.

³⁹ Vgl. Mahnkopf, S. 35.

3.3. Der Wohlfahrtsstaat

Zusammenfassend besteht Giddens zu Folge also akuter Reformbedarf in Bezug auf den europäischen Wohlfahrtsstaat. Tatsächlich versuchten viele sozialdemokratische Regierungen das jeweilige nationale Sozialsystem dem Wandel der Zeit anzupassen. Ehe diese Reformversuche näher betrachtet werden können, gilt es das theoretische Fundament des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates grob zu erläutern.

Die unterschiedlichen Ansätze zur Erklärung der Genese des Wohlfahrtsstaates lassen sich nach Herbert Obinger zu vier „Schulen“ zusammenfassen, welche nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich vielmehr ergänzen:

1) Der funktionalistische Ansatz begreift den Wohlfahrtsstaat als Reaktion auf den sozio-ökonomischen Strukturwandel im späten 19. Jahrhundert. „Entfeudalisierung“, Industrialisierung, Urbanisierung und ein starkes Bevölkerungswachstum führten dementsprechend zu einer Überlastung traditioneller Sicherungssysteme. Zugleich sorgte der ökonomische Aufschwung für die nötigen Ressourcen um ein staatliches Sozialsystem zu finanzieren.

Eine zweite funktionalistische Theorievariante bezieht sich auf die makrosoziologische Ebene: sie sieht den Wohlfahrtsstaat als Ergebnis eines breiten Modernisierungsprozesses, welcher neben der Industrialisierung auch die zunehmende Ausdifferenzierung des Nationalstaates, die Säkularisierung und die Demokratisierung umfasste⁴⁰.

2) Konflikttheoretische Theorieströmungen betrachten die politischen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Leitbildern als entscheidend.

Die klassenbezogene Theorieschule etwa fokussiert sich auf den Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Der Wohlfahrtsstaat ist demzufolge ein Ergebnis der „politischen Ausbalancierung der asymmetrischen Machtrelationen zwischen Arbeit und Kapital“.

⁴⁰ Vgl. Obinger, S.13.

Vertreter der „Parteiendifferenzthese“ rücken hingegen die parlamentarischen Kräfteverhältnisse und die parteipolitische Zusammensetzung der Exekutive in den Mittelpunkt⁴¹.

3) Den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der institutionellen Theorieschule ist die Annahme gemein, dass Institutionen den Aktionsradius, die Handlungsstrategien und die Präferenzen politischer Akteure prägen und somit Politikergebnisse beeinflussen. Im Zentrum der Analyse stehen somit Staats-, Demokratie- und Verbändestrukturen.

Eine Schlussfolgerung ist die Ansicht, dass „korporatistische Systeme der Interessensvermittlung durch Einbindung der Verbände in politische Entscheidungsprozesse die Ausdifferenzierung des Wohlfahrtsstaates eher begünstigen als konfliktive Arbeitsbeziehungen“. Betrachtet werden auch die „Rückkoppelungseffekte von institutionellen Strukturen auf politische Reformchancen“, denn sind „wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme erst einmal etabliert, erweisen sich diese Strukturen als reformträge“⁴².

4) Die internationale Theorieschule verortet in den zwischenstaatlichen Beziehungen maßgebliche Bestimmungsfaktoren nationalstaatlich organisierter Sozialpolitik. Diese Sozialpolitik wird demzufolge nicht nur auf nationaler Ebene determiniert, sondern ist auch auf die wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen zurückzuführen.

Die Kompensationsthese etwa begreift wohlfahrtstaatliche Interventionen als Reaktion auf die hohe außenwirtschaftliche „Verwundbarkeit kleiner offener Volkswirtschaften“.

Die Effizienzthese sieht zudem in dem zunehmenden Steuer- und Standortwettbewerb eine „Bedrohung für hohe Sozialstandards“⁴³.

Was die Nachkriegszeit anbelangt so waren folgende gesellschaftliche Überzeugungen für die Entstehung beziehungsweise den Ausbau des Wohlfahrtsstaates entscheidend:

.) Ein traditionelles Familienbild, bestehend aus einem männlichen „Brotverdiener“ und einer weiblichen Hausfrau.

⁴¹ Vgl. Obinger, S.14.

⁴² Vgl. Obinger, S.15.

⁴³ Vgl. Obinger, S. 16.

- .) Ein homogener Arbeitsmarkt, welcher sich durch staatliche Eingriffe regulieren lässt.
- .) Eine Dominanz der Massenproduktion, welche auch ungelerten Arbeitskräften eine Anstellung garantiert.
- .) Ein elitärer Staat, dessen Entscheidungen hauptsächlich von Expertengruppen getroffen werden.
- .) Eine nationalstaatliche Volkswirtschaft, welche der Binnenwirtschaft gegenüber dem Außenhandel Vorrang gibt⁴⁴.

Gleichzeitig erwiesen sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Faktoren als förderlich: Vollbeschäftigung bei „anständiger“ Bezahlung war die Regel; eine effektive Versicherung gegen Risiken, wie zum Beispiel Krankheit, war gewährleistet; den Geringverdienern wurden Einkommensunterstützungen gewährt; und essentielle öffentliche Güter wurden kostenfrei bereitgestellt⁴⁵.

Drei Säulen bilden allgemein das Fundament des Wohlfahrtsstaates:

- 1) Der Institutionalismus: staatliche Institutionen sind gegenüber den Bürgern für die Wohlfahrt verantwortlich.
- 2) Der Universalismus: das staatliche Sicherheitssystem expandierte im Laufe der Zeit auf einen Großteil der Bevölkerung.
- 3) Die Gleichmäßigkeit: soziale Sicherheit erhalten die Bürger unabhängig von der Höhe ihrer Beitragszahlungen⁴⁶.

Die Ausprägung dieser Säulen kann allerdings von Staat zu Staat variieren.

Drei Elemente gelten darüber hinaus als signifikant für den europäischen Wohlfahrtsstaat: die Garantie von Mindeststandards (beispielsweise staatlich garantierte Mindesteinkommen), sozialer Schutz, und die Bereitstellung von Dienstleistungen⁴⁷.

Die Ausprägung dieser Säulen kann allerdings von Staat zu Staat variieren. Als konstituierend für den Wohlfahrtsstaat gelten gemeinhin zudem eine demokratische Regierung, die Kontrolle allgemeiner Bürgerrechte, die Wahrung individueller

⁴⁴ Vgl. Giddens 1999, S. 27.

⁴⁵ Vgl. Pfaller, S. 161.

⁴⁶ Vgl. Olszewski, S. 25.

⁴⁷ Vgl. Spicker, S. 146.

Freiheit, ein steigender materieller Wohlstand, sowie eine Teilhabe aller Bürger an diesem Wohlstand⁴⁸.

3.3.1. Unterschiedliche Ausprägungen

Trotz gemeinsamer Merkmale ist die konkrete Ausgestaltung von Wohlfahrtsstaaten nach wie vor von Unterschieden geprägt: diese betreffen nach Emmerich Tálos vor allem die „Arbeitszeit, den Kündigungsschutz, die Reichweite der Arbeitsmarktpolitik und die Niveaus der familienrelevanten Leistungen“. Strukturelle und institutionell-organisatorische Unterschiede beinhalten unter anderem die Frage, „ob Ansprüche an Erwerbsarbeit oder an Wohnaufenthalte angeknüpft“ werden, „ob es Mindeststandards in den Leistungssystemen gibt“, oder ob die Wohlfahrtssysteme „staatlich verwaltet oder selbst verwaltet werden“⁴⁹.

Generell lassen sich nach John D. Stephens drei Typen von Wohlfahrtsstaaten unterscheiden:

- a) Der kooperative beziehungsweise christdemokratische Wohlfahrtsstaat: er fußt auf den Beitragszahlungen berufstätiger Bürger. Ein Beispiel hierfür ist Deutschland.
- b) Der liberale beziehungsweise „residuale“⁵⁰ Wohlfahrtsstaat: seine Aufgabe ist es in erster Linie Unzulänglichkeiten des Marktes auszugleichen. Gemeinhin wird Großbritannien als Beispiel genannt
- c) Der sozialdemokratische beziehungsweise institutionelle Wohlfahrtsstaat: er zeichnet sich durch eine universelle Bereitstellung von staatlich finanzierten Dienstleistungen aus. Als Beispiel gilt Schweden⁵¹.
- d) Der rudimentäre Wohlfahrtsstaat: dieser wird durch „weitgehend fehlende Rechtsansprüche und die Fortdauer traditioneller Formen“ gekennzeichnet⁵².

ad a) Der deutsche Wohlfahrtsstaat wird dem „bismarckschem System“ zugerechnet. Sozialleistungen sind hauptsächlich für Personen unter einer festgelegten

⁴⁸ Vgl. Pfaller, S. 160.

⁴⁹ Vgl. Tálos 2005, S.77f.

⁵⁰ Mit „residual“ ist in weiterer Folge der nach zahlreichen Reformen verbliebene Rest staatlicher Wohlfahrt gemeint.

⁵¹ Vgl. Stephens, S. 33.

⁵² Tálos 2005, S.78.

Einkommensgrenze bestimmt. Bürgern höherer Einkommensschichten steht es frei individuelle Sozialversicherungen abzuschließen. Es handelt sich somit um ein „unvollständiges“ Sozialsystem, dieses wird aber durch komplementäre Strategien zu einem umfassenden Sicherheitsnetz ausgebaut. Im Vordergrund steht der Schutz vor „unerwünschten Risiken“, der Staat ist in erster Linie die „letzte Zuflucht“ für Ausgeschlossene. Aufgrund des relativ geringen Umfangs des Sozialstaates werden andere Unterstützungsmechanismen (wie etwa Familie oder wohltätige Organisationen) herangezogen. Dominant ist der Gedanke, wonach sich „Arbeit lohnen müsse“⁵³.

Der deutsche Sozialstaat der Nachkriegszeit gründete sich auf drei Prinzipien:

- 1) Die soziale Wohlfahrt sollte durch wirtschaftliches Wachstum vorangetrieben werden. Sozialhilfe wurde somit mit dem Einkommen verknüpft. So sollte der Sorge Rechnung getragen werden, wonach die öffentlichen Ausgaben vereinbar mit dem Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung waren.
- 2) Der Sozialstaat entwickelte sich entlang einer von Bismarck erwünschten kooperativen Struktur. Sozialversicherungen wurden dementsprechend von unabhängigen Fonds verwaltet. Daher gleicht die staatliche Gesundheitsfürsorge einem „Labyrinth“, bestehend aus 1200 Fonds.
- 3) Das „katholische Prinzip der Subsidiarität“ wurde ebenso betont wie das traditionelle Familienbild mit einem „männlichen Ernährer“. Dienstleistungen sollten dezentralisiert und unabhängig verwaltet werden. Das Niveau der staatlichen Intervention sollte beschränkt bleiben.

In den folgenden Jahrzehnten kristallisierten sich mehrere Charakteristika heraus: eine „sozio-professionelle“ Sozialversicherung; eine dezentralisierte Verwaltung; sowie eine Finanzierung der Sozialleistungen über Einkommensabzüge⁵⁴; Die Sozialbeiträge werden paritätisch, also von Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlt. Pension und Arbeitslosenunterstützung orientieren sich an den gezahlten Beiträgen, Einkommens- und Statusunterschiede werden auf diese Weise prolongiert⁵⁵.

Im Unterschied zum britischen oder schwedischen Modell gilt nicht die Staatsbürgerschaft als Kriterium zum Bezug von Sozialleistungen, sondern ein Beschäftigungsverhältnis. Die Einteilung in Pensionssysteme erfolgt entsprechend den Einkommensklassen. Ein Anstieg weiblicher Beschäftigung wird durch das

⁵³ Vgl. Spicker, S. 141ff.

⁵⁴ Vgl. Spicker, S. 147.

⁵⁵ Vgl. Egle, S. 157.

Sicherheitsnetz, welches sich an einen männlichen „Brotverdiener“ orientiert, erschwert. Das Steuersystem hat für weibliche Arbeitnehmerinnen den unerwünschten Effekt, dass sich eine Beschäftigung negativ auf das Netto-Einkommen auswirkt⁵⁶.

Eine Gefahr lässt sich bezüglich des zunehmenden Finanzierungsdrucks, der auf dem Wohlfahrtsstaat lastet, feststellen: die Beschäftigung auf dem informellen unregulierten Sektor nimmt zu. Dadurch wird ein „Teufelskreis“ in Gang gesetzt: da in zunehmendem Maße Leute Sozialleistungen in Anspruch nehmen ohne Beiträge zu zahlen (sie sind offiziell arbeitslos), steigen die Finanzierungsprobleme. Die Konsequenzen sind problematisch: zum einen verfestigt sich der Unterschied zwischen „Arbeitsmarktinsidern und –outsidern“, zum anderen sinkt das öffentliche Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat⁵⁷.

Um dem entgegenzuwirken ist es nötig die Zahl der öffentlichen Kinderbetreuungsstätten zu erhöhen, sowie zeitgleich die Kosten für Arbeit (zum Beispiel Lohnnebenkosten) zu senken. Aufgrund des staatlichen Budgetdefizits und dem fehlenden öffentlichen Verständnis für drastische Reformen scheinen Ausgabenkürzungen sowie eine Privatisierung der Wohlfahrt unausweichlich⁵⁸.

ad b) Der britische Wohlfahrtsstaat wird allgemein als liberal-angelsächsisch beziehungsweise „residual“ bezeichnet. Allgemeine Rechte, wie etwa eine Krankenvorsorge, werden durch den Besitz der Staatsbürgerschaft gewährleistet. Generell ist der britische Wohlfahrtsstaat im Vergleich zu anderen Staaten schwächer ausgeprägt, die Fokussierung liegt hier vor allem auf einkommensschwache beziehungsweise direkt von Armut betroffene Menschen⁵⁹.

ad c) Der universalistische Wohlfahrtsstaat Schwedens zeichnete sich lange Zeit durch eine hohe Dichte an staatliche Dienstleistungen aus. Beispielsweise wurde die Pension als allgemeine „flat rate“ begriffen: sie steht allen Staatsbürgern zu, unabhängig ob diese in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nicht. Bei Einkommensausfällen gab es zudem die Möglichkeit eines „Einkommensersatzes“. Neben der staatlich garantierten Mindestpension stehen auch heute allen Schweden

⁵⁶ Vgl. Hardinghaus, S. 57.

⁵⁷ Vgl. Esping-Andersen, S. 80ff

⁵⁸ Vgl. Esping-Andersen, S. 85f.

⁵⁹ Vgl. Spicker, S. 150.

ein Gesundheitssystem, ein Bildungssystem und Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung⁶⁰.

Kritik an einer solchen Typologisierung übte unter anderem Emmerich Tálos. Er verweist auf das hohe „Abstraktionsniveau“, das Fehlen historischer Betrachtungsweisen, sowie die „Ausblendung der Geschlechterselektivität“⁶¹.

Die Ziele, welche durch Wohlfahrtsstaatssysteme verwirklicht werden sollten, sind weniger umstritten: die Garantie sozialer Sicherheit, eine zunehmende „Dekommodifizierung“ vom Arbeitsmarkt⁶², qualitatives Training beziehungsweise Mobilisierung von Arbeit⁶³, und Umverteilung.

Abgesehen von der Staatsbürgerschaft sind die Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen eher liberal. Überprüfungen der Bedürftigkeit finden relativ selten statt.

Im Zuge wirtschaftlicher Stagnation in den 1990er Jahren wurde öffentlich Kritik an dem bis dahin von großen Teilen der Bevölkerung gutgeheißenen Wohlfahrtsystem geübt. Durch die strukturelle Massenarbeitslosigkeit verringerte sich die Zahl der Beitragszahler bei gleichzeitiger Erhöhung der Bezugsberechtigten. Es kam zu Ausgabenkürzungen, sowie einer Verschiebung der Akzentuierung von Dekommodifizierung hin zu einem verbesserten Arbeits- und Mobilisierungsprogramm.

Das Transfersystem wurde dem Markt angepasst: jede Generation finanziert ihre eigene Pension (durch ein Minimum von vierzig Dienstjahren); die Kosten von Krankenständen werden an den Arbeitgeber weitergereicht; viele Bereiche des Wohlfahrtsstaates werden in Zusammenarbeit mit Privatunternehmen erledigt (zum Beispiel durch private Schulen oder Kinderbetreuung); durch die Wiedereinführung von Arbeitnehmerbeitragszahlungen sollen sich zudem die Sozialleistungen selbst finanzieren.

Diese Änderungen und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft scheinen eine Rückkehr zu dem universalistischen Modell unmöglich zu machen. Zwar gibt es nach wie vor einen breiten gesellschaftlichen Konsens für einen

⁶⁰ Vgl. Stephens, S. 33f.

⁶¹ Tálos 2005, S. 78.

⁶² Gemeint ist hiermit eine geringere Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt zu Gunsten nicht-beruflicher Bedürfnisse.

⁶³ Die hohe Qualität der Ausbildung von skandinavischen Arbeitnehmern gilt gemeinhin als Vorteil im internationalen Wettbewerb.

allumfassenden Wohlfahrtsstaat, doch gleichzeitig sind neue Bedürfnisse entstanden. Durch politische Umstellungen wird nun die Absicht vordergründig, dass die Sozialprogramme in erster Linie der Wettbewerbsfähigkeit zu Gute kommen⁶⁴.

Gemeinsamkeiten weitreichender Veränderungen auf internationaler Ebene bestehen Tálós zu Folge bei der „Abkehr vom expansiven Entwicklungstrend der Nachkriegsjahrzehnte“, insbesondere bei „leistungs- und zugangsbegrenzenden Maßnahmen“. Generell ist der sozialstaatliche Umbau nicht auf „graduelle Modifikationen“ beschränkt. Strukturelle Veränderungen betreffen etwa die „Forcierung der Privatisierung“, die Arbeitslosenversicherung, oder die internationale „Harmonisierung der Pensionssysteme“⁶⁵

3.3.2. Herausforderungen

Heute sehen sich Wohlfahrtsstaaten allgemein mit diversen Herausforderungen konfrontiert. Zu diesen zählen unter anderem ein verstärkter internationaler Wettbewerb, der Rückgang „sicherer, gut bezahlter Jobs“, eine alternde Gesellschaft, welche die Finanzierung eines universellen Gesundheitssystems erschwert, sowie eine höhere Volatilität bezüglich der beruflichen Laufbahn. Im Zuge der Emanzipation begann das für den kooperativen Sozialstaat so wichtige konservativ geprägte Familienbild an Relevanz abzunehmen. Ebenso vergrößerte sich der Widerstand gegen einen „allumfassenden Staat“ und den oft damit verbundenen Steuererhöhungen⁶⁶.

Durch die politische Umverteilung verringerte sich die volkswirtschaftliche Vermögensbildung. Die sozialstaatlichen Leistungen kommen in erster Linie männlichen Arbeitnehmern zu Gute. Die Institutionen sind durch unflexible Bürokratie geprägt. Durch demographische Veränderungen sowie dem zeitweiligen Ende der Vollbeschäftigung gerät der Wohlfahrtsstaat zunehmend unter Finanzierungsdruck. Des Weiteren werden im Zuge der Fixierung auf ökonomische Bereiche andere Teile der Lebensführung vernachlässigt. Hinzu kommt, dass mit zunehmender

⁶⁴ Vgl. Stephens, S. 50f.

⁶⁵ Tálós 2005, S. 79.

⁶⁶ Vgl. Pfaller, S. 161.

Globalisierung die Möglichkeiten einer zentralen Wirtschaftssteuerung abnehmen⁶⁷. Zu den üblichen Kritikpunkten zählt auch der Vorwurf, wonach der „Wohlfahrtsstaat die menschliche Initiative zerstöre“⁶⁸.

Weitere Herausforderungen betreffen den „Interessenausgleich zwischen den Geschlechtern und den Generationen, sowie zwischen Vollzeit- und atypisch Beschäftigten“⁶⁹.

Doch mehrere Lösungsansätze scheinen eine Verbesserung zu ermöglichen: um trotz einer „Transnationalisierung“ der Produktion einer Auslagerung zuvorzukommen, versuchen zahlreiche Staaten die nationalen Produktionsfaktoren „unternehmerfreundlich“ zu gestalten, also die Produktionskosten zu senken. Dies könnte allerdings zu einem internationalen Lohndumping führen.

Auch der Arbeitsmarkt wird seitens des Staates an die zukunftssträchtige Produktion höherwertiger Güter angepasst: durch die Bereitstellung von „Humankapital“ und Infrastruktur, sowie der „Beseitigung von Hindernissen“ bei Unternehmensgründungen. In weiterer Folge werden in zunehmenden Maß von den Zielen der Vollbeschäftigung sowie der umfangreichen Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen Abstand genommen.

Umverteilung erfolgt nicht mehr von „oben nach unten“, sondern innerhalb der „Arbeiterklasse“. Dem kann durch Schließung von „Steuerschlupflöchern“ entgegengewirkt werden. Eine Steuerstruktur, basierend auf einer stärkeren Besteuerung von Luxusgütern, wie etwa einer Grundstückssteuer, wäre eine weitere Möglichkeit⁷⁰.

Eine zunehmende Exklusion weiter Teile der Bevölkerung lässt sich auf die zunehmende Massenarbeitslosigkeit zurückführen. In weiterer Folge werden mehr Bürger „sozialstaatsabhängig“, während sich die Zahl der Beitragszahler verringert. Dies kann zu einer stärkeren sozialen Polarisierung der Gesellschaft führen.

Die Massenarbeitslosigkeit ist verschiedenen Prozessen geschuldet: zum einen wurde die Produktion weniger „arbeitsintensiv“, bei einer gleichzeitigen Steigerung des Arbeitskräfteangebotes; und zum anderen ist das Wirtschaftswachstum zurückgegangen; Um trotz fehlender Konjunktur die Arbeitslosenzahlen zu senken,

⁶⁷ Vgl. Giddens 1997, S. 112.

⁶⁸ Vgl. Olszewski, S. 28.

⁶⁹ Tálos 2005, S. 80.

⁷⁰ Vgl. Pfaller, S. 163f.

können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden: antizyklische Investitionen bei einem ausgeglichenen Budget; Lohnerhöhungen, welche sich an der wirtschaftlichen Stabilität orientieren; oder durch eine Vereinfachung der staatlichen Regulierungen Investitionen fördern;

Was den Arbeitsmarkt anbelangt so stehen mehrere Optionen zur Wahl: zum einen besteht die Möglichkeit durch staatliche Zuschüsse Niedriglöhne aufzuwerten; die öffentliche Beschäftigung könnte ausgedehnt werden; gut bezahlte Stellen können auf mehrere Arbeitnehmer aufgeteilt werden; Ausschließlich darauf zu achten Arbeitslose wieder „beschäftigungsfähig zu machen“ scheint jedenfalls zu wenig, wenn Arbeit generell nicht ausreichend vorhanden ist.

In jüngerer Vergangenheit ist der Arbeitsmarkt diversen Änderungen unterlegen: die Arbeitszeiten wurden zunehmend liberalisiert; stabile, dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse scheinen die Ausnahme zu werden⁷¹; und es wird verstärkt professionelle und geographische Mobilität nachgefragt; Grundsätzlich ist den Flexibilitätsansprüchen an Arbeitnehmer eine Grenze zu setzen. So kann verhindert werden, dass das Privatleben zunehmend dem Arbeitsleben untergeordnet wird. Auf diese Weise könnte die Produktivität bei abnehmender Arbeitszeit gehalten werden. Gleichzeitig könnten die Verbraucherpreise wieder steigen, so könnten Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt von der Gesellschaft getragen werden.

Was die „Reproduktionsarbeit“ anbelangt, so können durch die universelle Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen Mütter bei einem Wiedereinstieg in ein Berufsleben unterstützt werden. Dies könnte in Verbindung mit einer verstärkten Aufnahme von staatlich subventionierter Teilzeitarbeit geschehen.

Aufgrund der demographischen Entwicklungen ist auch eine Reform des Pensionssystems unausweichlich. Dies kann auf drei Arten geschehen: die Beitragszahlungen könnten erhöht werden; die Pensionen selber könnten gesenkt werden; oder das Pensionsantrittsalter wird erhöht; Auch eine partielle Privatisierung des Pensionssystems könnte Vorteile bringen: der Anteil öffentlicher Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt würde sinken; Pensionsansprüche wären garantiert und nicht mehr länger von politischen Reformen abhängig; Personen, welche sich keine private Vorsorge leisten können, wären in diesem Fall staatlich zu unterstützen⁷².

⁷¹ Für detaillierte Analyse der Auswirkungen atypischer Beschäftigungsverhältnisse auf den Wohlfahrtsstaat siehe Tálos 1999, S. 417ff.

⁷² Vgl. Pfaller, S. 165f.

Um ein allgemein positives Verständnis für Wohlfahrt zu erhalten, ist es Pfaller zu Folge nötig Unterstützung zu mobilisieren, allgemein akzeptierten Politikfeldern Priorität zuzugestehen, und einer weiteren Aushöhlung des Wohlfahrtsstaatssystems zu widerstehen⁷³.

3.4. Der Begriff der Sozialen Demokratie

Mit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ seien zwar die Ideale des demokratischen Sozialismus in „keiner Weise diskreditiert, sondern glänzend bestätigt“. Zudem sei der Begriff des „Sozialismus“ durch seinen „Missbrauch für die kommunistische Militärdiktatur weder widerlegt noch moralisch belastet“. Dennoch plädiert Thomas Meyer für eine Änderung des Begriffes zu „sozialer Demokratie“, denn „es nütze der Sache nicht, unter diesen Umständen guten Gewissens auf dem alten Namen einfach nur zu beharren“.

Obwohl Meyer festhält, dass es sich bei Sozialdemokratie, demokratischem Sozialismus und sozialer Demokratie um drei „gleichwertige“ Begriffe handelt, so lässt sich soziale Demokratie vielmehr als ein Theoriemodell verstehen, welches Elemente der vorangegangenen Begriffe vereint⁷⁴. Soziale Demokratie ist also weniger eine Umkehr, sondern vielmehr eine Fortsetzung des demokratischen Sozialismus.

Die Soziale Demokratie versteht sich nach Meyer als „politische Verfassung der garantierten sozialen Inklusion ihrer Bürger.“ Soziale Inklusion wiederum umfasst einen garantierten sozialen Schutz, Chancengleichheit im Bildungssystem, Armutsvermeidung, sowie die Beteiligung an einer Erwerbsarbeit und einer damit verbundenen Einkommensgleichheit. Offen ist hier, ob ein Zwang zur Aufnahme dieser Erwerbsarbeit besteht.

Dank dieser „sozialen Staatsbürgerschaft“ könnte Meyer zu Folge die Legitimation und Akzeptanz demokratischer Systeme erhöht werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Institutionen und Handlungsprogramme das größtmöglich erreichbare Maß an Inklusion erlauben.

⁷³ Vgl. Pfaller, S. 161.

⁷⁴ Vgl. Meyer 1991, S. 124f.

Zu diesem Zweck werden unterschiedliche Handlungsstrategien auf drei Ebenen verglichen: auf normativer Dimension werden die Anforderungen an Demokratielegitimationen analysiert. Auf empirisch-analytischer Ebene wird die Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme bei Lösungsversuchen gesellschaftlicher Probleme untersucht. Auf komparativer Ebene werden schließlich die Erfolge unterschiedlicher Problemlösungen bewertet⁷⁵.

Allgemein basiert die Soziale Demokratie auf den „universellen Rechten liberaler Demokratie“, erkennt aber die Widersprüche zwischen deren „Formalgeltung und deren Realisierung“. Diese Widersprüche gelte es „aus Gründen der demokratischen Legitimation“ in einem Konzept des sozialen Bürgerstatus aufzulösen.

Die Unterfütterung der liberalen Grundrechte mit neuen positiven *Freiheitsrechten* – sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten - ist folglich die Bedingung für die Realisierung ihrer wirklichen Geltung für alle. Soziale Bürgerschaft als Rechtsstatus ist demnach zwingender Bestandteil sozialer Demokratie, denn nur wenn der „soziale Anspruch auf die Mittel zur Realwirkung aller Grundrechte seinerseits den Status von Grundrechten gewinnt, sind die Bürger zugleich Adressaten und Autoren dieser Rechte und können sie aus einer Position der Selbstachtung heraus wahrnehmen und durchsetzen“⁷⁶.

Libertäre Demokratie auf der anderen Seite blende hingegen die aus sozialen Strukturen entstandenen Risiken aus. Um diese Benachteiligungen auszugleichen befürwortet die soziale Demokratie „politische Kompensationspflichten“. Der Bürger hat somit einen Rechtsanspruch auf diese Kompensationsleistungen, doch gleichzeitig auch „Pflichten zur primären Eigenverantwortung“⁷⁷.

In der Theorie der sozialen Demokratie werden daher die verschiedenen „soziostrukturellen Risiken“ analysiert und aus dieser Analyse eine „politische Verpflichtung des demokratischen Staates hergeleitet, eine angemessene strukturelle Sicherung gegen alle gesellschaftlichen und sozialen Risiken zu schaffen, die aus gesellschaftlichen Verhältnissen folgen und die Realisierung der individuellen Grundrechte bedrohen“. Zu diesem Zweck solle ein „Rechtsanspruch aller Bürger auf die sozialen Mittel zur Realisierung ihrer Grundrechte“ bestehen. Fraglich ist, ob ein

⁷⁵ Vgl. Meyer 2006, S. 12ff.

⁷⁶ Meyer 2008, S. 121.

⁷⁷ Vgl. Meyer 2006, S. 15.

Staat tatsächlich alle Risiken für sämtliche Bürger durch die Gewährleistung von Sicherheiten minimieren kann.

Zu den „Grundrechten“ der sozialen Demokratie gehört allerdings Meyer zu Folge auch die „Erfüllung von *Pflichten*, da eine Theorie, die sich allein auf Rechtsansprüche und nicht zugleich auf die reziproken Pflichtnormen stützen würde, weder ausreichend legitimiert noch praxisrelevant wäre“⁷⁸.

Der *Freiheitsbegriff* ist Meyer zu Folge zweidimensional: im positiven Sinne sind damit die bereits erwähnten Freiheitsrechte gemeint, welche politische Handlungsfähigkeit ermöglichen sollen. Die negative Definition versteht Freiheit als Abwesenheit von willkürlichen Interventionen⁷⁹.

Der *Gerechtigkeitsbegriff* wird von der sozialen Demokratie prinzipiell als „gleiche Freiheit“ verstanden. „Ungleichheiten sind nur dann legitim, wenn sie begründet werden können. Des Weiteren sollen während der ganzen Lebenszeit, nicht nur zu Beginn, „die positiven Freiheitschancen annähernd gleich verteilt sein“⁸⁰. Unklar ist jedoch, wann eine Begründung von Ungleichheiten diese legitimiert.

Bezüglich der *regulativen Eingriffe* seitens des Staates bieten sich „drei Modi der politischen Selbstregulation an: Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Die Entscheidung, welcher dieser drei Regulationsmodi angewandt werden soll, wird durch eine demokratische Bürgerentscheidung“ getroffen⁸¹. Skepsis ist in diesem Fall angebracht, da somit keine Experten über komplexe wirtschaftliche Maßnahmen entscheiden.

In Hinblick auf die *Marktwirtschaft* sei bewiesen, dass „selbstregulierende Märkte nicht nur Grundrechte verletzen, sondern auch in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hochgradig problembehaftet sind und selbstdestruktive Dynamiken entfalten“. Aufgrund dieser systemimmanenten „Funktionslogik ist die politische Regulation eine Voraussetzung für ihre ökonomische Funktionstauglichkeit“. Die Forschung belege zudem, dass „sich auch unter den Bedingungen offener Märkte politische Ökonomien vom Typ der koordinierten Marktwirtschaft in Kombination mit einem grundrechtsgestützten Sozialstaat erfolgreich behaupten können, soweit sie ihre Strukturen den veränderten

⁷⁸ Meyer 2008, S. 122.

⁷⁹ Vgl. Meyer 2006, S. 14.

⁸⁰ Meyer 2008, S. 123.

⁸¹ Meyer 2008, S. 124.

Gegebenheiten anpassen“⁸². Dies kann als Plädoyer für eine soziale Marktwirtschaft verstanden werden.

Der *grundrechtsgestützte Sozialstaat* hat laut Meyer vier gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen:

- 1) Durch die Risikovorsorge und –kompensation soll er die Realisierung der Grundrechte sowie die „gerechte Verteilung der Lebenschancen“ gewährleisten.
- 2) Er leistet einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum, da er die „Wandlungsbereitschaft“ der Bürger erhöht.
- 3) Er stärkt den sozialen Zusammenhalt.
- 4) Durch Bildung soll er zu Produktivität und zum Wachstum der Volkswirtschaft beitragen.

Die konkrete Umsetzung kann variieren, zwei Kriterien sollen aber allen Modellen gemein sein:

- 1) Die sozialen und ökonomischen Grundrechte, welche die soziale Inklusion aller Personen sichern, sollen einklagbar sein.
- 2) Die Empfänger sozialer Leistungen müssen durch Partizipationsrechte in die Entscheidungsstrukturen eingebunden sein⁸³.

Ungeklärt bleibt jedoch die Frage nach der Finanzierung und der gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Forderungen.

⁸² Vgl. Meyer 2008, S. 125ff.

⁸³ Vgl. Meyer 2008, S. 130f.

4. Umsetzungen in Deutschland, Großbritannien und Schweden

4.1. Die „neue Mitte“ der SPD

Der Begriff der „neuen Mitte“ bildete bei der Bundestagswahl 1998 den Kern der SPD-Wahlkampagne. Als einer der „Schöpfer“ dieses Begriffes gilt Matthias Machnig, damaliger SPD-Bundesgeschäftsführer⁸⁴. Erweitert wurde dieses Konzept um Schlagwörter wie „Innovation“ und „Gerechtigkeit“. Ziel war es gesellschaftliche Leistungsträger anzusprechen, um so neue Wähler zu gewinnen. Während der rot-grünen Regierungszeit (1998-2005) wurden jedoch Sozial- und Arbeitsmarktreformen durchgeführt, welche den Vorwurf verstärkten, die Politik für die Mitte sei eine Politik gegen die Schwachen.

Noch Jahre später begreift sich die SPD als „Netzwerkpartei“ und spricht von einer „Öffnung zur Gesellschaft hin“, doch der Begriff der „neuen Mitte“ ist mittlerweile negativ geprägt, beziehungsweise ist immer noch nicht eindeutig geklärt welches Wählersegment sich angesprochen fühlen sollte. Eine Umdeutung scheint somit unumgänglich: die Mitte sei nun kein Ort, dem sich die SPD annähern, keine Wählerschaft, der sie sich anpassen müsse. Stattdessen gehe es darum, die Mitte selbst zu definieren und in weiterer Folge die Deutungshoheit über zentrale gesellschaftliche Fragen zu gewinnen. Denn, wie Machnig bereits 2005 feststellte, „die Mitte als Ort, als Milieu, als Wählersegment hat es nie gegeben“. Stattdessen sei die Mitte eine „Chiffre für politische Deutungshoheit um Vertrauen“⁸⁵.

4.1.1. Systemrelevante Aspekte

Im Vergleich zu anderen Staaten ist der Handlungsspielraum einer SPD-geführten Regierung allgemein relativ gering. Dies ist vor allem drei Faktoren geschuldet:

1) Der föderale Staatsaufbau: ungefähr 60 Prozent der Bundesgesetze betreffen auch die Länder und erfordern somit die Zustimmung des Bundesrates. Zudem werden Wahlen auf Landesebene während der Legislaturperiode, ähnlich den amerikanischen „mid-term-elections“, oft zur „Abrechnung“ mit der Regierungspolitik verwendet.

⁸⁴ Vgl. Hickmann, S. 30.

⁸⁵ Vgl. Hickmann, S. 31.

2) Eine starke Verfassungsgerichtsbarkeit: sie begrenzt den Rahmen für weitreichende Steuerreformen, da die steuerliche Gesamtbelastung an Erträgen darf laut Grundgesetz nicht 50 Prozent überschreiten.

3) Die Rolle der CDU/CSU: diese agiert im Gegensatz zu anderen konservativen Parteien nicht säkular-konservativ, sondern sozialstaatsorientiert und nur mäßig wirtschaftsliberal. Sie steht somit in direkter Konkurrenz zur SPD. Hinzu kommt, dass es mit der Linken eine weitere Partei gibt, welche sich dem Sozialstaat verpflichtet fühlt.

Eine weitere Besonderheit ist der bereits erläuterte konservative Sozialstaat: er basiert auf einer beitragsfinanzierten Sozialversicherung, aus der sich Rechtsansprüche auf spätere Leistungen ergeben. Diese Rechtsansprüche sorgen dafür, dass das Sozialsystem nur langfristig reformierbar ist.

Was etwaige Kollektivvertragsverhandlungen betrifft, so gilt das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Tarifautonomie. Dieses besagt, dass die Regierung lediglich unverbindliche Appelle an die Verhandlungspartner richten kann⁸⁶.

4.1.2. Historischer Kontext

Im Zuge des Hannoveraner Parteitages 1997 wurde eine politische Neuausrichtung der SPD beschlossen. Sie fußte auf drei Dokumenten:

- 1) Der Erklärung zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
- 2) Dem Beschluss zur Europapolitik.
- 3) Dem Leitantrag zur Wirtschaftspolitik („Innovationen für Deutschland“).

Nötig waren diese Überlegungen, um sich für die Bundestagswahl 1998 gewappnet zu fühlen, schließlich sollte nach 16 Jahren Opposition wieder eine SPD-geführte Regierung die Geschicke auf Bundesebene leiten.

Beschlossen wurde mit dem Programm „Innovationen für Deutschland“⁸⁷ zahlreiche Grundsatzänderungen, welche eine Vorahnung auf den später folgenden „dritten Weg“ zuließen.

Der internationale Standortwettbewerb sollte nicht über Kostenkonkurrenz (gleichbedeutend mit „Lohndumping“), sondern über „Qualifikationssprünge in der

⁸⁶ Vgl. Egle, S. 155ff.

⁸⁷ Vgl. Parteitag der SPD in Hannover. Beschlüsse, S. 84ff.

Technologiebranche“ erfolgen. Die „Gleichheit der Bildungschancen für alle Schüler“ galt es umzusetzen, dem damaligen Menschenbild folgend als „besser zu öhlende Rädchen im ökonomischen Getriebe“. Dies entspricht eher dem Leitbild der Chancengleichheit als der Ergebnisgleichheit, sowie der Verpflichtung zum lebenslangen Lernen. Aufgrund des „Mangels an neuen Märkten seien bestehende Bereiche, wie etwa Umweltschutz, zu erweitern und effektivieren“. Eine „ökologische Steuerreform, aber mit Rücksichtnahme auf Unternehmen“ wurde propagiert.

Die Partei sprach sich für „Flächentarifverträge“ aus, allerdings mit „Möglichkeiten zur Differenzierung“, beispielsweise bei Arbeitszeitverkürzungen. In „guten Zeiten“ sollten Arbeitnehmer an den Unternehmenserträgen beteiligt werden. „Angemessene“ Arbeitsangebote und „positive Anreize“ sollten Arbeitslosen den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtern. Privatinitiativen sollten darüber hinaus auch bei öffentlichen Leistungen stärker gefördert werden. Hier lässt sich eine Tendenz zu mehr Verantwortung und der Förderung individueller Eigeninitiativen erkennen.

Neu war an diesem Kurs zum einen die Unterordnung der „Arbeit“ unter das „Kapital“, die Fokussierung auf eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes, die Anerkennung eines stetigen Wirtschaftswachstums als Voraussetzung für eine hohe Beschäftigungsquote, sowie eine wohlwollende Haltung zur Privatisierung. Hierbei handelt es sich um Schlagworte, welche auch das Konzept des dritten Weges dominierten.

Doch auch „alte“ Forderungen wie die „Zentralität von Bildung und Qualifikation“ oder die Arbeitnehmerbeteiligung an dem „Produktivvermögen“ blieben bestehen. Keine Erwähnung gab es hingegen für ehemals dominante Begriffe wie „Umverteilung“ oder „soziale Gerechtigkeit“.

Man kann also schon hier einen Kurswechsel der SPD erkennen, hin zu einer Anpassung an vorherrschende Trends, beziehungsweise an als gegeben wahrgenommene Realitäten.

Was die damalige Personaldiskussion anbelangt, so sollte Oskar Lafontaine als „soziales Gewissen“ wirken, während Gerhard Schröder den „ungeliebten Modernisierer“ verkörperte. So hoffte man breite Wählerschichten ansprechen zu können⁸⁸.

⁸⁸ Vgl. Wehr, S. 163ff.

4.1.3. Die Regierungspolitik der SPD (1998-2005)

Die von 1998 bis 2005 regierende rot-grüne Koalition sah sich bereits bei Amtsantritt in einer ungünstigen Ausgangslage: im Bundesrat hatte die schwarz-gelbe Opposition die Mehrheit, sodass viele Reformen nur mit konservativer Zustimmung erfolgen konnten; und beide Parteien traten programmatisch unvorbereitet und innerparteilich von einer große Hegemonie geprägt die Regierungsverantwortung an. Diese innerparteiliche Meinungsvielfalt, vor allem in der SPD, machte sich auch in Form von mehreren Finanzpolitikwechseln bemerkbar. Finanzminister Oskar Lafontaine verfolgte eine nachfrageorientierte Politik der Umverteilung, seine geplante Steuerreform sowie die geplante Einführung einer „Ökosteuer“ schien seinen Parteifreunden allerdings zu wirtschaftsfeindlich. Bereits ein Jahr nach Regierungsantritt trat Lafontaine zurück.

Sein Nachfolger Hans Eichel schnürte ein Sparpaket, welches Kürzungen im Sozialbereich vorsah: Arbeitslosengeld und Renten wurden gesenkt, auf der anderen Seite aber Wohn- und Kindergeld erhöht. Im Sinne des „Blair-Schröder-Papiers“ wurde nun eine Steuerreform vollzogen, welche an Stelle von Umverteilung hauptsächlich der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und dem Abbau des staatlichen Defizits dienen sollte⁸⁹. In Folge wirtschaftlicher Stagnation mussten 2003 jedoch wieder neue Schulden aufgenommen werden⁹⁰.

Die „aktive“ Arbeitsmarktpolitik wurde durch eine beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung betrieben. So konnte lediglich eine prozyklische Arbeitspolitik betrieben werden, das heißt bei einem wirtschaftlichen Aufschwung wurden neue Programme beschlossen, bei einer Rezession diese hingegen wieder gekürzt. Durch die unklare Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen war eine effiziente Vermittlung und Betreuung von Arbeitssuchenden nicht möglich. Den Arbeitslosen wurden nur geringe Hinzuverdienstmöglichkeiten gestattet, ein hohes Maß an staatlicher Regulierung und in weiterer Folge an bürokratischen Hürden wirkten sich ebenso beschäftigungsfeindlich aus, wie die Ausweitung des

⁸⁹ U.a. wurde die Körperschaftssteuer auf 25 Prozent, die Einkommenssteuer auf 15 bzw. 42 Prozent (für Spitzenverdiener) gesenkt.

⁹⁰ Vgl. Egle, S. 161f.

Kündigungsschutzes. Letztere Maßnahme verschärfte zudem den Unterschied zwischen „Arbeitsmarktinsidern“ und „-outsidern“⁹¹.

Neben dem Kündigungsschutz wurde mit der Erhöhung des Krankenstandsgeldes von 80 auf 100 Prozent eine weitere Maßnahme der vorangegangenen konservativen Regierung zurückgenommen. Ebenso wurde versucht das „Bündnis für Arbeit“ zu „reaktivieren“, dies scheiterte aber an der bereits erwähnten Tarifautonomie. So konnte die Regierung keinen Druck auf die reformunwilligen Verhandlungspartner ausüben. Im Endeffekt standen jedoch 2001 4 Millionen Arbeitslosen 500.000 offene Stellen, welche nicht besetzt werden konnten, gegenüber.

Die Regierung reagierte mit dem „Job-AQTIV-Gesetz“⁹² und vollzog so den Wechsel von reaktiven hin zu aktiven Maßnahmen. In erster Linie wurden präventive und qualifizierende Elemente gestärkt. Im selben Jahr sorgten fehlerhafte Arbeitsvermittlungsstatistiken für öffentliche Empörung, welche die Regierung veranlasste, die „Hartz-Kommission“ einzusetzen. Diese erarbeite ein umfangreiches Reformprogramm mit dem Namen „Agenda 2010“.

Aller Reformbemühungen zum Trotz stieg die Arbeitslosigkeit jedoch auf 5 Millionen Arbeitssuchende an, was allerdings hauptsächlich an Änderungen der statistischen Bewertung lag, denn nun wurden auch Sozialhilfeempfänger zu den Arbeitslosen gezählt. Erschwerend kam hinzu, dass sich die hohen Sozialversicherungsbeiträge und Lohnnebenkosten (von bis zu 42 Prozent des Bruttoeinkommens) beschäftigungshemmend auswirkten⁹³.

Neben Steuer- und Arbeitsmarktpolitik versuchte die rot-grüne Regierung auch das Pensionssystem an die demographischen Veränderungen anzupassen. Zu diesem Zweck wurde 2001 die Rentenreform beschlossen: diese sah zum einen die Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzrente vor, zum anderen eine „Grundsicherungsrente“ für die Bezieher von niedrigen Renten. Aufgabe der Grundsicherungsrente war es die Ungleichheit im Alter zu verringern. Das allgemeine Rentenniveau sollte des Weiteren bis 2036 auf 64 Prozent des Nettoeinkommens festgelegt werden. Um der „gesellschaftlichen Veralterung“ Herr zu werden wurde

⁹¹ „Arbeitsmarktinsider“ stehen im Gegensatz zu „Outsidern“ bereits in einem regulären Beschäftigungsverhältnis.

⁹² AQTIV steht hier für: Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren und Vermitteln.

⁹³ Vgl. Egle, S. 172ff.

der „Nachhaltigkeitsfaktor“ geschaffen. Dieser sah vor die Höhe der Renten an das aktuelle Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern anzupassen.

Den steigenden Kosten des Gesundheitssystems sollte zunächst durch das „Solidaritätsgesetz“ Einhalt geboten werden. Dieses Gesetz senkte die Zuzahlungen zu Arzneimitteln, die erhoffte kostendämpfende Wirkung blieb allerdings aus, so dass die Krankenkassenbeiträge um 0,5 Prozent angehoben werden mussten. Ebendiese Beiträge wurden dank des „Gesundheitsmodernisierungsgesetzes“ nicht mehr paritätisch erhoben, sondern nur noch von Arbeitnehmern gezahlt. Auch die Eigenbeteiligung von Patienten wurde erhöht: 10 Prozent der Arzneykosten waren nun von ihnen zu entrichten, ebenso wie 10 Euro pro Quartal für Arztbesuche.

In Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde ein genereller Anspruch auf Teilzeitarbeit beschlossen, das Kindergeld beziehungsweise der „Kinderfreibetrag“ erhöht und die Kinderbetreuungseinrichtungen ausgebaut.

Der Regierungskurs der SPD zeichnet sich zusammenfassend sowohl durch liberale, als auch durch sozialdemokratische Elemente aus. Zum einen wurde mehr Eigenverantwortung eingefordert, zum anderen die „Grundsicherung“ eingeführt.

Der anfänglich angestrebte Schuldenabbau musste jedoch zu Gunsten von Steuersenkungen für Unternehmen und Bürger bald einer Erhöhung des Budgetdefizits weichen⁹⁴.

In Folge von Neuwahlen musste die SPD 2005 als „kleiner“ Partner eine „große“ Koalition mit der CDU/CSU eingehen. 2009 fand die Talfahrt ihre Fortsetzung, die SPD musste mit dem schlechtesten Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte den Gang in die Opposition antreten.

4.1.4. Die Agenda 2010

Als Reaktion auf mangelhafte Arbeitsvermittlungsstatistiken von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit wurde am 22. Februar 2002 die „Hartz-Kommission“ ins Leben gerufen. Bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit stand die Kommission unter Zeitdruck: da am 22. September 2002 Bundeswahlen zu gewinnen waren, sollten

⁹⁴ Vgl. Egle, S. 182ff.

bereits im Vorfeld Ergebnisse präsentiert werden können. Der Einfluss der Verbandsspitzen wurde von der Regierung beschränkt, indem sie selbst die Verbändevertreter bestimmte. Darüber hinaus waren deren Mitwirkungsmöglichkeiten auf Grund der hierarchischen Struktur stark eingeschränkt, so dass von einer „Quasi-Beteiligung“ gesprochen werden kann⁹⁵.

Die von der Kommission erarbeiteten Reformvorschläge wurden unter dem Namen „Agenda 2010“ zusammengefasst. 2002 wurde sie von der Legislative beschlossen und ist nunmehr seit 01. Jänner 2005 in Kraft.

Die Senkung der Steuersätze hatte den Zweck die Bürger um rund 6,5 Milliarden Euro zu entlasten. Der Eingangssteuersatz wurde von 25,9 auf 15 Prozent, der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Der von der Lohn- und Einkommenssteuer gänzlich freigestellte Betrag wurde von 6.322 Euro auf 7.664 Euro erhöht. Für Privathaushalte bedeute dies eine jährliche Steuerentlastung von 47 Milliarden Euro. Besonders Arbeitnehmer mit niedrigem oder mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern sollten durch die Reform besser gestellt werden.

Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ („Arbeitslosengeld II“) zusammengefasst. Deren Ziel sei es, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Dies sollte durch eine Zusammenlegung der Betreuung geschehen. Diese wird entweder von einer aus Kommune und Arbeitsagentur errichteten Arbeitsgemeinschaft („Job-Center“) oder von einem „zugelassenen kommunalen Träger“ geleistet.

Die Langzeitarbeitslosigkeit sollte somit durch ein „intensives Betreuungskonzept“ überwunden werden: jeder „erwerbsfähige Hilfsbedürftige“ erhält einen „persönlichen Ansprechpartner“, dieser erarbeitet eine auf seinen „Einzelfall“ zugeschnittene Strategie für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Der „persönliche“ Ansprechpartner sollte künftig durchschnittlich 150 erwerbsfähige Hilfsbedürftige betreuen. Unter 25jährige erhalten entweder ein Ausbildungsangebot, eine „Arbeitsgelegenheit mit qualifizierenden Elementen“, oder nach Möglichkeit eine Arbeitsstelle.

„Nicht erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft“ erhalten zur Sicherung ihres Lebensunterhalts „Sozialgeld“. Zu dieser „Bedarfsgemeinschaft“ gehören Elternteile, nicht getrennt lebende Partner und minderjährige, unverheiratete Kinder.

⁹⁵ Vgl. Schröder, S. 139.

Wie das Arbeitslosengeld II ist auch das Sozialgeld unabhängig vom vorangegangenen Nettoeinkommen, es orientiert sich am „Bedarf“. Mit dieser „Grundsicherung“ erhalten alle Empfänger Zugang zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Die Arbeitsaufnahme soll explizit gefördert werden: erst ab einem Bruttoeinkommen von mehr als 1.500 Euro wird jeder hinzuverdiente Euro in voller Höhe auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Schließlich solle jemand, der „etwas dazuverdient, mehr in der Tasche haben als jemand, der keine Eigeninitiative zeigt“. Bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit könne außerdem ein „Einstiegsgeld“ als zeitlich befristeter Zuschuss zum Arbeitslosengeld gewährt werden.

Getreu dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“, soll angebotene Arbeit angenommen werden. Dabei gilt jede Arbeit als zumutbar, solange kein „gesetzlich vorgesehener Ausnahmetatbestand vorliegt“ (zum Beispiel die Erziehung eines unter dreijährigen Kindes). Sollte eine „zumutbare Arbeit“ abgelehnt werden oder „Pflichtverletzungen in Zusammenhang mit sonstigen Eingliederungsmaßnahmen“ erfolgen, wird das Arbeitslosengeld um jeweils rund 100 Euro für jeweils 3 Monate gesenkt, sofern „für die Pflichtverletzung kein wichtiger Grund vorliegt“.

Des Weiteren ist für den eigenen Vermögensbesitz, welcher entscheidend für die Berechnung des Arbeitslosengeldes ist, eine Erhöhung des Freibetrages vorgesehen.

Zur Entlastung gering verdienender Familien wurde ein „Kinderzuschlag“ von monatlich bis zu 140 Euro beschlossen. Anspruchsberechtigt sind Eltern, die mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, aber nicht den ihrer Kinder. Sonst wären jene Eltern auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Der Einkommensbereich für Anspruchsberechtigte hängt von den „individuellen Verhältnissen“ (zum Beispiel Mietkosten) ab. Zusammen mit dem Kindergeld in der Höhe von monatlich 154 Euro soll der Kinderzuschlag den „durchschnittlichen Bedarf“ von Kindern decken. Gegengerechnet wird das eigene Einkommen und das Vermögen des Kindes (dazu zählen auch Unterhaltszahlungen). Ausgezahlt wird der Kinderzuschlag für maximal 36 Monate.

Sozialhilfebedürftigkeit soll in erster Linie durch „einfachere Verwaltungsabläufe“ und „mehr individuelle Unterstützung“ überwunden werden.

Die Kinderbetreuung soll deutschlandweit auf einen „qualitativ und quantitativ hohen Stand“ gebracht werden. In diesem Sinne verpflichtet das

„Tagesbetreuungsausbaugesetz“ die Kommunen „bis 2010 ein ausreichendes Betreuungsangebot für unter Dreijährige nach Bedarf zu schaffen“. In den „alten“ Bundesländern soll als konkrete Maßnahme die Zahl der Krippenplätze von 60.000 auf 290.000 erhöht werden. Zusätzlich sollen Tagesmütter besser abgesichert und ausgebildet werden. Erwerbsfähige Eltern, welche Arbeitslosengeld II beziehen, haben dann einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, wenn sie eine Arbeit aufnehmen. Finanziert soll der Ausbau der Kinderbetreuung durch jährliche Einsparungen in Höhe 2,5 Milliarden Euro. Diese sollen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erzielt werden.

Gemäß dem „Alterseinkünftegesetz“ werden seit 01.Jänner 2005 alle Pensionen beim Erhalt versteuert. Durch den „langen Übergangszeitraum“ von 35 Jahren werden jedoch aktuelle und baldige Rentner von der Besteuerung „verschont“, denn erst ab 2040 sind die gesetzlichen Renten steuerpflichtig. Im Gegenzug soll bis 2025 der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung zu 100 Prozent steuerfrei werden. Diese steuerliche Entlastung soll für eine zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge genutzt werden.

Zur nachhaltigen Finanzierung der Renten wird ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Mit einbezogen werden dabei die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und die Anzahl der Erwerbstätigen.

In Bezug auf staatlich geförderte Renten (die sogenannten „Riester-Renten“) soll der Verbraucherschutz verbessert werden: durch „obligatorische Standardberechnungen“ soll ein besserer „Produktvergleich“ ermöglicht werden. Durch „Unisex-Tarife“ soll zudem ab 01. Jänner 2006 sichergestellt werden, dass Frauen und Männer bei gleichen Verträgen auch die gleichen monatlichen Leistungen erhalten. Des Weiteren können Arbeitnehmer bei einem Arbeitgeberwechsel die Betriebsrente zum neuen Arbeitgeber mitnehmen („Portabilität“).

Kapitalbildende Lebensversicherungen werden hingegen nicht mehr steuerlich begünstigt, sondern mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz versteuert. Generell soll es keine „steuerlich günstigen Regelungen für Produkte geben, die nicht auf die ausschließliche Altersvorsorge ausgerichtet sind“⁹⁶.

⁹⁶ Vgl. Neuregelungen aus dem Bereich der Agenda 2010.

Profitieren von der Agenda 2010 sollen in erster Linie Arbeitnehmer mit niedrigem oder mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern, Arbeitslose gilt es hingegen ehest möglich in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Soziale Bedürftigkeit soll durch ein „intensives Betreuungskonzept“ überwunden werden. Allerdings ist es fraglich, ob bei einem „durchschnittlichen Betreuungsverhältnis“ von 1 Betreuer zu 150 Arbeitssuchenden eine „maßgeschneiderte Strategie“ möglich ist, beziehungsweise ob diese in weiterer Folge von Erfolg gekrönt ist.

Aufgrund fehlender klarer Kriterien für den Bezug von Arbeitslosengeld bleibt vieles der „Beamtenwillkür“ überlassen. Da zudem die „Grundsicherung bedarfsorientiert“ ist, hängt viel von den individuellen Lebensumständen ab⁹⁷.

Die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme von Arbeit wurden so weit gelockert, dass jede „legale Arbeit zumutbar“ ist. Sollte man sich dieser Aufnahme widersetzen droht eine empfindliche Kürzung des Arbeitslosengeldes. Des Weiteren werden auch bei der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen Erwerbsfähige bevorzugt, sobald diese eine Arbeit aufnehmen. Der „Zwang zur Arbeit“ findet auf diese Weise Bestätigung. Generell wird im Sinne selektiver Maßnahmen mehr Wert auf „individuelle Unterstützung“ gelegt. In Bezug auf die Rentenreform wurde mit der Einführung des „Nachhaltigkeitsfaktors“ demographischen Veränderungen Rechnung getragen.

4.1.5. Das Hamburger Programm (2007)

Im Zuge der 2005 bundesweit erlittenen Einbußen bei weiten Teilen der Wählerschaft versuchte die SPD mit dem Beschluss des „Hamburger Programms“ 2007 eine Kurskorrektur.

Als der zentrale Begriff des Hamburger Programms galt parteiintern der „demokratische Sozialismus“⁹⁸. Dieser wird jedoch etwas unscharf als „Verwirklichung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft“ umschrieben.

⁹⁷ Als Reaktion auf die unklaren Bemessungsgrundlagen ordnete 2009 der oberste Gerichtshof eine neue Bemessung des Arbeitslosengeldes II an.

⁹⁸ Vgl. u.a. Mayer.

Des Weiteren wird einer „Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische“ widersprochen, denn auch wenn der Markt das „überlegene Mittel“ sei, so sei er doch „ökologisch und sozial blind“. Deshalb gelte es einen „wirksamen ordnungspolitischen Rahmen“ für Finanzmärkte auf internationaler Ebene zu schaffen. Dieser solle unter anderem staatliche Impulse für Leitmärkte ermöglichen und „Spielregeln“ für Investoren und Fonds beinhalten. Ziel sei es, durch „politische Gestaltung“ transparente Finanzmärkte zu schaffen⁹⁹.

Die Haushaltspläne sehen zum einen eine Budgetkonsolidierung vor, zum anderen sollen die Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur kontinuierlich ansteigen. Ein Festhalten an der progressiven Einkommenssteuer sei dafür unerlässlich, denn wer überdurchschnittlich verdiene, müsse auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen¹⁰⁰.

Unangetastet bleibt die Tarifautonomie, zudem wird eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital verlangt. In Bezug auf die zunehmende Expansion des Niedriglohnsektors wird des Weiteren die Forderung nach „existenzsichernden Mindestlöhnen“ erhoben, zudem sollen unbefristete, sozial versicherte Arbeitsverhältnisse „gestärkt werden“.

Grundsätzlich gelte für Arbeitnehmer die Möglichkeit des „ständigen Dazulernens“, welche durch das „Recht auf Weiterbildung“ festgehalten werde. So solle jeder Beschäftigungsfähige die „Chance auf gute Arbeit nutzen können“. Die Beschäftigungspolitik sollte zudem auf vier Säulen gründen: Investitionen in wirtschaftliches Wachstum und Innovationen; die Forcierung eines Sozialstaats, welcher in erster Linie auf den „Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit“ ausgerichtet sein sollte; den Ausbau von öffentlich geförderter Arbeit; und eine moderne Arbeitszeitpolitik, welche auf eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit durch eine Senkung der Überstunden abzielt. So könne das Ziel der Vollbeschäftigung verfolgt werden¹⁰¹.

Was das Verhältnis von Staat und Gesellschaft anbelangt, so „kann und soll die Bürgergesellschaft staatliches Handeln kontrollieren“, jedoch nicht ersetzen. Um im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Verwaltung bürgernäher zu gestalten soll die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Generell wird ein „vorsorgender Sozialstaat“ bevorzugt. Dieser solle Sicherheit, soziale Teilhabe und Emanzipation fördern. „Mehr und bessere Dienstleistungen“ seien dafür unerlässlich, schließlich

⁹⁹ Vgl. Hamburger Programm, S. 17ff.

¹⁰⁰ Vgl. Hamburger Programm, S. 46.

¹⁰¹ Vgl. Hamburger Programm, S. 30f.

„muss der Staat nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten“. Zur finanziellen Entlastung der sozialen Sicherungssysteme sollen diese künftig stärker über Steuern als über Beiträge finanziert werden. Die gesetzliche Rentenversicherung solle durch Betriebsrenten und eine öffentlich geförderte private Vorsorge ergänzt werden.

Was die Bildungspolitik betrifft, so befürwortet die SPD einen „gebührenfreien Bildungsweg“, inklusive der Möglichkeit Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen. Um eine „praxisnahe“ Ausbildung zu ermöglichen, wird eine stärkere Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung gefordert. Ein offener Zugang zu Universitäten soll über staatlich finanzierte Hochschulen verwirklicht werden. In weiterer Folge sollen für das Erststudium keine Studiengebühren erhoben werden.

Als Teil einer aktiven Frauenförderung sollen Betreuungseinrichtungen, wie zum Beispiel gebührenfreie Ganztagsbetreuungen, ausgebaut werden. Flexible Arbeitszeiten und „gesetzliche Maßnahmen“ sollen schließlich die gleiche Teilhabe in Führungspositionen ermöglichen. Denn es gelte im Sinne des „Gender-Mainstreaming“ die „alte Rollenverteilung“ zu überwinden¹⁰².

Im Vergleich zum Hannoveraner Wirtschaftsprogramm fanden sozialdemokratische Kernthemen, wie etwa Arbeitnehmerbeteiligung und Vollbeschäftigung, im Hamburger Programm wieder Erwähnung. Zudem wird die Möglichkeit des lebenslangen Lernens betont, allerdings sollte die Teilnahme nicht mit Zwang erreicht werden.

4.2. Der Dritte Weg der Labour Party

4.2.1. Historischer Kontext

Bereits in den 1980er Jahren wurde vom damaligen Vorsitzenden der Labour Party, Neil Kinnock, ein Revisionsprozess angestrengt: der Parteiführer sollte eine herausragende Stellung innehaben, die Abgeordneten gemäß der Parteilinie „diszipliniert“ werden, die Zentrale gestärkt werden, und gleichzeitig die Parteikonferenz geschwächt werden.

¹⁰² Vgl. Hamburger Programm, S. 50f.

Im Zuge des „Policy Reviews“ im Jahre 1987 wurde auch eine programmatische Wendung vollzogen. Der Markt wurde grundsätzlich positiv wahrgenommen, staatliche Interventionen sollten deshalb nur noch stark begrenzt erfolgen. Die ehemals enge Bindung zu den Gewerkschaften wurde gelockert beziehungsweise deren Einfluss innerhalb der Partei Stück für Stück zurückgeschraubt.

Um den „tax and spend“¹⁰³- Image entgegenzutreten wurde ein Bekenntnis zur Haushaltsdisziplin abgelegt und von einer höheren Besteuerung Wohlhabender Abstand genommen. Die Europäische Union wurde positiver dargestellt und die Reformierung und Demokratisierung der politischen Strukturen gefordert. Anschließend wurde der „Clause IV“¹⁰⁴ neu formuliert: Begriffe wie Verteilungsgleichheit und Verstaatlichung wurden gestrichen, dafür dem Prinzip der Chancengleichheit und dem Wahrnehmen von Rechten und Pflichten mehr Bedeutung zugestanden.

Der Niedergang der Gewerkschaften wurde bereits durch die Politik von Margaret Thatcher vorangetrieben, sodass die Labour Party mit den geschwächten Arbeitnehmervertretern keine Auseinandersetzungen fürchten musste. Des Weiteren schienen viele „linke“ Anliegen überholt, wie etwa die Forderung nach einem Austritt aus der Europäischen Union¹⁰⁵.

Nach der Ära Thatcher (1979-1990) machte sich die Labour Party nun große Hoffnungen 1992 wieder stärkste Partei Großbritanniens zu werden. Mit 34,4 Prozent der Stimmen musste man sich jedoch abermals den konservativen Tories geschlagen geben.

Im Zuge der Ernüchterung wurde die innerparteiliche Modernisierung verstärkt, da die Wahlniederlage als Zeichen verstanden wurde, dass die programmatische Revision bisher nicht radikal genug war: zunächst wurden zunehmend Macht und Kontrolle von der Parteibasis zur Führung verschoben. Die Bedeutung des eben erst reformierten „Clause IV“ wurde auf eine symbolische Ebene reduziert. Des Weiteren erfolgte ein Bekenntnis zur „Härte des Wettbewerbs“. Auch die präferierte Wählergruppe wurde neu definiert: statt der Arbeiterklasse wurden nun hauptsächlich Bürger angesprochen, „die sich an die Regeln halten“.

Die Individualisierung der Gesellschaft wurde als Ursache für eine zunehmende Verunsicherung und eines geringeren kulturellen und sozialen Zusammenhalts

¹⁰³ Gemeint ist hier der Vorwurf Steuern und gleichzeitig die staatlichen Ausgaben zu erhöhen.

¹⁰⁴ Hierbei handelt es sich um einen Textteil der ursprünglichen Verfassung der Labour Party aus dem Jahr 1918.

¹⁰⁵ Vgl. Schönwälder, S. 83ff.

verstanden. Einen Ausweg sollte die „moralische Erneuerung“ und die „Besinnung auf Pflichten innerhalb der Gemeinschaft“ bieten.

Mit der Feststellung, dass eine „anständige Gesellschaft nicht auf Rechten, sondern auf Pflichten aufgebaut ist“, wurde eine „Zuckerbrot und Peitsche“- Politik legitimiert. Um dieser Neuausrichtung Nachdruck zu verleihen erarbeitete Gordon Brown 1995 ein „welfare to work“- Konzept, welches Sozialleistungen in erster Linie für „Arbeitswillige“ vorsah. Um der „Ellbogengesellschaft“ beizukommen, sollte das „Prinzip von Gegenseitigkeit und Gemeinschaft“ wiederhergestellt werden¹⁰⁶.

Die Parteiführung änderte ihren Stil von einer programmatisch-konzeptionellen hin zu einer wahlpolitischen Orientierung: die Politik wurde von Wahlchancen an Stelle von Konzepten bestimmt, der Wahlerfolg kam vor der Ideologie.

Im Zuge der Modernisierung wurde die Partei inoffiziell „New Labour“ genannt, so sollten vergangene Überzeugungen als „Old Labour“ abgestreift werden. Dies veranschaulicht ebenso den Wandel des politischen Stils: es wurde zunehmend auf „Verpackung und Präsentation“ Wert gelegt. In diesem Sinne wurde die Umfrageforschung beziehungsweise der professionelle Umgang mit Medien höher geschätzt als parteiliche Basisaktivitäten. Entgegen vorangegangener Überlegungen wurde Globalisierung nun nicht mehr als Problem, sondern als Chance verkauft¹⁰⁷.

Um die Wahl 1997 zu gewinnen, fand sich der Richtungswechsel auch im Wahlprogramm wieder: die Steuern sollten gesenkt werden, die Bildung stärker finanziert werden. Die Labour Party versuchte sich prinzipiell als „Law and Order“- Partei zu positionieren. Dieser programmatische Wechsel sollte aus der Partei wieder eine Volkspartei machen. Insgesamt galt es, die Partei als glaubwürdig und zukunftsorientiert darzustellen, was sich auch an der entschlossenen und dynamischen Präsentation Tony Blairs widerspiegelt. Einzelne sozialdemokratische Elemente, wie etwa die Intoleranz gegenüber Armut und Arbeitslosigkeit oder der Erhalt gesellschaftlicher Solidarität, wurden jedoch beibehalten¹⁰⁸.

Kritiker bezeichnen den zentralistischen, wirtschaftsliberal-kommunitaristischen Kurs von New Labour auch als „Designer-Sozialismus“, da er sich scheinbar beliebig einzelner Ideen des Sozialismus verwendet, gleichzeitig aber auch Teile des Neoliberalismus in sein Repertoire aufnimmt, um auch diese Wähler zu erreichen.

¹⁰⁶ Vgl. Schönwälder, S. 96.

¹⁰⁷ Vgl. Petring, S. 119.

¹⁰⁸ Vgl. Petring, S. 120.

4.2.2. Die Regierungspolitik der Labour Party (1997-2010)

Zwar erhielt die Labour Party 1997 lediglich 43,2 Prozent der Wählerstimmen, auf Grund des britischen Mehrheitswahlrechts genügte dies aber, um wieder die Regierungsmacht zu übernehmen. Vier Faktoren waren bei diesem Wahlsieg hilfreich:

.) Ein massiver Vertrauensverlust in die konservative Vorgängerregierung unter John Major: dazu führten unter anderem ungelöste Probleme auf EU-Ebene beziehungsweise die Verschiebung von dringend benötigten Reformen innerhalb der Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik.

.) Die Persönlichkeit Tony Blairs: „unliebsame“ Abgeordnete wurden „diszipliniert“ und die Parteizentrale gestärkt. Er selbst prägte auch den Grundsatz des Dritten Weges, „modernise or die“¹⁰⁹.

.) Die in den Jahren zuvor vollzogene „Imageveränderung“ der Labour Party.

.) Die professionelle Kommunikationspolitik: Botschaften sollten eindrucksvoll inszeniert werden¹¹⁰.

2001 und 2005 konnte die Labour Party ihren Erfolg wiederholen, profitierte dabei allerdings von einer sinkenden Wahlbeteiligung.

Als allgemeines Ziel wurde die Erhaltung der makroökonomischen Stabilität ausgerufen. In diesem Sinne wurde die „goldene Regel“, wonach Kredite nur zu Investitionszwecken aufgenommen werden sollten, beibehalten. Von einer gesellschaftlichen Umverteilung wurde Abstand genommen, es sollten hingegen die „Anreize zur Arbeit“ erhöht werden.

Die Einkommenssteuer wurde hauptsächlich für niedrige Einkommen gesenkt. Durch die operative Unabhängigkeit der Bank of England sollte das Vertrauen der Finanzmärkte gestärkt werden. Die Transparenz des Aufsichtsrates dieser Bank wurde durch vierteljährliche Beratungen erhöht, gleichzeitig war dieser aber an vorher festgelegte Vorgaben weisungsgebunden. Die Staatsquote wurde auf 40 Prozent des BIPs reduziert, was vor allem durch Umschichtungen zwischen den Ministerien bewerkstelligt werden konnte. Die Steuervergünstigungen wurden gesenkt, die Benzin-, Tabak- und Immobiliensteuern erhöht. Zusammenfassend betrieb die Labour-Regierung eine Fiskalpolitik, die sich sowohl am Monetarismus, in

¹⁰⁹ Vgl. Blair 1997, S. 19.

¹¹⁰ Vgl. Grill, S. 34f.

Form einer niedrigen Inflation, als auch am Neokeynesianismus, in Form antizyklischer Steigerungen der öffentlichen Ausgaben, orientierte¹¹¹.

Im Bereich der Beschäftigungspolitik wurden mehrere „New Deals“ ausgearbeitet. Im Mittelpunkt stand die Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen, sowie die Aufnahme von staatlich subventionierter Arbeit. Für junge Arbeitslose wurde beispielsweise der „New Deal for Young People“ geschaffen. Ein „persönlicher Berater“ soll dem Arbeitslosen vier Angebote unterbreiten: eine sechsmonatige subventionierte Beschäftigung¹¹², eine Vollzeit-Aus- oder Weiterbildung von der Dauer eines Jahres, einen Arbeitsplatz in einer kommunaler oder gemeinnütziger Organisation für 26 Wochen, oder ein „Stipendium“ von 400 Pfund; Gleichzeitig wurden jedoch sonstige Unterstützungen gesenkt.

Auch für arbeitslose Alleinerzieher wurde das Beratungsangebot ausgeweitet, gleichzeitig aber die Beihilfen reduziert. Im Zuge des Employment Relations Act wurde 1999 der Mutterschaftsurlaub von 14 auf 18 Wochen erhöht und ein dreimonatiger „Erziehungsurlaub“ ebenso wie ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub eingeführt. Dies sollte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Des Weiteren wurde die „Low Pay Commission“, bestehend aus Gewerkschaftsvertretern, Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern, eingesetzt. Ihrer Empfehlung folgend wurde ein nationaler Mindestlohn von 3,6 Pfund pro Stunde beschlossen¹¹³.

Im Bereich der Bildung wurde in die Qualität öffentlicher Schulen investiert, die Stipendien für Privatschulen gesenkt und Studentenkredite eingeführt¹¹⁴.

Das britische Sozialsystem fußt allgemein auf drei Säulen:

- 1) Die „National Insurance“: hierbei handelt es sich um eine beitragsfinanzierte Arbeitslosen-, Pensions- und Unfallversicherung.
- 2) Das „National Health Service“ (NHS): dies ist die steuerfinanzierte Krankenfürsorge.
- 3) Die Mindestsicherung: diese ist abhängig vom Familienstand und kann durch Zuschüsse ergänzt werden.

¹¹¹ Vgl. Petring, S. 124f.

¹¹² Dieses Angebot galt auch für Langzeitarbeitslose.

¹¹³ Vgl. Petring, S. 130f.

¹¹⁴ Vgl. Schönwälder, S. 108.

Die Labour Party unternahm in Folge ihrer „Modernisierung“ mehrere Reformanstrengungen, um diese drei Säulen zu adaptieren, und auf diese Weise ihrer programmatischen Neuausrichtung Taten folgen zu lassen.

Um den Vorwurf des „Something for Nothing“¹¹⁵ zu entkräften, wurde eine Neubestimmung der Mindestsicherung durchgeführt: nun galt es durch die Herstellung von Inklusion und Chancengleichheit, sowie durch die Betonung von Rechten und Pflichten eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Um einer zunehmenden Stigmatisierung von Arbeitslosen beizukommen wurde das Ausmaß der Bürokratie reduziert, gleichzeitig aber die Bedürftigkeitsprüfungen ausgedehnt.

Zudem sollten Familien besser unterstützt werden. Dies geschah durch eine Erhöhung der Kindergartenplätze, des Kindergeldes und des Mutterschaftsurlaubes. Des Weiteren gab es die Möglichkeit von Zuschüssen für arbeitende Familien.

Die Pensionen sollten durch automatische Aufstockungen an das Mindesteinkommen angepasst werden. Zusätzlich zur dieser „basic state pension“ wurde für Geringverdiener die Möglichkeit geschaffen steuerfrei eine „stakeholder pension“ in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich sollten Geringverdiener eine staatlich geförderte „state second pension“ zur Verfügung stehen. Für jene, welche mehr als die basic state pension verdienten, wurde mit dem „pension credit“ eine Spargulage eingeführt. Auch das NHS wurde durch den „Health Act“ 1999 reformiert. Ziel war eine zunehmende Dezentralisierung beziehungsweise eine Zunahme der „Public-Private-Partnerships“¹¹⁶.

Um sich glaubwürdig als „Law and Order“- Partei zu präsentieren wurde eine allgemeine Sperrstunde eingeführt, schärfer gegen rassistische Gewalt vorgegangen und ein strengeres Einwanderungs- und Asylrecht beschlossen¹¹⁷. Die Ausweitung der Polizeibefugnisse wurde ebenso durchgesetzt wie die Ausweitung der „Verhaftung ohne Anklage“¹¹⁸.

Zusammenfassend wurde der Arbeitsmarkt weitgehend dereguliert. Durch eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote wurde zudem eine Abkehr vom Modell des männlichen Brotverdieners angestrebt. Zugleich wurde das Mindestsicherungsniveau ebenso gesenkt wie andere redistributive Elemente, während privatwirtschaftliche

¹¹⁵ Gemeint ist hier die Beanspruchung von Sozialleistungen ohne Beitragszahlungen zu leisten.

¹¹⁶ Vgl. Petring, S. 135f.

¹¹⁷ Vgl. Schönwälder, S. 113.

¹¹⁸ Vgl. Watkins, S. 16.

Lösungen forciert wurden. So wurde ein „minimalistisch-liberaler“ Staat geschaffen¹¹⁹.

Im Unterschied zum Thatcherismus wurden Privatisierungen zwar nicht rückgängig gemacht, sie sollten aber „besser überwacht“ werden. Flexibilität von Arbeitnehmern sollte durch befristete Beschäftigungsverhältnisse, erleichterte Kündigungen und flexible Arbeitszeiten erreicht werden.

Ein nationaler Mindestlohn wurde eingeführt und Teilzeitbeschäftigte erhielten dieselben Rechte wie Vollzeitbeschäftigte. Der politische Einfluss der Gewerkschaften wurde nicht erhöht, doch in Betrieben wo über 50 Prozent der Beschäftigten einer Gewerkschaft angehören, sollten diese Arbeitnehmervertretungen anerkannt werden¹²⁰.

2010 verlor New Labour schließlich die Regierungsmehrheit, die Anzahl ihrer Sitze im Unterhaus verringerte sich stetig, von 419 im Jahre 1997 auf 258 im Jahre 2010. Viele Beobachter führen das auf die zunehmende „Clintonisierung“ der Labour-Politik zurück¹²¹.

4.2.3. Der Welfare Reform Act 2007

Der Welfare Reform Act trat am 01.11.2007 in Kraft. Mehrere Vorgaben wurden mit diesem Gesetz versucht zu erreichen: eine Steigerung der Beschäftigungsquote von 75 Prozent auf 80 Prozent, eine Senkung der 2,7 Millionen Arbeitsunfähigen um eine Million, 300.000 Alleinerziehenden den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, und die Zahl der älteren Arbeitnehmer (von 50 Jahren aufwärts) um eine Million zu erhöhen.

Die Voraussetzungen für den Bezug der „Arbeits- und Unterstützungszahlungen“ sind eine „begrenzte Arbeitsfähigkeit“¹²², ein Mindestalter von 16 Jahren, ein Höchstalter unter dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter, ein permanenter Aufenthalt in Großbritannien, sowie kein Erhalt der Einkommensunterstützung oder der

¹¹⁹ Vgl. Petring, S. 137ff.

¹²⁰ Vgl. Schönwälder, S. 100.

¹²¹ Vgl. Watkins, S. 6.

¹²² Als „begrenzt arbeitsfähig“ gelten demzufolge Personen, welche an „physisch oder mental begrenzten Möglichkeiten“ leiden und für die somit eine Arbeitssuche „unvernünftig“ wäre.

Unterstützung für Arbeitssuchende. Des Weiteren muss der Antragsteller zum Zeitpunkt des Eintretens der Arbeitsunfähigkeit unter 20 Jahre alt gewesen sein, darf keine „Vollzeitbildung“ erhalten haben, und musste vorher an 196 aufeinanderfolgenden Tagen arbeitsunfähig sein.

In Bezug auf die einkommensabhängige Unterstützung darf das Einkommen ebenso wenig wie das vorhandene Kapital einen festgesetzten Betrag übersteigen. Der Bezieher darf keinen staatlichen Pensionskredit erhalten, in keinem „einträglichen Arbeitsverhältnis“ stehen, und keine Bildung in Anspruch nehmen.

Ebenso müssen in einem der letzten drei kompletten Steuerjahre „Klasse eins- oder Klasse zwei- Beiträge“ gezahlt worden sein. Die Höhe der einkommensabhängigen Zahlungen sollen den „anwendbaren Betrag“ umfassen beziehungsweise im Falle eines regelmäßigen Einkommens, dieses auf diesen Betrag erhöhen. Generell werden die Zahlungsleistungen von den Behörden unter Miteinbeziehung des vorhandenen Einkommens beziehungsweise des verfügbaren Kapitals individuell berechnet. Mit dem Erreichen eines „qualifizierenden Alters“ werden diese Zahlungen angepasst.

Des Weiteren gilt für Empfänger der „Arbeitshilfszahlungen“ die Verpflichtung zu einem oder mehreren „arbeitsbezogenen Gesundheitsbewertungen“¹²³, andernfalls droht eine Reduzierung dieser Unterstützungen.

Eine weitere Verpflichtung ist die Absolvierung eines oder mehrerer „arbeitsbezogener Interviews“. Diese werden zum Zweck der Arbeitsfindung beziehungsweise der Beibehaltung einer Beschäftigung durchgeführt.

Unterstützungsempfänger sind ebenso dem Nachgehen einer „arbeitsbezogenen Aktivität“ verpflichtet. Damit ist eine Aktivität gemeint, welche ein bestehendes Beschäftigungsverhältnis stärkt oder die Arbeitssuche erleichtert. Bestimmt werden diese Aktivitäten durch „Aktionspläne“.

Ausgenommen von den Unterstützungsleistungen sind Personen, welche durch „eigenes Fehlverhalten“ ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben (etwa durch Missachtung medizinischer Ratschläge), oder die „Verhaltensregeln“ missachten. Gefängnisstrafen oder das Verlassen des britischen Königreiches sind ebenfalls Gründe für eine „Disqualifikation“. Nicht vollbezugsberichtigt sind des Weiteren Bezieher von „Mutterschaftszahlungen, Adoptionszahlungen, sowie Vaterschaftszahlungen“. Diese müssen mit Kürzungen rechnen.

¹²³ Mit „arbeitsbezogenen Gesundheitsbewertungen“ sind professionelle Gesundenuntersuchungen gemeint, welche die Arbeitsfähigkeit beziehungsweise eine mögliche Verbesserung der Arbeitsfähigkeit bewerten sollen.

In Krankheitsfällen können die Sozialleistungen ausgesetzt werden.

Ausbezahlt werden diese Sozialleistungen aus dem „Nationalen Versicherungsfonds“.

Die „Wohnungsunterstützung“ kann im Falle von „asozialem Verhalten“ gekürzt werden. Sie wird nicht mehr an die Vermieter direkt bezahlt, sondern an die Mieter. So soll eine „größere soziale Verantwortung“ wahrgenommen werden. Andererseits könnten dies zu einer zunehmenden Überforderung von mental beeinträchtigten Personen führen.

Sozialversicherungsinformationen können von unterschiedlichen „Autoritäten“ für „relevante Zwecke“ genutzt werden. Sollte allerdings gegen diese Datenschutzaufgabe verstoßen werden, drohen dem Täter bis zu zwei Jahre Haft.

„Sozialversicherungsbetrug“ ist von den lokalen Behörden zu untersuchen. Die Verjährungsfrist für Sozialversicherungsbetrug wird von drei auf fünf Jahre erhöht.

Im Falle einer „arbeitsbezogener Behinderung“ können nur Arbeitgeber, bei welchen man mindestens 12 Monate gearbeitet hat, belangt werden¹²⁴.

Durch strengere Prüfungen von Beziehern des Arbeitslosengeldes, beziehungsweise durch eine generelle Reduzierung der Bezugsberechtigten lassen sich Kernelemente des dritten Weges bei dieser Wohlfahrtsstaatsreform wiederfinden.

4.2.4. Das „Labour Party Manifesto 2010“

Im Zuge der Unterhauswahlen im Jahre 2010 fasste die Labour Party entgegen vorangegangener Gewohnheiten ihre inhaltlichen Standpunkte zu einem Parteiprogramm zusammen. Dieses „Parteimanifest“ sollte möglicherweise den Vorwurf der programmatischen Beliebigkeit entkräften.

Zu betrachten sind die Überlegungen im Hintergrund sowohl der globalen Wirtschaftskrise, welche starken Einfluss auf die britische Wirtschaft hatte¹²⁵, als auch des Spendenskandals im britischen Parlament, welche das Vertrauen der britischen Bevölkerung in die Politik allgemein erschütterte¹²⁶.

¹²⁴ Vgl. Welfare Reform Act 2007.

¹²⁵ Vgl. Hickman, S. 1.

¹²⁶ Vgl. Merrick, S. 1.

So wird nun festgehalten, dass sich die Rolle der Regierung nicht auf ein „Danebenstehen“ beschränken solle, sondern die „Dynamik des privaten Sektors“ zu erhalten sei. Dies könne erreicht werden, indem die angestrebten Erhöhungen der öffentlichen Ausgaben beibehalten werden. Sobald sich die Wirtschaft wieder erholt habe, gelte es allerdings das Budgetdefizit „schnellstens“ zu reduzieren. Durch eine Kombination von „fairen Steuererhöhungen, Kürzungen öffentlicher Ausgaben in Bereichen niedriger Priorität, und Strategien für Wachstum, welches die Steuereinnahmen erhöhen und gleichzeitig die Zahl der Sozialhilfeempfänger senken würde“, könne das Defizit innerhalb von vier Jahren halbiert werden.

Generell gelte bei der Fiskalpolitik der Grundsatz, wonach die „größten Lasten von den breitesten Schultern getragen werden sollten“. Dementsprechend wurde eine Zusatzsteuer für Banker eingeführt. Von den zukünftigen Kürzungen der Staatsausgaben sollen „Frontlinien-Dienstleistungen“¹²⁷, wie etwa Investitionen in Kinderbetreuung, Schulen, das Gesundheitssystem und Polizei, aber verschont bleiben. Abgesehen von den erwähnten antizyklischen Investitionen sollen steuerpolitische Verantwortung und monetäre Stabilität die „Fundamente“ der Labour-Politik bilden. In diesem Sinne wird eine Inflation von maximal zwei Prozent angestrebt.

Als eine Lehre, welche aus der Wirtschaftskrise gezogen wurde, gilt die Forderung nach einer „strafferen Regulierung“ des Bankensektors. So solle das „Bankensystem heimische Geschäfte unterstützen“. Für Banken, bei welchen der Staat Anteile besitzt, gelten vereinbarte Ziele. Sollten diese nicht erreicht werden, so könne sich das auf die „Entlohnung der Vorstandsebene“ auswirken. Durch eine „Zerschlagung“ dieser Banken soll zusätzlich für einen größeren Wettbewerb im Bankensektor gesorgt werden. Auf globaler Ebene plädiert die Labour Party für die Einführung einer „Abgabe für finanzielle Dienstleistungen“.

Um der Verpflichtung zur Unterstützung von Unternehmen nachzukommen, solle die Unternehmenssteuer wettbewerbsfähig gehalten werden. Darüber hinaus gelte es die staatliche Regulierung zu vereinfachen. Demnach sollen „public-private-partnerships“ weiter forciert werden. Wiederentdeckt scheint dafür die Forderung nach einer Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren jeweiligen Unternehmen¹²⁸.

¹²⁷ Im Original „frontline services“, beschreibt dieser Begriff Schlüsselbereiche der Ausgabenpolitik. Die etwas martialische Bezeichnung lässt sich womöglich auf die allgemeine Rhetorik britischer Politiker zurückführen.

¹²⁸ The Labour Party Manifesto 2010, S. 8ff.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gilt das Ziel der Vollbeschäftigung. Dies nimmt vor allem Arbeitslose in die Pflicht: Kein Arbeitsfähiger sollte auf ein Leben in „Sozialstaatsabhängigkeit“ angewiesen sein, vielmehr sollten „alle, die in der Lage sind zu arbeiten, dies auch tun“. Personen in einem Beschäftigungsverhältnis sollten „genug zum Leben verdienen und besser wegkommen als Wohlfahrtsabhängige“, und zudem ihre Fähigkeiten erweitern. Das „personalisierte Wohlfahrtssystem“ solle „Schutz für diejenigen, die ihn brauchen bereitstellen“, die „Kontrolle der Betroffenen über eigenes Leben steigern“ und „klare Verantwortungen gegenüber Anderen festhalten“.

Um der Langzeitarbeitslosigkeit beizukommen sollen Personen, welche seit mindestens sechs Monaten arbeitslos gemeldet sind, eine garantierte Anstellung oder „Training“ erhalten. Die Teilnahme an diesem Training ist ab einer Dauer der Arbeitslosigkeit von zehn Monaten verpflichtend. Langzeitarbeitslose¹²⁹ erhalten eine garantierte Anstellung, welche sie annehmen müssen, andernfalls drohe eine Reduzierung der Sozialleistungen.

Durch Lohnsubventionen soll auch mental oder physisch beeinträchtigten Personen der Wechsel in die Berufswelt erleichtert werden.

Alleinerziehenden soll durch einen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen geholfen werden eine „familienfreundliche Anstellung zu finden“. Sobald das Kind drei Jahre alt wird, solle man sich auf den Einstieg ins Berufsleben vorbereiten. Dieser wird dann vollzogen, wenn das Kind sieben Jahre alt wird. So soll „Verantwortung“ zum „Eckpfeiler des Wohlfahrtsstaates“ gemacht werden. Schließlich sollen die Sozialleistungen sicherstellen, dass die Menschen die „richtigen Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung“ erhalten.

Damit sich „Arbeit wieder lohnt“ soll der nationale Mindestlohn an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen angepasst werden. Die ungleiche Einkommensverteilung zwischen Frauen und Männer gelte es zu beseitigen. Positiv wird die Rolle der Gewerkschaften dargestellt: diese können durch Arbeitnehmerschutz und Beratung für „mehr Fairness am Arbeitsplatz“ sorgen.¹³⁰

Im Bereich der Bildungspolitik wird die Bedeutung eines „fliegenden Starts“ propagiert: mit „gutem, auf Spielen basierendem Lernen“ sollen Kinder auf die Schule

¹²⁹ Als Langzeitarbeitslose gelten Personen, welche seit mindestens sechs Monaten nach einer Anstellung suchen.

¹³⁰ Vgl. The Labour Party Manifesto 2010, S. 18ff.

vorbereitet werden. Zu diesem Zweck sollen „Kinderbetreuungsgutscheine“ verteilt werden. Des Weiteren soll die Qualität öffentlicher Schulen verbessert werden. Für Volksschüler werden Betreuung und „konstruktive Aktivitäten von sechs Uhr bis zwanzig Uhr“ gefordert. Lehrer sollen mit „neuen starken Vollmächten“ ausgestattet werden, um „Ordnung und Disziplin“ sicherzustellen.

Zudem sind „Verhaltensverträge“ zwischen Eltern und den jeweiligen Schulen geplant. Bei Verstoß gegen diese Abkommen seien „richtige Konsequenzen“ geplant, etwa eine „gerichtliche Verfügung zur Erziehung“. Langfristiges Ziel sei es, dass drei Viertel der Personen bis zum dreißigsten Lebensjahr eine höhere Ausbildung absolviert haben. Zu diesem Zweck werde die Rückzahlung der Bildungskredite von den jeweiligen finanziellen Verhältnissen abhängig gemacht¹³¹.

Reformbedarf sei auch bezüglich des nationalen Gesundheitssystems gegeben: das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf der Prävention und der frühen Intervention, etwa dem frühzeitigen Erkennen von Krankheiten. Durch ärztliche Ratschläge zur gesunden Bewegung und Ernährung soll das Gesundheitssystem weiter entlastet werden.

Ein weiterer Verbesserungsvorschlag betrifft die „Kundenbetreuung“: bis zu zehn Prozent der staatlichen Gelder für öffentliche Gesundheitseinrichtungen sollen von der Zufriedenheit der Patienten und der „Qualitätsergebnissen“ abhängig gemacht werden. Durch eine „Wartezeitgarantie“ soll sichergestellt werden, dass die Behandlung innerhalb von 18 Wochen nach der Diagnose beginnt. Krebspatienten sollen bereits zwei Wochen nach der Feststellung die Möglichkeit haben, einen Spezialisten aufzusuchen. Palliative Versorgung soll jedem auch zu Hause zur Verfügung stehen¹³².

Um dem „Law-and-Order-Image“ gerecht zu werden, fordert die Labour Party, dass Polizisten 80 Prozent ihrer Dienstzeit sichtbar auf Streife verbringen. Um aktiv gegen die Jugendkriminalität vorzugehen sollen „Straßenteams“, bestehend aus „Pastoren und ehemaligen Straftätern“, eingeführt werden. Im Vordergrund steht hierbei das frühzeitige Erkennen von „asozialem Verhalten“. Im Sinne der „Rückzahlung an die Gemeinschaft“ soll diese darüber abstimmen können, welche „harte Arbeit“ Verurteilte im Zeichen der Wiedergutmachung leisten sollen.

In Bezug auf die Immigration soll ein Punktesystem ähnlich dem australischen Modell eingeführt werden, um sicherzugehen, dass die Wirtschaft „ausschließlich die

¹³¹ Vgl. The Labour Party Manifesto 2010, S. 25ff.

¹³² Vgl. The Labour Party Manifesto 2010, S. 32ff.

Immigranten bekommt, die sie auch braucht“. Zudem sollen die Einwanderungskriterien schrittweise verschärft werden, etwa durch „härtere Englischtests“. Des Weiteren soll für Einwanderer, im Gegensatz zu britischen Staatsbürgern, die biometrische Datenerfassung zwingend sein. Um den Wert der Staatsbürgerschaft zu betonen, soll der Zugang zu Sozialleistungen in zunehmendem Maß britischen Staatsbürgern vorbehalten bleiben¹³³.

Im Sinne einer aktiven Familienpolitik soll berufstätigen Müttern ein Jahr bezahlter Mutterschaftsurlaub zustehen, ebenso soll Vätern vier Wochen bezahlter Vaterschaftsurlaub zur Verfügung stehen. Für ältere Arbeitnehmer soll zudem das „Recht auf flexible Arbeitszeiten“ ausgedehnt werden. Des Weiteren soll die „Zwangspensionierung“ mit 65 abgeschafft werden und in weiterer Folge Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer, die älter als 60 sind und mindestens 16 Stunden pro Woche arbeiten, eingeführt werden.

Durch ein „nationales Physio-Unterstützungsservice“ soll Personen nach schweren „Krisen“ das nötige „Selbstvertrauen und die Unabhängigkeit“ für den Wiedereinstieg ins Berufsleben wiedergeben werden. Die staatliche Pension soll zudem an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen angepasst werden¹³⁴.

Um zu verhindern, dass „die Gesellschaft zu einem reinen Marktplatz“ verkommt, gelte es Kunst und Kultur zu fördern. Dies soll zum Großteil durch die Bildung von „kreativen Partnerschaften“ mit lokalen Organisationen geschehen. Museen und Galerien soll „finanzielle Autonomie“ überlassen werden.

Um den Bereich der freiwilligen Tätigkeit aufzuwerten sollen alle Bürger bis zu ihrem 19. Lebensjahr mindestens 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit verrichtet haben.

Auch erneuerbare Energien gelte es zu fördern, denn bis zum Jahre 2020 sollen 15 Prozent des Energieverbrauchs von ihnen abgedeckt werden.

Im Sinne einer zunehmenden Demokratisierung soll das Erbschaftsrecht für das Oberhaus abgeschafft und durch demokratische Wahlen ersetzt werden. Zudem soll das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden und eine schriftliche Fassung der Verfassung in Angriff genommen werden. Des Weiteren sollen mehr Rechte den lokalen Behörden in Schottland, Wales und Nordirland mehr Rechte übertragen werden¹³⁵.

¹³³ Vgl. The Labour Party Manifesto 2010, S. 37ff.

¹³⁴ The Labour Party Manifesto 2010, S. 43ff.

¹³⁵ Vgl. The Labour Party Manifesto 2010, S. 56ff.

Generell ist in Bezug auf die Sozialleistungen in erster Linie von „treffsicheren Maßnahmen“ die Rede, sowie von strengeren Bedürftigkeitsprüfungen. Um die Wirtschaft zu schwierigen Zeiten zu unterstützen wird von weiteren sozialstaatlichen Kürzungen abgesehen. Im Falle einer Konjunktur sei die Rolle des Staates aber wieder auf die Bereitstellung von „Basisdienstleistungen“ zu beschränken. Aufgrund der ausgabenseitigen Einsparungen kann von einer Weiterführung des Weges von Tony Blair gesprochen werden.

4.3. Der Wohlfahrtsstaat der SAP

4.3.1. Historischer Kontext

Die 1990er Jahre brachten für die schwedische Politik allgemein eine nachhaltige Umstellung mit sich: sozialpartnerschaftliche Abkommen wurden im Zuge der ökonomischen Krisen der 1980er Jahre dezentralisiert auf Unternehmensebene getroffen. So wurden auch neue Akteure, wie etwa Agenturen oder Fonds, mit einbezogen¹³⁶.

Bedingt durch eine starke Steigerung der Arbeitslosenzahlen und einem größer werdenden strukturellen Budgetdefizit kürzte die konservative Regierung unter Führung der Moderata Samlingspartiet (M) im Jahre 1991 die Sozialleistungen: Frühpensionen wurden ebenso gesenkt wie Krankenstandsgeld, welches nun auch von Arbeitnehmern „ko-finanziert“ wurde. Gleichzeitig wurden die Bedingungen für den Bezug von Sozialleistungen strenger ausgelegt. Die staatlichen Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik wurden erhöht, allerdings wurde nunmehr verstärkt auf negative Anreize für den Bezug von Sozialleistungen Wert gelegt, an Stelle von positiven Anreizen um in Beschäftigungsverhältnissen zu bleiben.

Die ökonomische Situation lässt sich auf unterschiedliche Ursachen zurückführen: die zunehmende Internationalisierung führte zu einer Deregulierung der Finanzmärkte wodurch eine aktive Arbeitsmarktpolitik das einzige staatliche Instrument gegen die steigende Arbeitslosigkeit wurde und Investitionen riskanter wurden. Das Interesse schwedischer Unternehmen an heimischen Arbeitskräften nahm ab, während das Interesse an ausländischen Märkten zunahm. So sank in

¹³⁶ Vgl. Sroka, S.105.

zunehmendem Maße die Produktivität. Die Kritik der Arbeitgeber am Wohlfahrtsstaat weitete sich aus, während der Einfluss der Gewerkschaften¹³⁷ zurückging. In weiterer Folge erhöhten sich die Einkommensunterschiede.

Zurückführen lassen sich diese Missstände auf diverse Versäumnisse der Regierung: es wurde keine Entwertung der Währung vorgenommen, wodurch die schwedischen Exporte nicht wettbewerbsfähig blieben; die Deregulierung der Finanzmärkte sorgte des Weiteren für insolvente Banken, welche auf staatliche Unterstützung angewiesen waren und somit das Defizit weiter erhöhten¹³⁸; die Zinsen wurden erhöht, was sich wiederum negativ auf die Investitionen und den Konsum auswirkte;

Doch viele Ursachen der Rezession waren globalen Phänomenen geschuldet: die wirtschaftliche Tristesse beschränkte sich nicht nur auf Schweden, sondern konnte weltweit beobachtet werden. Ebenso wurde international eifrig gegen die Landeswährung, die schwedische Krone, spekuliert¹³⁹.

4.3.2. Die Regierungspolitik der SAP (1994-2006)

Die Tatsache, dass diese Wirtschaftskrise der konservativen Regierung zugeschrieben wurde, erhöhte das allgemeine Vertrauen in die Sozialdemokratie und führte zum Wahlsieg der Socialdemokratiska Arbetarepartiet (SAP) im Jahre 1994. Durch den Zugewinn von rund acht Prozent konnte die Sozialdemokratie mit Unterstützung der Linkspartei eine Minderheitsregierung formen.

Die demographische Entwicklung stellte die sozialdemokratische Regierung vor die Wahl entweder tiefgreifende Reformen durchzuführen, oder das staatliche Defizit weiter zu erhöhen. Die SAP reagierte mit zwei unterschiedlichen Phasen: die Phase der Haushaltskonsolidierung währte von 1994 bis 1997 und stand im Zeichen von Kürzungen der Sozialleistungen. In der Phase von 1998-2006 wurden hingegen wieder neue Mittel für Sozialtransfers bereitgestellt.

Eine grundlegende Reform betraf die staatliche Pension: diese wurde nun zweigleisig angelegt, durch eine steuerfinanzierte und einkommensunabhängige

¹³⁷ Landsorganisationen (LO).

¹³⁸ Vgl. Stephens, S. 48ff.

¹³⁹ Vgl. Henkes, S. 273ff.

Grundrente zum einen, und durch eine beitragsfinanzierte und einkommensabhängige Zusatzrente¹⁴⁰ zum anderen.

Neuregelungen in diesem Bereich betreffen auch die Einführung der „Rentenberechnungsformel“: diese sieht bei einer Verschlechterung des Verhältnisses von „Einzahlern“ zu Beziehern eine automatische Senkung der Pension vor. Des Weiteren wurde, um einen Pensionsantritt ab 65 Jahren zu fördern, finanzielle Abschläge für werdende Pensionisten bis 65 und Zuschläge für Personen die länger als bis 65 arbeiten, beschlossen.

1999 wurde erweiternd eine „einheitliche Garantierente“ geschaffen, sie sollte steuerfinanziert und universalistisch gelten. Die Grundrente hingegen wird seither zu 18,5 Prozent durch paritätische Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Zur Berechnung der Pension wurden nicht mehr die 15 einkommensstärksten der 30 vorgeschriebenen Beitragsjahre, sondern die Beitragszahlungen der nunmehr 40 Mitgliedsjahre herangezogen. Des Weiteren wurde die Pension nicht mehr an die Lohnentwicklung, sondern an das Wirtschaftswachstum gekoppelt.

Auch der Gesundheitssektor war ab dem Jahre 1994 von zahlreichen Reformen betroffen. Die Sozialabgaben wurden auf drei Prozent des Lohnes erhöht, das Kranken- und Kindergeld hingegen auf 75 Prozent des Einkommens gesenkt. Der Bezug der „Erwerbsunfähigkeitsrente“ wurde durch alle acht Wochen stattfindende verpflichtende medizinische Prüfungen verschärft. Die Dauer des Bezuges wurde auf drei Jahre gesenkt. Im Sinne einer erfolgreiche Reintegration in den Arbeitsmarkt wurde der medizinischen Rehabilitation mehr Bedeutung zugestanden. Um weiter Krankheitsfälle präventiv zu vermeiden wurden für Unternehmen Anreize zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geschaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Hier standen beschäftigungspolitische Überlegungen im Vordergrund: zum einen sollte so eine frühzeitige Entwicklung der Lernfähigkeit gefördert werden, zum anderen das Ziel der Vollbeschäftigung durch eine Steigerung der Frauenerwerbsquote verfolgt werden. Des Weiteren wurden die Gebühren für Vorschule und Schultagesbetreuung gesenkt. Langfristig wurde eine „Vorschule ohne Gebühren“ als Ziel vorgegeben.

¹⁴⁰ Allmän Tilläggspension (ATP).

Die öffentlichen Ausgaben insgesamt wurden zwar einerseits durch Kürzungen der Sozialleistungen entlastet, andererseits aber durch „Bildungsoffensiven“ belastet. Man kann somit von einer Stabilisierung des öffentlichen Sektors sprechen.

Zusammenfassend stiegen abhängig von der Einkommensstufe die Selbstbehalte, so wurde die Haushaltskonsolidierung als „Mittel zur Gleichheit“ genützt. In Bezug auf Sozialabgaben wurden Unternehmen entlastet, Arbeitnehmer hingegen stärker belastet. Durch ihre universalistische und einkommensunabhängige Natur wurde die umverteilende Wirkung dieser Transfers verstärkt.

Beschäftigungspolitisch setzte man auf mikro- statt makroökonomische Maßnahmen, indem die individuellen Fähigkeiten durch „social investment strategies“, also zum Beispiel durch Weiterbildung von Arbeitslosen, ausgebaut werden sollten¹⁴¹. Die Arbeitslosigkeit wurde durch eine Reduzierung des Arbeitskräfteangebots, etwa durch eine Zunahme der öffentlichen Beschäftigung, bekämpft¹⁴².

Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen wurden Privatisierungen in Form eines „Public-Private-Mix“ vorangetrieben.

Alles in allem kann sich die SAP mit ökonomischen Erfolgen rühmen: der Haushalt wurde konsolidiert, die benötigte Rentenreform vollzogen, die Arbeitslosigkeit gesenkt und eine egalitäre Rentenpolitik betrieben¹⁴³. Außenpolitisch wurde zudem der Beitritt zur Europäischen Union vollzogen und auf gesellschaftlicher Ebene die soziale Akzeptanz hoher Steuern erreicht, wobei ein Großteil der schwedischen Bürger generell den universalistischen Staat nicht als „Bedrohung der individuellen Freiheit“, sondern im positiven Sinne als soziales Auffangnetz wahrnimmt¹⁴⁴.

Der „Erfolg“¹⁴⁵ des „skandinavischen Weges“ kann auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden: zum einen auf die Fähigkeit sich auf die Nachfrage des Arbeitsmarktes einzustellen; auf die Neutralität während den beiden Weltkriegen; auf den „politischen Pragmatismus“ an Stelle von „programmatischer Genialität“ in Krisenzeiten; und auf die Vermeidung von sozialen Konflikten durch moderate Reformen¹⁴⁶;

Im Jahre 2006 verlor das Bündnis aus Sozialdemokraten, Linkspartei und Grünen die Mehrheit und es kam wieder ein konservatives Bündnis an die Regierungsmacht. Die

¹⁴¹ Vgl. Henkes, S. 301ff.

¹⁴² Vgl. Jochem 2003, S. 291.

¹⁴³ Vgl. Jochem 2003, S. 301.

¹⁴⁴ Vgl. Michalik, S. 226.

¹⁴⁵ Trotz wirtschaftlicher Schwächephasen gelten skandinavische Länder in makroökonomischer Hinsicht nach wie vor als beispielhaft.

¹⁴⁶ Vgl. Henkes, S. 312.

langfristigen Auswirkungen auf den schwedischen Wohlfahrtsstaaten bleiben noch abzuwarten¹⁴⁷.

4.3.3. Der Unemployment Insurance Act (1997)

Die schwedische Arbeitslosenversicherung betrifft sowohl selbständige als auch unselbständige Arbeitnehmer. Sie besteht aus einer „Grundversicherung“ und einer „Einkommensverlustversicherung“. Grundvoraussetzung für den Bezug beider Sozialleistungen ist der Aufenthalt in Schweden.

Als „selbständige Unternehmer“ gelten Personen, welche „aktiv signifikanten Einfluss“ auf Unternehmensentscheidungen ausgeübt haben. Ausgenommen sind Unternehmen, welche zeitlich befristet geschäftsunfähig sind. Die Höhe der Auszahlungen an Selbstständige umfasst das Durchschnittseinkommen der letzten drei Jahre.

Die Grundversicherung ist für Arbeitslose gedacht, welche keinem „Arbeitslosenfonds“ angehören, und ist auszubezahlen, sobald der Arbeitslose das 20. Lebensjahr erreicht. Des Weiteren sollten Bewerber dem Arbeitsmarkt in Form einer aktiven Arbeitssuche „zur Verfügung stehen“, oder innerhalb der vorangegangenen zehn Monate 90 Tage einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sein. Die Höhe der Grundversicherung ist vom vorangegangenen Einkommen unabhängig, sie wird von der Regierung bestimmt.

Voraussetzung für den Bezug der Einkommensverlustversicherung ist eine Mitgliedschaft bei einem Arbeitslosenfonds für mindestens zwölf Monate. Des Weiteren müssen die „Bewerber“ in der Lage sein, mindestens 17 Stunden pro Woche einer Arbeit nachzugehen. Ebenso müssen sie Angebote von „geeigneten Tätigkeiten“ annehmen und als „Arbeitssuchende“ gemeldet sein. Sie sind zudem verpflichtet an der Erstellung eines „Aktionsplans“ in Absprache mit dem öffentlichen Arbeitsamt aktiv teilzunehmen. Während der ersten hundert Tage des Bezugs kann man die geeignete Tätigkeit auf seine Profession beziehungsweise auf die geografische Nähe einschränken.

Nicht ausbezahlt wird die Versicherung an Bürger, welche an allgemeiner Bildung teilnehmen, eine unbezahlte Freistellung genießen, oder von einem

¹⁴⁷ Vgl. Jochem 2006, S. 25.

Arbeitslosenfonds ausgeschlossen wurden. Eine Arbeit gilt dann als geeignet, wenn sie „vernünftig betrachtet“ wurde und den „persönlichen Umständen“ entspricht. Des Weiteren sollte sie durch Kollektivverträge geschützt sein und die Arbeitsbedingungen diesen Vereinbarungen entsprechen.

Antragsteller müssen zuvor mindestens für die Dauer von sechs Monaten im Ausmaß von zumindest 70 Stunden im Monat, oder 450 Stunden innerhalb von sechs aufeinanderfolgenden Monaten einer bezahlten Arbeit nachgegangen sein.

Die Sozialleistung wird an jedem Werktag ausbezahlt, ausgenommen von diesem Bezug sind Bezieher von „Elterngeld“. Beträge unter zehn Kronen¹⁴⁸ werden nicht ausbezahlt. Bevor man diese Unterstützung in Anspruch nimmt soll zudem eine Wartefrist von fünf Tagen vergehen. Anschließend wird die Einkommensverlustversicherung für maximal 300 Tage ausbezahlt und kann um weitere 300 Tage verlängert werden, wenn der Bezieher die Bedingungen für die Aufnahme einer neuen Tätigkeit nicht erfüllt.

Die Höhe dieser Sozialleistung ist vom vorangegangenen Einkommen abhängig, sie beträgt 80 Prozent des selbigen. Ausgenommen von dieser Regelung sind Nebenerwerbstätigkeiten. Für „saisonale Arbeitslose“ gelten limitierte Beträge, sofern sich die Arbeitslosigkeit auf jährlicher Basis ereignet.

Personen, welche ihre Arbeit ohne „guten Grund“ oder aufgrund eines „Fehlverhaltens“ verloren haben, wird die Versicherungsleistung je nach Fall für 20, 40 oder 60 Tage entzogen. Sollte sich eine Entlassung aus oben genannten Gründen wiederholen wird der Bezug gänzlich gestrichen.

Im Falle der Ablehnung einer geeigneten Tätigkeit ohne „akzeptable Gründe“ anzuführen, oder wenn durch eigenes Verhalten eine Anstellung verhindert wird, können die Zahlungen um 25 Prozent für die nächsten 40 Tage reduziert werden. Sollte sich so etwas wiederholen, wird der Bezug um 50 Prozent für weitere 40 Tage gesenkt. Beim dritten Mal wird die Sozialleistung gänzlich verweigert.

„Ansuchen“ für die Einkommensverlustversicherung sind an den Arbeitslosenfonds zu richten, wobei ein „Zertifikat“ des Arbeitgebers über das Beschäftigungsverhältnis nicht fehlen darf. Sollte bei diesen Informationen unkorrekte Angaben gemacht werden, kann die Auszahlung der Transferleistung verweigert werden. Ausgenommen von der Mitgliedschaft bei einem Arbeitslosenfonds sind Bürger, welche das 64. Lebensjahr erreicht haben oder einem anderen Arbeitslosenfonds

¹⁴⁸ Dieser Betrag entspricht in etwa 1,02 Euro.

angehören. Die Mitgliedsbeiträge können je nach Mitgliedskategorie variieren, wer über einem Zeitraum von sechs Monaten keine Beiträge zahlt oder Fehlinformationen angibt, wird jedoch ausgeschlossen und erhält keine Sozialleistung.

Für individuelle „Übergangsphasen“ besteht zusätzlich die Möglichkeit, einen „ergänzenden Arbeitslosenfonds“ in Anspruch zu nehmen.

Auch bei diesem Reformgesetz wurden im Endeffekt die staatlichen Sozialleistungen eingeschränkt. Zudem sollte der Druck zur Arbeitsaufnahme verstärkt werden.

4.3.4. Das Parteiprogramm der SAP (2001)

Generell spielen Parteiprogramme für die SAP im Vergleich zu anderen Parteien eine relativ bedeutende Rolle: auf diese Art wird die Ideologie der Partei festgelegt, welche sich konkret auf die zu verfolgenden Ziele auswirkt.

Nachdem das Prinzip der kollektiven Mitgliedschaft in den 1990er Jahren aufgegeben wurde, begann die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) ihre Parteiprogramme dementsprechend zu „entschärfen“, so war beispielsweise von „Umverteilung“ keine Rede mehr¹⁴⁹. Hingegen waren die Verwirklichung von sozialer Gleichheit, die Bewahrung von Arbeitslosenunterstützungen, eine Arbeitsplatzschaffung durch eine Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, die Vollbeschäftigung und der Erhalt des universalistischen Wohlfahrtsstaates die Prioritäten¹⁵⁰.

Mit dem Programm „Stepping into the Year 2000. The Congress of the Future.“ aus dem Jahre 1997 sollte dem 1995 vollzogenen Beitritt zur europäischen Union Rechnung getragen werden. Fundamente für Forderungen, wie etwa jener nach „Bildung für alle“, waren eine stabile Wirtschaftslage, „unternehmerfreundliche“ Bedingungen und Umweltschutz.

Im Programm aus dem Jahre 2001 wird schließlich eine umfangreiche Kapitalismuskritik geübt: Bürger würden einzig nach ihrer „Verwertbarkeit“ bewertet, die Wirtschaft sollte vielmehr nach „öffentlichen Interessen“ kontrolliert werden. Zu diesem Zweck schlägt die SAP eine „gemischte Wirtschaft“, bestehend aus „öffentlichen Maßnahmen“ und marktwirtschaftlichen Mechanismen, vor.

¹⁴⁹ Vgl. Sroka, S. 112.

¹⁵⁰ Vgl. Michalik, S. 225.

Der freie Handel müsste zudem „fairen Regeln“ unterworfen werden. Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum würden in weiterer Folge das Wohlfahrtsniveau steigern.

Indem „korrektes wirtschaftliches Handeln“ belohnt wird, sollte das Steuersystem zu einer „gut funktionierenden Industrie“ beitragen und den Wohlfahrtsstaat finanzieren. Zu diesem Zweck sollte die Besteuerung auf vier Prinzipien beruhen: Klarheit, Uniformität, eine breit gestreute Steuerbasis und Einfachheit. Im Sinne einer effektiven Umverteilung soll sich die Höhe der Steuern an den „Zahlungsmöglichkeiten“ orientieren. Es wird hier auch von einer „Besteuerung im Geiste der Solidarität“ gesprochen. Die öffentlichen Interessen beziehungsweise die Verwendung von Steuergeld sollte in einem „offenen demokratischen Prozess“ beschlossen werden¹⁵¹.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gilt es arbeitstechnische Kompetenzen zu vertiefen. Durch eine universelle Gesundheitsversicherung soll des Weiteren der Exklusion beigegeben werden. Arbeit sollte generell jedem zur Verfügung stehen, wobei in weiterer Folge an ein „Recht auf eine bedeutungsvolle Beschäftigung“ gedacht wird. Arbeitnehmer sollten außerdem das Recht besitzen ihre Arbeitszeit selbst zu bestimmen, diese könnte allgemein auf 30 Stunden pro Woche gesenkt werden. Im Gegensatz zu anderen sozialdemokratischen Programmen hebt die SAP die Bedeutung der Gewerkschaften für kollektive Vereinbarungen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Entlohnung hervor¹⁵².

Was die SAP ebenso von anderen europäischen Parteien unterscheidet, ist ihr dezidiert „antikapitalistisches“ Selbstverständnis. Ihre Grundwerte ähneln hingegen jenen vieler sozialdemokratischer Parteien: Freiheit, im Sinne einer „Befreiung“ von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Benachteiligungen; Solidarität, im Sinne einer Sicherung des Lebensunterhaltes; Gleichheit, im Sinne eines Zugangs zu wirtschaftlicher Sicherheit, Bildung und Kultur¹⁵³;

Der Wohlfahrtsstaat sollte das „Recht auf soziale Sicherheit, persönliche Entwicklung, ein arbeitsames Leben und Kultur“ verwirklichen. Allgemein seien die Sozialleistungen an den Bedürfnissen zu orientieren. Der Wohlfahrtsstaat solle erhalten bleiben, dürfe jedoch nicht missbraucht werden. Gleichzeitig solle im Sinne einer „gemeinschaftlichen Tätigkeit“ Verantwortung übernommen werden. Das Ziel

¹⁵¹ Vgl. Party Program of The Social Democratic Party, S. 18ff.

¹⁵² Vgl. Party Program of The Social Democratic Party, S. 25f.

¹⁵³ Vgl. Party Program of The Social Democratic Party, S. 8f.

der Vollbeschäftigung werde nach wie vor verfolgt, gleichzeitig wird im Sinne der Gleichstellung „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gefordert. Im Sinne der Pluralität sollten verschiedene Vorsorge-Alternativen entwickelt werden, zwischen denen man wählen können¹⁵⁴.

Im Bildungsbereich dominiert der Ansatz, wonach eine Erweiterung der Kompetenzen auch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hätte. In diesem Sinne sollten nicht nur sekundäre Bildungsmöglichkeiten, sondern auch öffentliche tertiäre Bildungseinrichtungen „frei von Gebühren“ sein. Um universitäre Studiengänge stärker mit einer „einträglichen Anstellung“ zu kombinieren, soll die Kooperation zwischen höheren Bildungseinrichtungen und der privaten Industrie verstärkt werden¹⁵⁵.

Zusammenfassend sind im Programm von 2001 traditionelle Ziele (demokratischer Sozialismus, solidarische Gesellschaft, Steuersystem als Verteilungsinstrument) modernisierten Instrumenten (Kinderbetreuung, Bildung) gegenübergestellt¹⁵⁶.

4.4. Internationale Diversität

Für das „beträchtliche Maß an Vielfalt bezüglich der programmatischen Profilbildung sozialdemokratischer Parteien“ gibt es laut Meyer mehrere Gründe:

Zum einen setzen die jeweils institutionalisierten Typen der politischen Ökonomie jedes Landes Bedingungen für funktional erfolgversprechende und politisch mehrheitsfähige Handlungsstrategien, die kurz- und mittelfristig als Filter für die Durchsetzung und den Entwurf politischer Lösungen wirken.

Zudem konkurrieren die sozialdemokratischen Parteien in ihrer jeweiligen nationalen politischen Arena mit höchst unterschiedlichen Parteien und sehen sich im Falle von Wahlerfolgen gleichermaßen zur Kooperation mit sehr verschiedenen Koalitionspartnern veranlasst. Die Labour Party beispielsweise sieht sich „ernst zu nehmenden Konkurrenten“ nur im neo-liberalen Spektrum gegenüber und konkurriert mit diesen um einen entscheidenden Wähleranteil in der sozialen und politischen Mitte. „Darauf waren in erster Linie Rhetorik und Substanz des Dritten-Wege-Diskurses bezogen“. Die französischen Sozialisten hingegen konkurrierten in 1990er

¹⁵⁴ Vgl. Party Program of The Social Democratic Party, S. 16ff.

¹⁵⁵ Vgl. Party Program of The Social Democratic Party, S. 29f.

¹⁵⁶ Vgl. Henkes, S. 312.

Jahren mit einer kommunistischen Partei um dieselbe Wählerschaft. In dieser Situation müssen sozialdemokratische Parteien ihrer sozialistischen Tradition beträchtliches Gewicht einräumen.

Des Weiteren stehen die sozialdemokratischen Parteien in den einzelnen Ländern in unterschiedlichen programmatischen und kulturellen Traditionen, so dass die einen, etwa in Frankreich, eher von einem programmatisch radikalen Erbe beeinflusst sind und andere, etwa in Schweden, von einem ausgeprägt pragmatischen.

Hinzu kommt, dass die politischen Kulturen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Sozialkulturen der europäischen Länder erhebliche Unterschiede aufweisen. Die „ausgeprägte Solidaritätskultur“ skandinavischer Länder nötigt beispielsweise sämtliche Parteien zu einer weitgehend sozialstaatlich orientierten Politik und führt zu einer breiten Akzeptanz hoher Steuersätze, welche in Italien wohl zu schwer wiegenden politischen Legitimationsproblemen führen würden. „Wettbewerbskulturen“, wie etwa in Großbritannien, stehen ebenfalls historisch gewachsene „Konsenskulturen“, wie etwa in den Niederlanden, gegenüber. Dies legt sehr verschiedenartige politische Vorgehensweisen und theoretische Überlegungen nahe.

Ein weiterer Faktor für die internationalen Unterschiede der Sozialdemokratie liegt Meyer zu Folge in der „Pfadabhängigkeit“ sozialdemokratischer Projekte. Diese sind zur „Einpassung in historisch gewachsenen Institutionen, Organisationen und Strukturen genötigt“. So kann ein Land mit einer überwiegend beitragsfinanzierten sozialen Sicherung, wie etwa Deutschland, nicht sofort auf das skandinavische Modell der Steuerfinanzierung wechseln.

Darüber hinaus sind Reichweite und Ausmaß eines politischen Richtungswechsels in Folge eines Regierungswechsels in hohem Maße von den politischen Institutionen-Systemen eines Landes abhängig. So ist ein stark föderal strukturiertes Land wie Deutschland mit seiner „großen Zahl mächtiger Veto-Spieler immer zur Zusammenarbeit der großen politischen Lager genötigt, während die zentralisierte Mehrheitsdemokratie Großbritanniens einen scharfen Richtungswechsel in der nationalen Politik zumindest institutionell erlaubt¹⁵⁷.

Doch neben den Unterschieden gibt es natürlich auch Gemeinsamkeiten sozialdemokratischer Projekte auf internationaler Ebene: die Aufnahme liberaler Politikkonzepte, die Aufwertung individueller Selbstverantwortung, die Veränderung

¹⁵⁷ Vgl. Meyer 2008, S. 143f.

der Rolle des Sozialstaats, die Stützung der ökonomischen Mittelschicht, sowie die Aufwertung gesellschaftlicher Selbststeuerung gegenüber staatlicher Regulation. Zudem wenden sich die aktuellen Debatten ab von der traditionell sozialdemokratischen Neigung zu einer Politik gegen die Märkte hin zu einer Politik mit den Märkten¹⁵⁸.

Allgemein trifft es auf viele sozialdemokratische Parteien zu, dass sie dem Vorwurf ausgesetzt sind, ihr „scharfes ideenpolitisches und politisch-programmatisches Profil“ verloren zu haben. Diese „Abschleifung ehemals scharfer Grundsatzprofile“ hat Meyer zu Folge drei strukturelle Ursachen:

- 1) Das zunehmende Gewicht des „Prinzips Realismus“ in Folge politischer Lernprozesse und der Erfahrungen eigener Regierungsverantwortung der Repräsentanten der jeweiligen politischen Ideen.
- 2) Die unwiderstehliche Macht demokratischer Legitimationsverfahren, die alle an Regierungsteilhabe interessierten Akteure in die Mitte des richtungspolitischen Spektrums drängt.
- 3) Die ständig zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Realität, die den Spielraum für verantwortbare und realisierbare Handlungsalternativen, gemessen an den Erwartungen aus der Entstehungsphase der großen politischen Idee, drastisch und zunehmend einengt.

Für Meyer steht zudem fest, dass die folgenden Erfolge von Labour Party beziehungsweise SPD bei den Wahlen 1997 beziehungsweise 1998 nicht auf „neue Grundsatzprogramme“ zurückzuführen sind, sondern auf „die Konzentration der öffentlichen Kommunikationsangebote der Partei auf eine Handvoll einprägsamer Kernforderungen, verbunden mit der Verkörperung dieser Politik durch einen den politischen Willen der Partei verkörpernden Spitzenkandidaten“¹⁵⁹.

Doch der Einfluss politischer Ideen und Programmatik ist laut Meyer nach wie vor maßgeblich, etwa im Bereich der parteipolitischen Identitätsbildung, bei der Interpretation politischer Grundwerte, in den „Unterstützungs-Milieus“ der politischen Parteien, sowie der Policy-Entwicklung¹⁶⁰.

¹⁵⁸ Vgl. Meyer 2008, S. 146.

¹⁵⁹ Vgl. Meyer 1998, S. 202f.

¹⁶⁰ Vgl. Meyer 2008, S. 149.

5. Empirische Daten

Nachdem die theoretischen Überlegungen in Form der Grundsatzprogramme und die konkreten Reformversuche sozialdemokratisch dominierter Regierungen vorgestellt wurden, stellt sich nun die Frage nach deren praktischen Auswirkungen. Hierfür wurden vergleichbare makroökonomische und parteibezogene Daten verglichen.

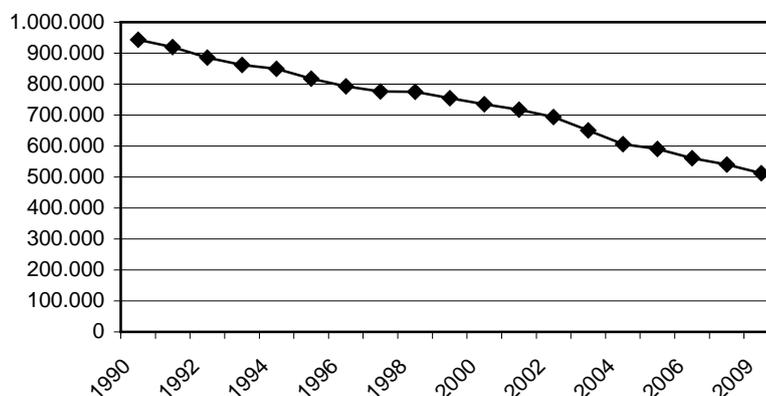
5.1. Parteibezogene Trends

Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen der jeweiligen Länder scheint ein Vergleich der drei Parteien nur in relativer Hinsicht sinnvoll. Statistiken, welche sich auf absolute Werte beziehen (etwa hinsichtlich der Zahl der Mitglieder oder der Wählerstimmen), wurden für jede Partei einzeln behandelt. Ein direkter Vergleich von SPD, SAP und Labour Party schien nur bei prozentuellen Daten zielführend.

5.1.1. SPD

Wie viele andere Parteien so kämpft auch die SPD mit einem kontinuierlichen Rückgang ihrer Mitglieder. Den Höhepunkt erreichte die Partei im Jahre 1976 mit 1.022.200 Mitgliedern, doch seit 1990 sank die Zahl von 943.402 auf 512.520 im Jahre 2009 (s. Grafik I).

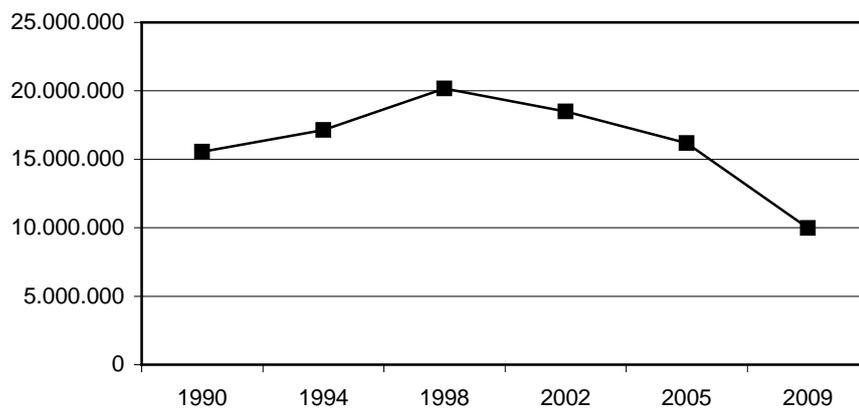
Grafik I: SPD-Mitgliederentwicklung seit 1990¹⁶¹.



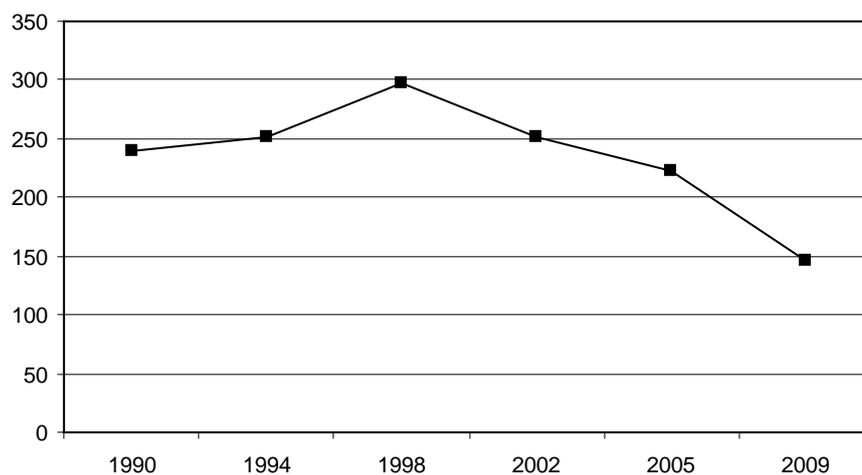
¹⁶¹ Vgl. Niedermayer, S.2, bzw. www.spd.de (30.08.2010).

Nicht nur bei ihren Mitgliedern erlebt die SPD starke Verluste. Erreichte die SPD im Jahre 1998 noch 20 Millionen Wähler so halbierte sich diese Zahl innerhalb von drei Legislaturperioden. Bei den Bundestagswahlen im Jahre 2009 erzielte die Partei mit 9.990.488 Wählern das schlechteste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte, und erreichte lediglich 149 Sitze im Bundestag. (s. Grafik II und III).

Grafik II: SPD-Wähler in absoluten Zahlen seit 1990¹⁶².



Grafik III: Anzahl der SPD-Sitze im Bundestag seit 1990¹⁶³.



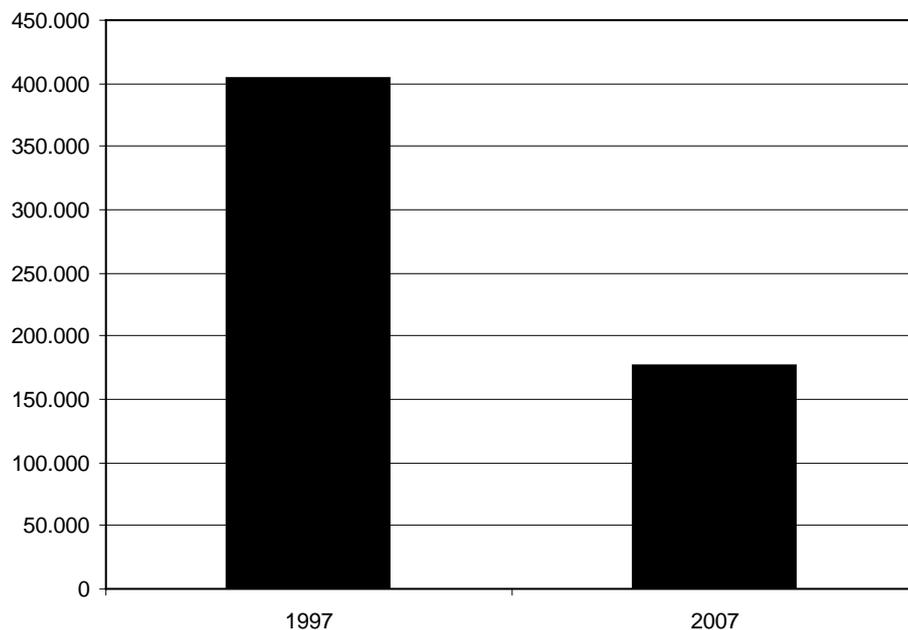
¹⁶² <http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen> (30.08.2010).

¹⁶³ <http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen> (30.08.2010).

5.1.2. Die Labour Party

Auch die Labour Party hatte mit einem drastischen Mitgliederschwund zu kämpfen: dem Rekordjahr 1997 mit 405.000 Mitgliedern folgte in den folgenden zehn Jahren ein drastischer Rückgang auf 176.891 Mitgliedern (s. Grafik IV). Seit den Unterhauswahlen im Jahre 2010 wird jedoch eine verstärkte Zunahme an Mitgliedern gemeldet¹⁶⁴.

Grafik IV: Mitgliederzahlen der Labour Party in den Jahren 1997 und 2007¹⁶⁵.

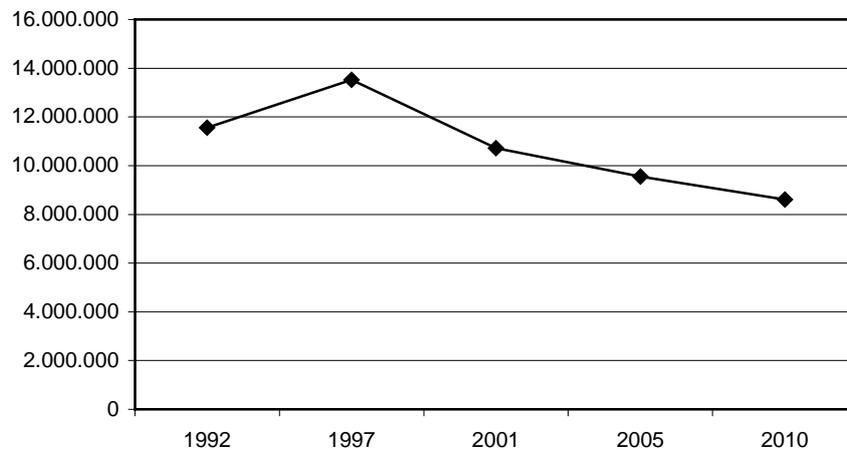


Im Jahre 1997 erreichte die Labour Party mit 13.518.167 Wählern ihren vorläufigen Höhepunkt bei Unterhauswahlen. Seither sank die Anzahl ihrer Wähler fortlaufend, bis auf 8.609.527 im Jahre 2010, womit die Labour Party unter dem Ergebnis aus dem Jahre 1992 blieb, als sie von 11.500.000 Wählern unterstützt wurde (s. Grafik V).

¹⁶⁴ Vgl. Weaver, S.1.

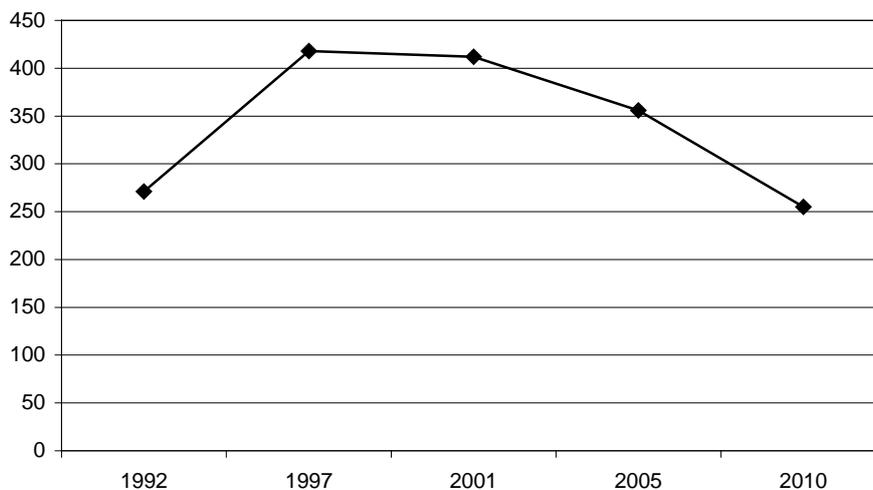
¹⁶⁵ Vgl. Weaver, S.1.

Grafik V: Anzahl der Labour Party-Wähler bei britischen Unterhauswahlen seit 1992¹⁶⁶.



Anders als jedoch in Deutschland konnte die Labour Party diesen drastischen Wählerschwund aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts abfedern. So blieb trotz eines Rückgangs um knapp 3 Millionen Wählerstimmen im Zeitraum von 1997 bis 2001 die Anzahl der Sitze im britischen Unterhaus nahezu konstant. Bei den Unterhauswahlen im Jahre 2010 konnte die Labour Party allerdings nur noch 255 der insgesamt 651 Sitze gewinnen. Man blieb hinter dem Ergebnis von 1992, als man 271 Sitze erreichte (s. Grafik VI).

Grafik VI: Anzahl der Sitze im britischen Unterhaus für die Labour Party seit 1992¹⁶⁷.



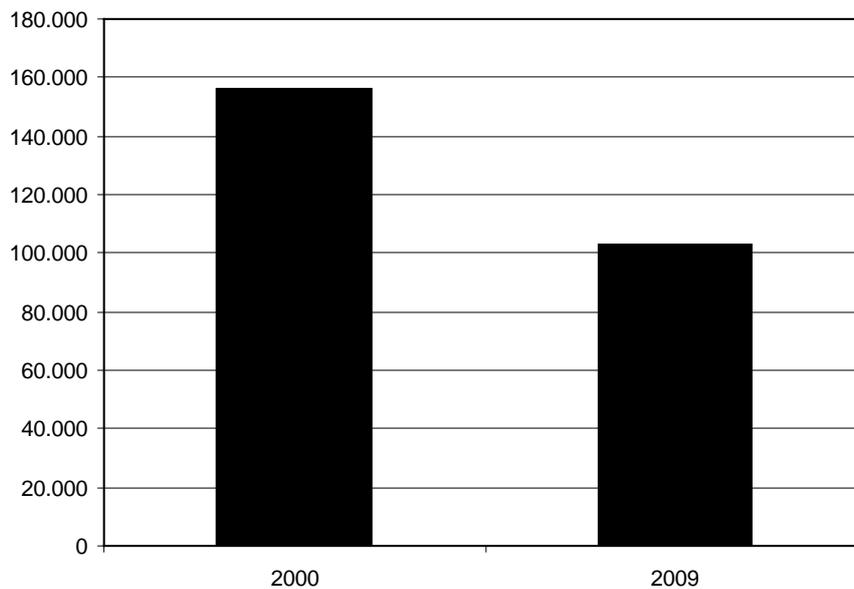
¹⁶⁶ <http://www.politicsresources.net/area/uk/edates.htm> (01.09.2010).

¹⁶⁷ <http://www.politicsresources.net/area/uk/edates.htm> (01.09.2010).

5.1.3. Die SAP

Die SAP verlor in den Jahren 2000 bis 2009 rund ein Drittel ihrer Mitglieder, die Zahl ging von 156.000 auf 103.000 zurück (s. Grafik VII). Doch wie bei der Labour Party und der SPD so wirken sich auch bei der SAP diese Verluste nicht weiter dramatisch aus, handelt es sich bei diesen Parteien nicht um traditionelle Mitgliederparteien.

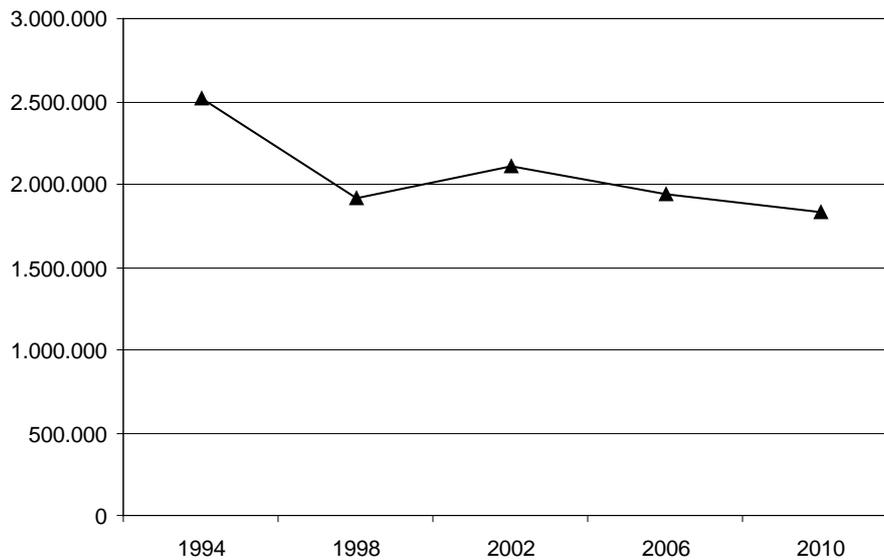
Grafik VII: Anzahl der SAP-Mitglieder in den Jahren 2000 und 2009¹⁶⁸.



In Bezug auf die absolute Anzahl der Wählerstimmen für die SAP bei schwedischen Reichstagswahlen lässt sich beobachten, dass diese in jüngerer Vergangenheit weniger starken Schwankungen unterworfen waren als bei Labour Party und SPD. So befanden sich diese während bei den letzten vier Reichstagswahlen im Bereich der Zwei-Millionen-Marke. Lediglich im Jahre 1994 konnte die SAP mit 2,5 Millionen Wählerstimmen ein herausragendes Ergebnis erzielen, bei den letzten Wahlen im Jahre 2010 wählten nur noch 1,8 Millionen Stimmberechtigte die SAP (s. Grafik VIII).

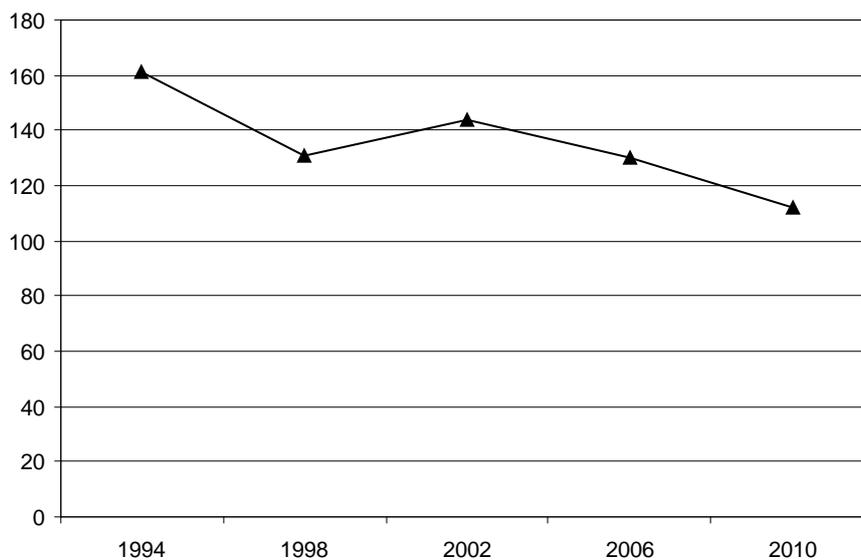
¹⁶⁸ http://svt.se/2.22620/1.1927298/partierna_tappar_medlemmar (01.09.2010).

Grafik VIII: Anzahl der SAP-Stimmen bei Reichstagswahlen seit 1994¹⁶⁹.



Dementsprechend konstant ist auch die Anzahl der Sitze im schwedischen Reichstag. Lediglich bei den Wahlen im Jahre 1994 konnten 161 der insgesamt 391 Sitze errungen werden. Bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 2010 konnten lediglich 112 Sitze errungen werden, gegenüber den Wahlen im Jahre 2006 bedeutet dies einen Verlust von 18 Sitzen (s. Grafik IX).

Grafik IX: Anzahl der SAP-Sitze im schwedischen Reichstag seit 1994¹⁷⁰.



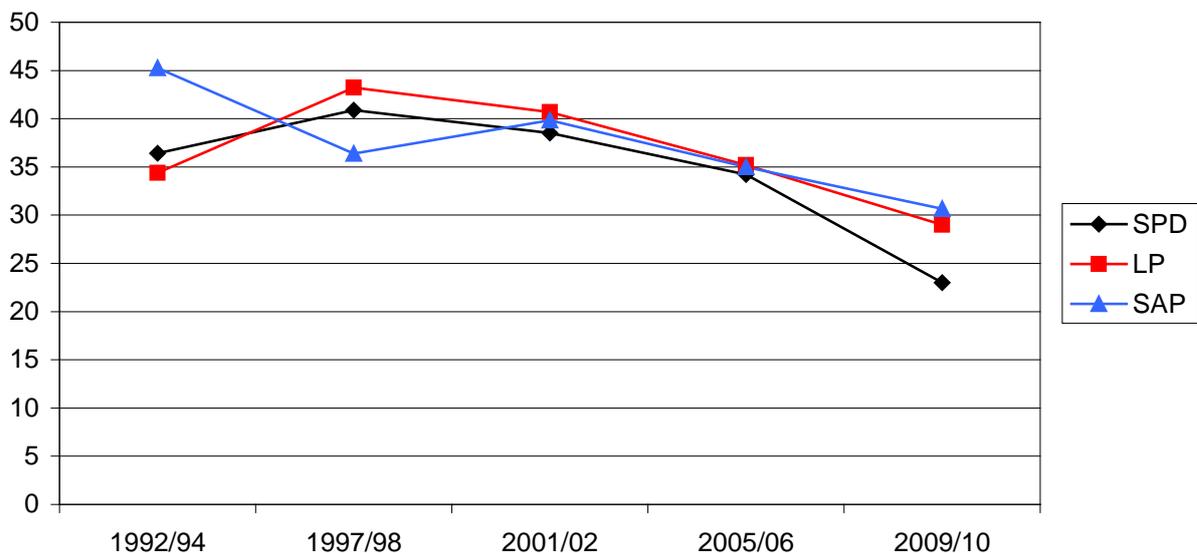
¹⁶⁹ Vgl. Oscarsson, S. 3.

¹⁷⁰ www.val.se (01.09.2010).

5.1.4. SPD, Labour Party und SAP im direkten statistischen Vergleich

Anhand eines direkten Vergleiches der prozentuellen Wahlergebnisse¹⁷¹ von SPD, Labour Party und SAP lässt sich gut erkennen, dass die sozialdemokratischen Parteien bei den Wahlen 2001 in Großbritannien und 2002 in Schweden und Deutschland maximal 5 Prozent auseinander lagen. Bei den letzten Wahlen (2009 in Deutschland, 2010 in Großbritannien und Schweden) mussten alle drei Parteien historische Niederlagen zur Kenntnis nehmen: die SPD erhielt 23 Prozent der Stimmen, die Labour Party 29 Prozent und die SAP 30,66 Prozent (s. Grafik X).

Grafik X: Prozentuelle Stimmanteile von SPD, Labour Party und SAP bei nationalen Wahlen seit 1992¹⁷².



Bei einem Vergleich des prozentuellen Anteils an den Sitzen in den jeweiligen nationalen Parlamenten ist zu beachten, dass sich die Labour Party trotz ähnlicher Stimmenanteile wie SPD und SAP die Mehrheit im Unterhaus sichern konnte. Dies ist dem britischen Mehrheitswahlrecht geschuldet.

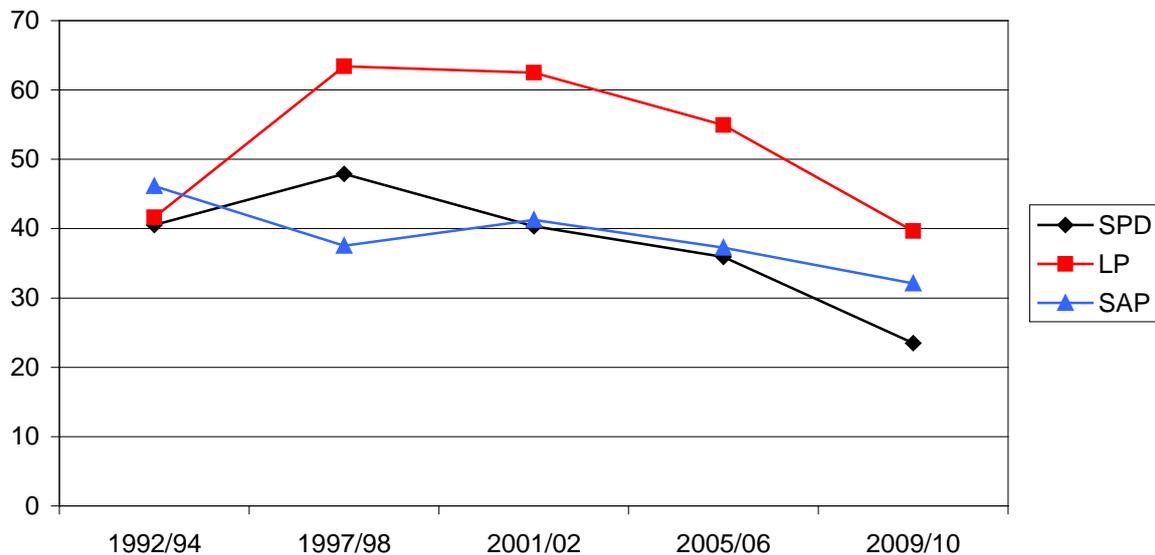
So errang die Labour Party in den Jahren 1997, 2001 und 2005 knapp 40 Prozent der Wählerstimmen, diese aber reichten für eine parlamentarische Mehrheit aus (s. Grafik XI). SPD und SAP schafften 2005 beziehungsweise 2006 ähnliche

¹⁷¹ Die in weiterer Folge präsentierte Grafik X bezieht sich auf die prozentuellen Stimmgewinne bei den nationalen Wahlen. Da diese nicht immer im selben Jahr stattfanden, wurden sie im 4-Jahres-Rhythmus zusammengelassen.

¹⁷² Eigenberechnung.

prozentuelle Ergebnisse, mussten aber aufgrund des in Deutschland und Schweden praktizierten Verhältniswahlrechts Koalitionen eingehen.

Grafik XI: Anteil an den Sitzen in den jeweiligen nationalen Parlamenten in Prozent seit 1992¹⁷³.



5.2. Volkswirtschaftliche Trends

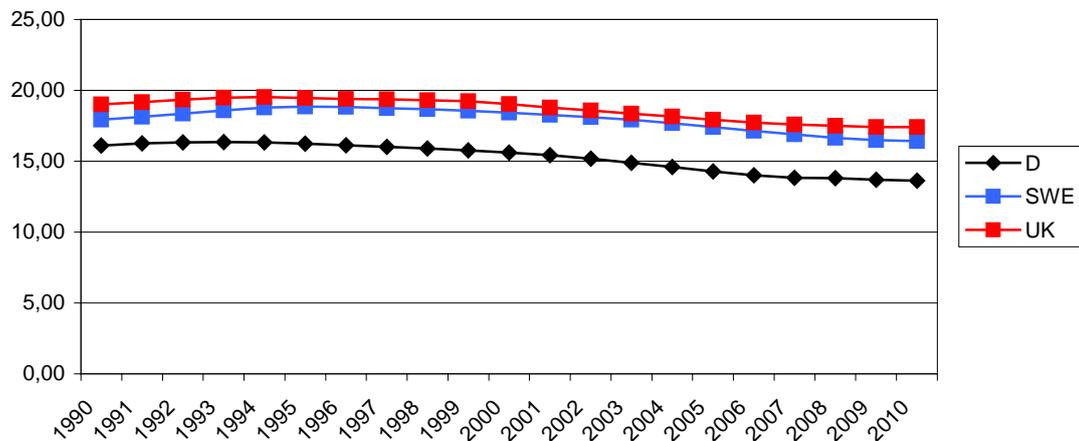
5.2.1. Demographische Entwicklungen

In allen drei Ländern sinkt der Anteil der Jugendlichen im Alter bis 15 Jahre in Relation zur Gesamtbevölkerung. Während in Schweden und Großbritannien der Anteil noch bei rund 16,4 beziehungsweise 17,4 Prozent liegt, fiel er in Deutschland innerhalb der letzten 20 Jahre von 16,1 Prozent auf knapp 13,6 Prozent.

Im selben Zeitraum sank der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in Schweden und Großbritannien um vergleichsweise niedrige 1,5 beziehungsweise 1,6 Prozent. Die Spitzenwerte lagen in Deutschland im Jahre 1993 bei 16,4 Prozent, in Großbritannien 1995 bei 19,4 Prozent und in Schweden 1995 bei 18,9 Prozent (s. Grafik XII).

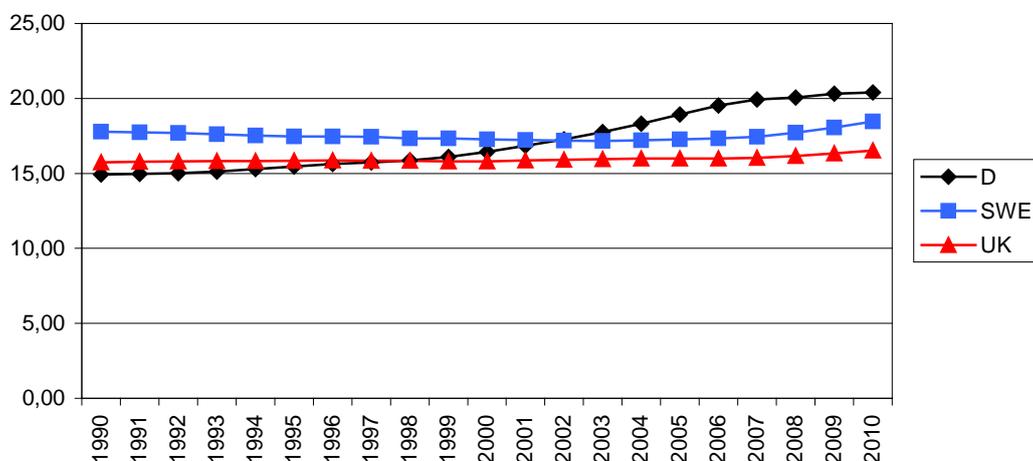
¹⁷³ Eigenberechnung.

Grafik XII: Anteil der Menschen bis 15 Jahre an der Gesamtbevölkerung seit dem Jahre 1990 (in Prozent)¹⁷⁴.



Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der Personen, welche älter als 65 sind, fortwährend an. Doch auch hier lassen sich im internationalen Vergleich Unterschiede feststellen: während diese Bevölkerungsgruppe in Deutschland innerhalb der vergangenen 20 Jahre fast 6 Prozent zulegte (von 15 auf 20,4 Prozent), fiel der Anstieg in Schweden und Großbritannien mit 0,7 beziehungsweise 0,8 Prozent weniger dramatisch aus. Die Tendenz ist jedenfalls bei allen drei Staaten steigend (s. Grafik XIII).

Grafik XIII: Anteil der Personen älter als 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung seit 1990 (in Prozent)¹⁷⁵.

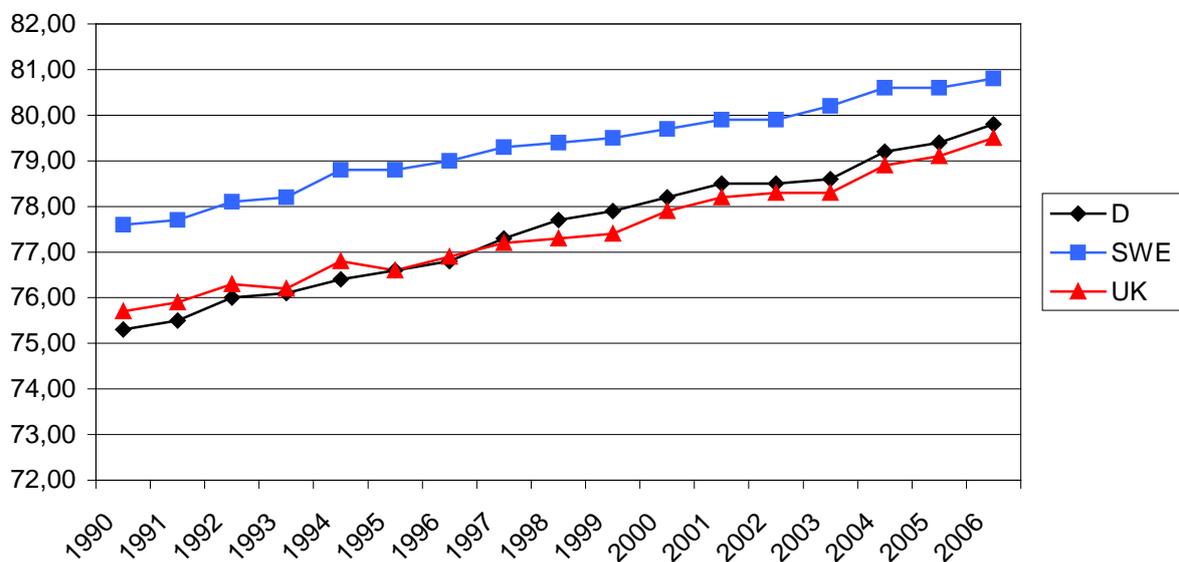


¹⁷⁴ www.oecd.org (03.09.2010).

¹⁷⁵ www.oecd.org (03.09.2010).

Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung in allen drei Ländern an. Schweden hat im Vergleich die höchste Lebenserwartung mit 80,8 Jahren, in Deutschland und Großbritannien liegt diese bei 79,8 beziehungsweise 79,5 Jahren. Der stärkste Anstieg vollzog sich in Deutschland: hier stieg die durchschnittliche Lebenserwartung in den Jahren 1990 bis 2006 um 4,5 Jahre, also 75,3 auf 79,8 Jahre. Im selben Zeitraum verlängerte sich die durchschnittliche Lebenserwartung in Schweden und Großbritannien um 3,2 beziehungsweise 3,8 Jahre (s. Grafik XIV).

Grafik XIV: Entwicklung der Lebenserwartung seit dem Jahre 1990¹⁷⁶.



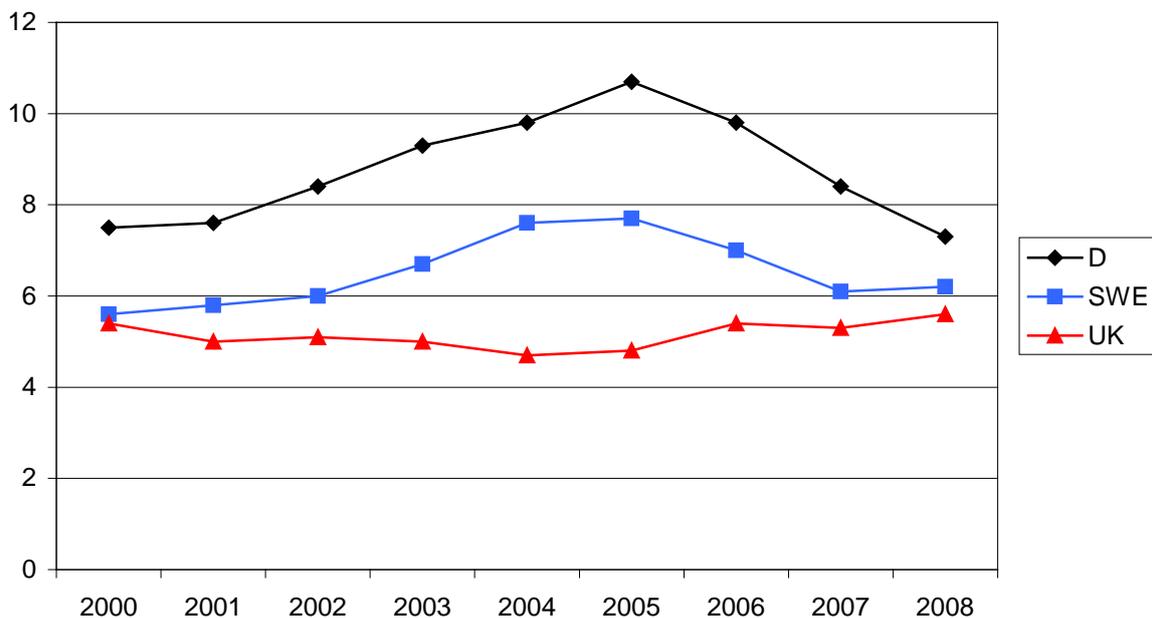
Zusammenfassend lassen anhand des empirischen Materials bestimmte Tendenzen für die drei untersuchten Staaten beobachten: der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung sinkt, gleichzeitig steigt der Anteil der Über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, ebenso wie die durchschnittliche Lebenserwartung. Diese Trends sind zwar einigermaßen klar ersichtlich, doch aufgrund ihres kontinuierlichen aber ungleichmäßigen Wachstums sind ihre Auswirkungen auf den Wohlfahrtsstaat beziehungsweise dessen Reformbedarf in Fachkreisen umstritten. Ein Streitpunkt ist etwa wie der Sozialstaat diesen demographischen Tendenzen Rechnung tragen sollte.

¹⁷⁶ www.oecd.org (03.09.2010).

5.2.2. Beschäftigung

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote verläuft sowohl in Schweden und Großbritannien relativ gleichmäßig. Interessant scheint, dass die Arbeitslosigkeit in Großbritannien in Relation zu jener in Schweden einen schwächeren Anstieg verzeichnet: Während in Schweden die Arbeitslosigkeit von 5,6 auf 6,2 Prozent stieg, legte sie in Großbritannien um 0,2 Prozent auf 5,6 Prozent zu (s. Grafik XV). In den untersuchten Jahren von 2000 bis 2008 lässt sich lediglich in Deutschland ein Rückgang erkennen (von 7,5 auf 7,3 Prozent). Der abrupte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahre 2005 lässt sich mit der Umsetzung der Agenda 2010 erklären. Seither werden auch vormalige Sozialhilfeempfänger zu den Arbeitslosen gezählt (s. Kap. 5.2.2.1.)¹⁷⁷.

*Grafik XV: Entwicklung der Arbeitslosenquote in den Jahren 2000-2008 (in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung)*¹⁷⁸.

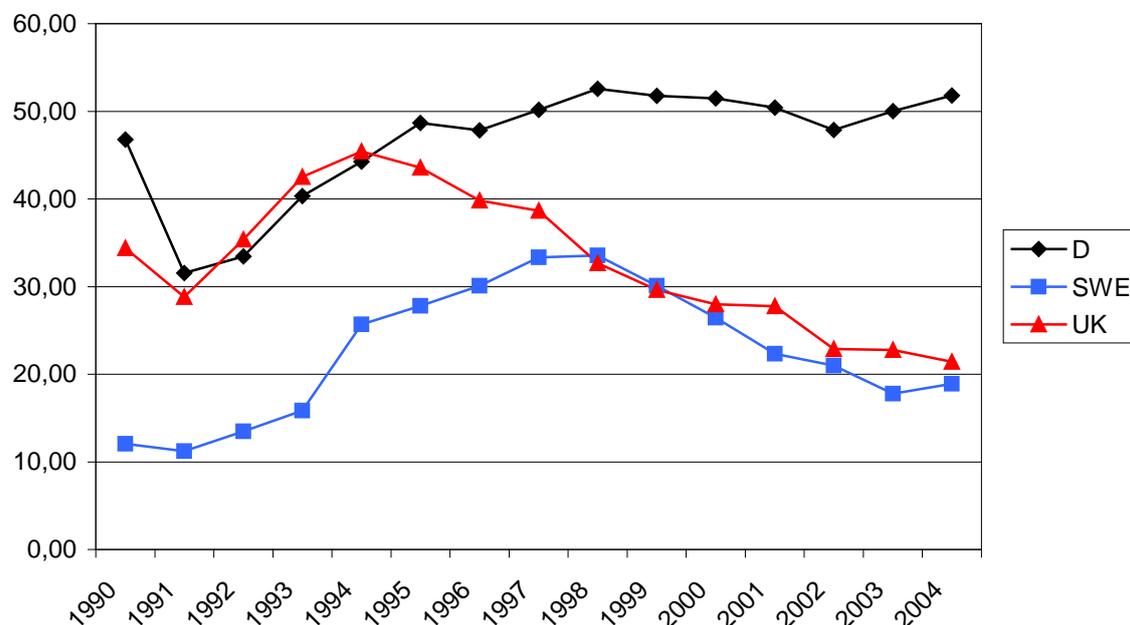


¹⁷⁷ Nach Definition der deutschen Bundesagentur für Arbeit sind Arbeitslose „Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit gemeldet haben“.

¹⁷⁸ www.wko.at (03.09.2010).

Große Unterschiede zwischen den drei Nationen gibt es bezüglich des Anteils der Langzeitarbeitslosen¹⁷⁹ an der gesamten Arbeitslosigkeit. Während sie in Schweden und Großbritannien zur 20 Prozent-Marke tendiert, ist der Prozentsatz der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2004 um 5 Prozent auf 51,8 Prozent gestiegen. Im selben Zeitrahmen stieg dieser Anteil in Schweden um 6,8 Prozent auf 18,9 Prozent. Lediglich in Großbritannien sank diese Zahl, und zwar von 34,4 auf 21,4 Prozent (s. Grafik XVI).

Grafik XVI: Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen in den Jahren 1990 bis 2004¹⁸⁰.



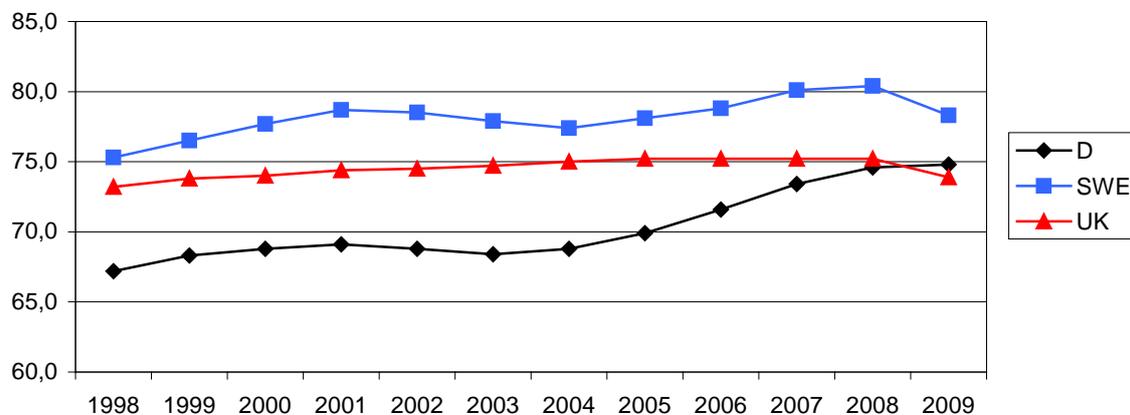
Positiv verläuft hingegen die Entwicklung der Beschäftigungsquote¹⁸¹ in den letzten 10 Jahren. Sie liegt nunmehr zwischen 73,9 Prozent in Großbritannien und 78,3 Prozent in Schweden. In Deutschland ist sie durch einen starken Anstieg in den letzten 5 Jahren um 7,6 Prozent auf nunmehr 74,8 Prozent gestiegen. In Schweden und Großbritannien fiel der Anstieg mit 3 beziehungsweise 0,7 Prozent geringer aus (s. Grafik XVII).

¹⁷⁹ Nach OECD-Definition gilt als langzeitarbeitslos, wer seit mehr als 12 Monaten als arbeitslos gemeldet ist.

¹⁸⁰ www.oecd.org (03.09.2010).

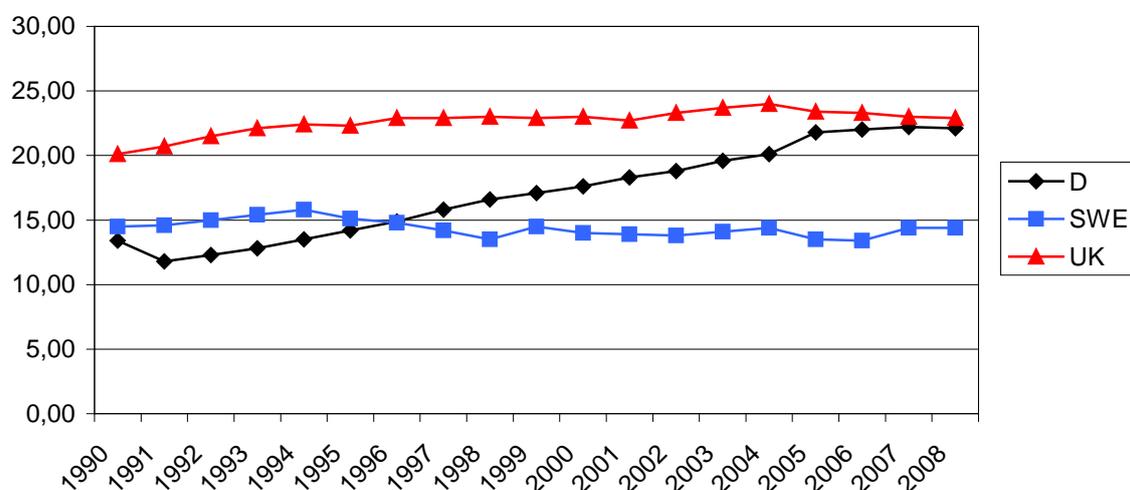
¹⁸¹ Die Beschäftigungsquote wird nach Eurostat berechnet, indem die Zahl der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe dividiert wird. Der Indikator beruht auf der EU-Arbeitskräfteerhebung. In der Erhebung wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung erfasst. Keine Berücksichtigung finden Personen, die in Anstaltshaushalten (Pensionen, Wohnheime, Krankenhäuser usw.) leben. Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren.

Grafik XVII: Die Entwicklung der Beschäftigungsquote seit 1998¹⁸².



Der positive Trend der zunehmenden Beschäftigung wird allerdings durch eine sukzessive Zunahme der Teilzeitarbeit begleitet. So beläuft sich der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland und Großbritannien auf 22,1 beziehungsweise 22,9 Prozent, wobei dieser Anstieg in Deutschland mit einer Zunahme von 8,7 Prozent relativ stark anstieg. In Großbritannien nahm dieser Anteil lediglich um 2,8 Prozent zu, während er in Schweden leicht rückläufig ist und bei 14,4 Prozent liegt (s. Grafik XVIII).

Grafik XVIII: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung in den Jahren 1990 bis 2008 (in Prozent)¹⁸³.



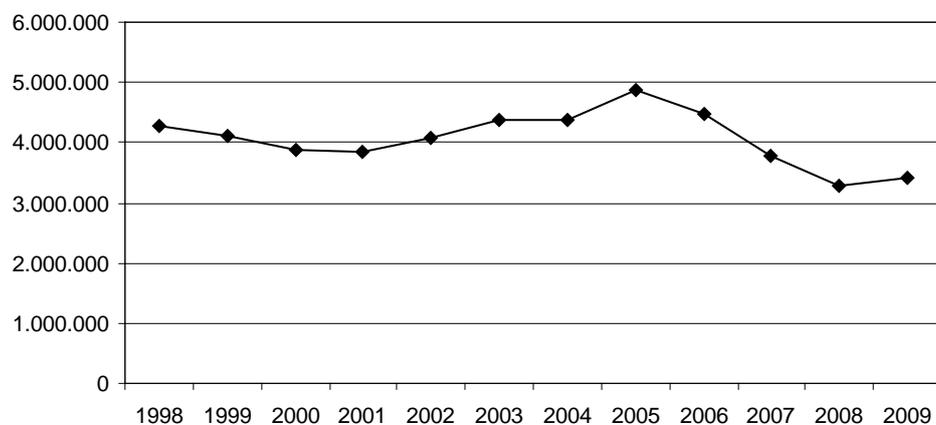
¹⁸² <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (30.08.2010).

¹⁸³ www.oecd.org (03.09.2010).

5.2.2.1. Statistische Auswirkungen der Agenda 2010

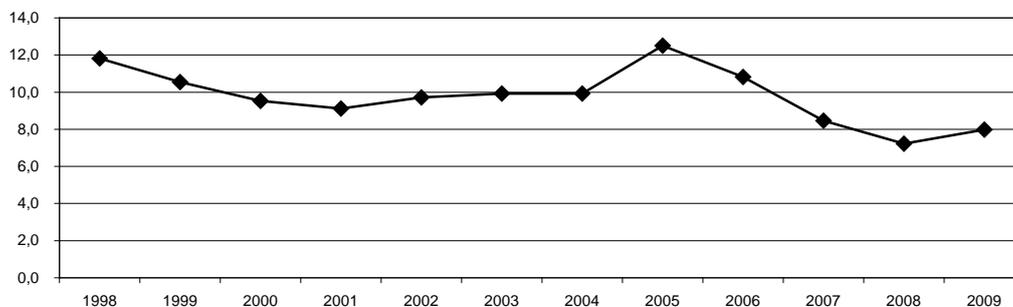
Seit dem Inkrafttreten der Agenda 2010 im Jahre 2005 verzeichnen Statistiken zur deutschen Arbeitslosigkeit einen abrupten Anstieg in ebendiesem Jahr. So auch bei der absoluten Zahl der Arbeitslosen. Hier stieg die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten innerhalb eines Jahres von 4,3 auf 4,8 Millionen, ein Jahr später sank die Zahl der Arbeitslosen wieder auf 4,4 Millionen (s. Grafik XIX).

Grafik XIX: Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland seit dem Jahre 1998¹⁸⁴.



Selbiges gilt auch für die Quote der jugendlichen Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 25 Jahre (s. Grafik XX). Hier lässt sich ebenfalls ein kurzfristiger Anstieg im Jahre 2005 beobachten, als die Quote zunächst um 2,6 Prozent anstieg, um im darauffolgenden Jahr wieder um 1,7 Prozent zu sinken.

Grafik XX: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Prozent¹⁸⁵.

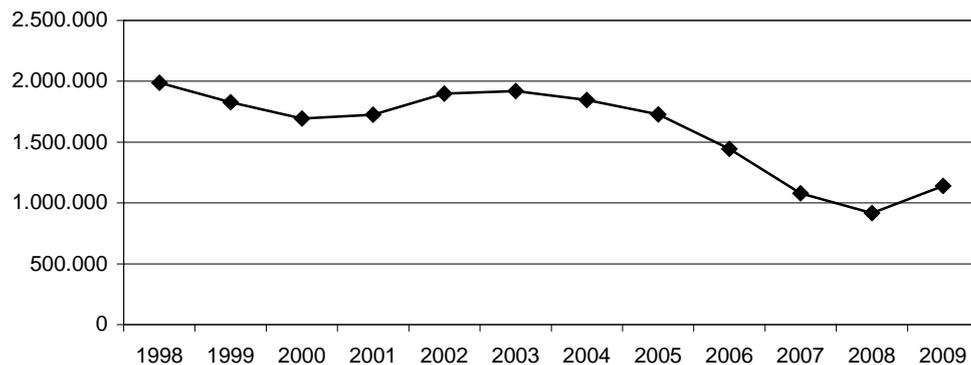


¹⁸⁴ www.pub.arbeitsagentur.de (02.09.2010).

¹⁸⁵ www.pub.arbeitsagentur.de (02.09.2010).

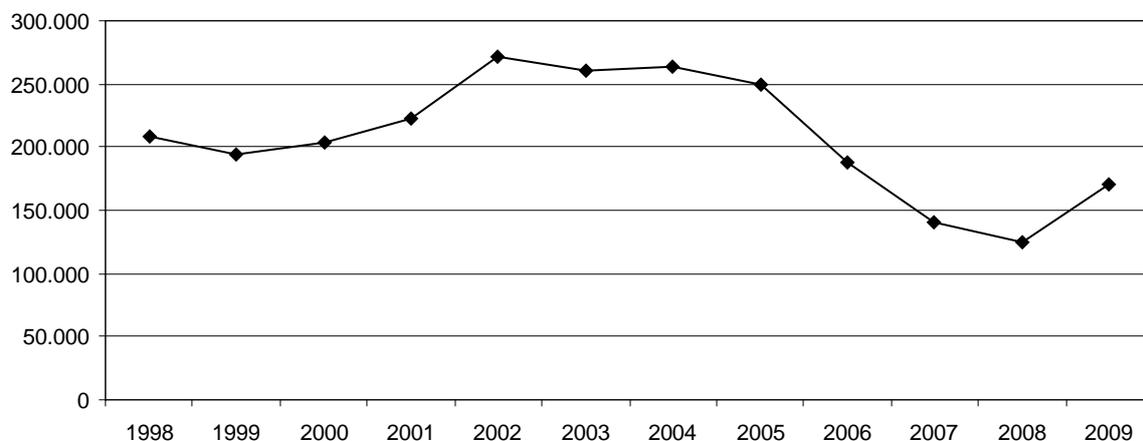
Dass es sich hierbei um statistische Ursachen handelt belegt ein Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosengeldempfänger in absoluten Zahlen. Hier kommt es im Jahre 2005 zu keinem Anstieg, die Kurve sinkt. So empfingen im Jahr 2004 1,8 Millionen Menschen Arbeitslosengeld, 2005 waren es 1,7 Millionen. (s. Grafik XXI).

Grafik XXI: Arbeitslosengeldempfänger in absoluten Zahlen¹⁸⁶.



Auch bei den jugendlichen Beziehern von Arbeitslosengeld kommt es im Gegensatz zu der betreffenden Arbeitslosenquote zu keinem Anstieg, der Trend bleibt rückläufig. Im Jahre 2004 waren dementsprechend 263.000 Jugendliche auf Arbeitslosengeld angewiesen, 2005 sank diese Zahl auf 250.000 Arbeitslosengeldempfänger (s. Grafik XXII).

Grafik XXII: Jugendliche Arbeitslosengeldempfänger in absoluten Zahlen¹⁸⁷.



¹⁸⁶ www.pub.arbeitsagentur.de (02.09.2010).

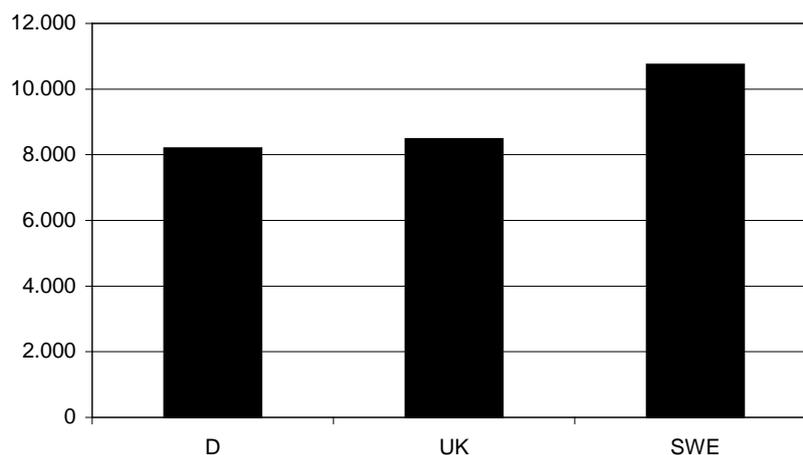
¹⁸⁷ www.pub.arbeitsagentur.de (02.09.2010).

5.2.3. Staatliche Ausgaben im Vergleich

Die Reformen der drei untersuchten Parteien während ihrer Regierungszeit zielten hauptsächlich auf drei große Bereiche: Soziales, im Sinne einer Reform des Wohlfahrtsstaates; Gesundheit, im Sinne einer Reform der öffentlichen Gesundheitsvorsorge; und Pensionen, im Sinne einer zunehmenden Gewichtung auf private Altersvorsorge;

In Bezug auf die öffentlichen Sozialausgaben ist anzumerken, dass sich diese pro Einwohner gerechnet, deutlich unterscheiden. Während diese in Deutschland und Großbritannien im Jahre 2007 bei knapp über 8.000 Euro lagen, befanden sie sich im selben Jahr in Schweden bei weit über 10.000 Euro (s. Grafik XXIII).

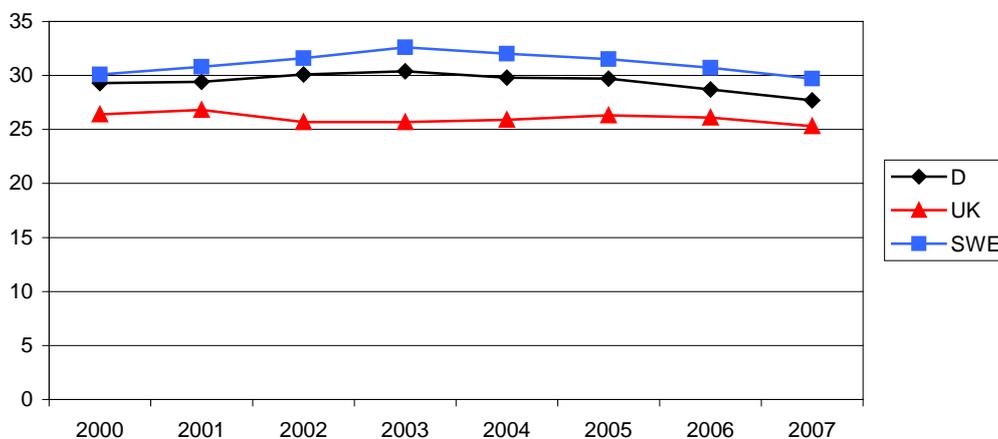
Grafik XXIII: Staatliche Sozialausgaben pro Kopf im Jahre 2007 in Euro¹⁸⁸.



In Bezug auf die Entwicklung der Sozialausgaben gerechnet in Prozent des Bruttoinlandsproduktes so zeichnet sich für alle drei Staaten eine relativ konstante Entwicklung ab. Sowohl in Schweden, Großbritannien und Deutschland sank der Anteil der Sozialausgaben, um 0,4 Prozent in Schweden, 1,1 Prozent in Großbritannien beziehungsweise 1,4 Prozent in Deutschland (s. Grafik XXIV). In Anbetracht der Tatsache, dass die Sozialbudgets der Staaten zunehmend unter Finanzierungsdruck leiden, scheinen die Sozialreformen der sozialdemokratischen Regierungen zumindest einen drastischen Anstieg der Sozialausgaben verhindert zu haben.

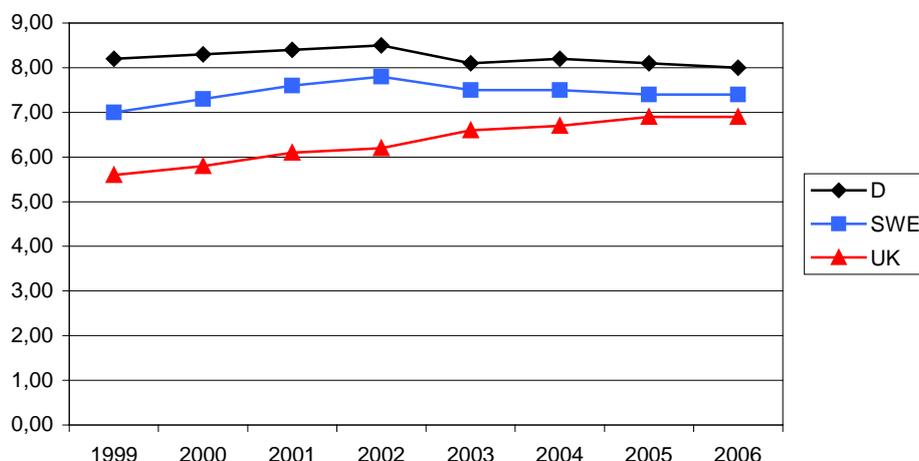
¹⁸⁸ www.wko.at (31.08.2010).

Grafik XXIV: Anteil der Sozialausgaben in Prozent des BIP in den Jahren 2000 bis 2007¹⁸⁹.



Auch der Anteil der Gesundheitsausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben verläuft in Deutschland und Schweden stabil (ein Rückgang von 0,2 Prozent in Deutschland, eine Zunahme von 0,4 Prozent in Schweden). In Großbritannien stieg er hingegen von 5,6 auf 6,9 Prozent (s. Grafik XXV). Ob dieser Anstieg Ausdruck der Reform des staatlichen Gesundheitssystems ist, oder lediglich eine stärkere Gewichtung der britischen Regierung auf die Gesundheitspolitik ist, bleibt abzuwarten.

Grafik XXV: Anteil der Gesundheitsausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben in den Jahren 1999 bis 2006 in Prozent¹⁹⁰.

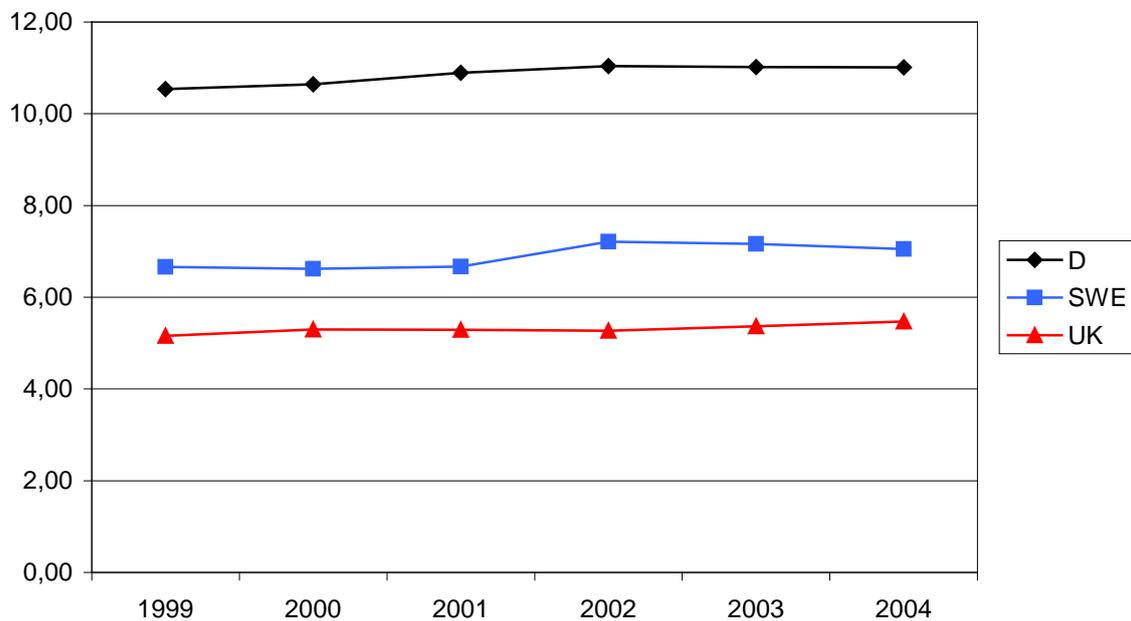


¹⁸⁹ www.wko.at (31.08.2010).

¹⁹⁰ www.oecd.org (03.09.2010).

Bei einem Vergleich des Anteils von Pensionsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben fällt auf, dass auch diese Kurve in allen drei Staaten ohne größere Abweichungen verläuft. Allerdings ist dieser Anteil in Deutschland fast doppelt so hoch wie in Großbritannien (s. Grafik XXVI). Es bleibt somit die Frage, ob die schwedische Pensionsreform den Staat tatsächliche Einsparungen gebracht hat.

Grafik XXVI: Anteil der Pensionsausgaben an gesamten staatlichen Ausgaben in Prozent¹⁹¹.



¹⁹¹ www.oecd.org (03.09.2010).

6. Conclusio

Die eingangs aufgestellte These, wonach die Ziele der Regierungspolitik der drei Parteien unterschiedlich wären, kann nicht zur Gänze bestätigt werden. Vielmehr versuchten SAP, SPD und Labour Party gleichermaßen den Wohlfahrtsstaat grundlegend zu reformieren, um ein übermäßiges Budgetdefizit zu verhindern.

Sie verfolgten dieses Ziel allerdings auf unterschiedlichen Wegen: während sich die Reformversuche in Deutschland durch teils fundamentale Zäsuren, wie etwa neues Arbeitslosengeld, auszeichneten, fielen die schwedischen Reformen eher durch graduelle Änderungen auf. Beispielsweise wurde das von ihrer Vorgängerregierung durchgesetzte Pensionsgesetz später nicht von der SAP zurückgenommen. Die britische Labour Party wiederum setzte zunehmend auf einen strikten Privatisierungskurs, um die staatlichen Ausgaben zu reduzieren. Somit kann die These der Verfolgung unterschiedlicher Ziele mit ähnlichen Mitteln zum Teil widerlegt werden.

Die Frage nach den erfolgreichsten Reformvorhaben lässt sich ebenfalls nur schwer beantworten: statistische Daten unterliegen dem jeweiligen nationalen Kontext und sind somit schwer zu vergleichen. Bezüglich den sozialstaatlichen Ausgaben lässt sich jedoch feststellen, dass sich diese nur geringfügig änderten. In Bezug auf die Agenda 2010 lassen sich zwar konkrete statistische Schwankungen beobachten, diese können jedoch auf Änderungen der Erhebung zurückgeführt werden.

Ob die sozialdemokratischen Reformen die langfristigen makroökonomischen Effekte erzielt haben, lässt sich zudem nur noch schwer eruieren, da durch die 2009 einsetzende Wirtschaftskrise Defizite unvermeidbar schienen. Der Anteil der Sozialstaatsausgaben am gesamten Budget ist jedenfalls in allen drei Ländern nahezu konstant geblieben. Dies ist vermutlich in Zusammenhang mit einem allgemeinem Rückgang der Staatsausgaben zu sehen, wodurch sich die Relation der Sozialausgaben zum gesamten Budget nicht signifikant änderte. Es lässt sich somit kein unmittelbarer und direkter Zusammenhang zwischen den sozialstaatlichen Kürzungen und den sozialstaatlichen Ausgaben feststellen.

Auswirkungen hatten die Reformanstrengungen aber auf die folgenden Wahlergebnisse: SAP, LP und SPD mussten in weiterer Folge zum Teil historische Wahlniederlagen verkraften. Die SPD steht zudem auch noch Jahre später der

Agenda 2010 gespalten gegenüber. Hier sorgt vor allem die Haltung zu einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre für innerparteiliche Diskussionen. Zusammenfassend kann bleibt die Frage nach den wirtschaftlichen beziehungsweise budgetären Erfolgen unbeantwortet, da sich die makroökonomischen Auswirkungen in Grenzen hielten.

Was die politischen Ergebnisse betrifft, so kann sich ebenso keine Partei als „Sieger“ fühlen, blieb doch spätestens mit dem Ende der zweiten aufeinanderfolgenden Legislaturperiode die abermalige Übernahme von Regierungsverantwortung verwehrt.

Starke Ähnlichkeiten konnten im Zuge der Untersuchung der jüngeren Vergangenheit der Parteien festgehalten werden.

Sowohl Labour Party als auch SPD konnten 1997 beziehungsweise 1998 nach jahrzehntelanger Oppositionsarbeit wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Die SAP hingegen war bereits 1994 an einer Regierungsbildung beteiligt.

Alle drei Parteien unternahmen im Zuge ihrer Regierungszeit Reformanstrengungen, welche zwar nötig waren, aber ihnen wohl auch Popularitätsverluste brachten. Sie versuchten sich durch Reformen der sozialstaatlichen Grundpfeiler, wie etwa Arbeitslosengeld, Pensionsantritt oder Gesundheitssystem, als fortschrittliche Parteien zu präsentieren, welche den Übergang von Oppositionspolitik zu Regierungsverantwortung gemeistert hätten. Dabei wurden jedoch Eckpunkte sozialdemokratischer Anliegen, wie etwa ein umfassender Wohlfahrtsstaat, Stück für Stück reduziert.

Nichtsdestotrotz wurden die reformwilligen Regierungen zumindest einmalig vom Wähler bestätigt. Die SPD war beispielsweise von 1998 bis 2005 die mandatsstärkste Partei, zuerst in einer Koalition mit den Grünen/Bündnis '90, anschließend in einer Koalition mit der CDU/CSU. 2009 endete ihre Regierungstätigkeit. Die Labour Party konnte sogar dreizehn Jahre lang die Regierung stellen. 2010 bekam schließlich eine Koalition aus Konservativen und Liberalen die Mehrheit. In Schweden musste die SAP 2006 den Wahlsieg der Konservativen zur Kenntnis nehmen, 2010 konnte der angestrebte Wahlsieg nicht erreicht werden.

Die Gründe für die relativ schlechten Wahlergebnisse sind Experten zu Folge verschieden: während in Großbritannien wohl auch außenpolitische Aspekte (wie

zum Beispiel die Teilnahme am Irakkrieg) die Wählerentscheidungen beeinflusst haben, scheinen in Deutschland und Schweden eher ungeliebte Sozialreformen (wie etwa eine Anhebung des Pensionsantrittsalters) für den Verlust der Regierungsverantwortung ausschlaggebend zu sein.

Für die zukünftige Entwicklung der Parteien ist ein baldiges Ergebnis ihrer angestrebten Neuausrichtung von großer Bedeutung. So ist bei der SPD fraglich, ob sie die Agenda 2010 als dunklen Fleck ihrer Vergangenheit begreift, oder diesen 1999 begonnen Kurs auch in Zukunft fortsetzt. Bei der Labour Party ist offen, wie sich die Personalrochaden langfristig auswirken werden, beziehungsweise welchen Kurs der 2010 zum Parteivorsitzende gewählte Ed Miliband verfolgen wird. In Schweden ist fraglich, ob sich die nationalistische „Schwedenpartei“ langfristig als politisches Gewicht etablieren können. Sie könnte als Mehrheitsbeschafferin die schwedische Parteienlandschaft maßgeblich mitgestalten.

Ungeachtet personeller und inhaltlicher Änderungen gibt es auch Stimmen, welche die aktuelle Situation sozialdemokratischer Parteien weniger dramatisch begreifen. Bernhard Wessels etwa sieht die Wahlergebnisse als Resultat „normaler zyklischer Entwicklungen“¹⁹².

Demzufolge wäre es durchaus möglich, dass die sozialdemokratischen Parteien nach einer Phase der Opposition wieder zu den stimmenstärksten politischen Kräften ihrer Länder aufsteigen.

¹⁹² Wessels, S.22f.

Anhang

I. Literaturverzeichnis

Berliner Programm

(http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/spd_berlinerprogramm.pdf, 21.09.2010)

Blair, Tony: Working Towards a People`s Europe. In: Fischer, Heinz (Hg.): Die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie. Locker Verlag: Wien 1997, S. 15-20.

Blair, Tony/Schröder, Gerhard: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8.6.1999).

(<http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>, 27.04.2010).

Bundeszentrale für politische Bildung.

(http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=KDBLJA, 27.08.2010).

Castelluci, Lars: Perspektiven des Dritten Weges. (<http://privat.lars-castellucci.de/wp-content/themes/lars1/images1/rede07.pdf?PHPSESSID=dd7b5e7450fd312571d5e463c1aba976>, 07.05.2010)

Cuperus, Rene: The Populist Deficiency of European Social Democracy. In: IPG. Internationale Politik und Gesellschaft. Nr. 3 (2003), S. 83-109.

Drohse, Franziska: Zur Notwendigkeit des Demokratischen Sozialismus für die Sozialdemokratie. (<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06084.pdf>, 21.09.2010).

Egle, Christoph: Deutschland. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 154-196.

Esping-Andersen, Gøsta: Welfare States without Work: The Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Policy. In: Ders. (Hg.): Welfare States in Transition. National Adoptions in Global Economies. SAGE Publications: London 1996, S. 66-87.

Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Suhrkamp: Frankfurt/M 1999 (2. Aufl.).

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Suhrkamp: Frankfurt/M 1997 (2 Aufl.).

Godesberger Programm

(http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieZuspitzungDesKaltenKrieges_programmGodesbergerProgramm/index.html, 21.09.2010)

Grill, Michael: Die Neugestaltung sozialdemokratischer Parteien in Europa und die Auswirkungen auf Regierungskonstellationen innerhalb der EU-Staaten. Universität Wien 1999.

Hardinghaus, Barbara/Hollersen, Wiebke: Mütter. Das echte Geld. In: Der Spiegel. Nr. 13 (2010), S. 56-62.

Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
(http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf, 25.05.2010).

Henkes, Christian: Schweden. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 272-314.

Hickman, Martin: Broke Britain: millions face struggle to stay afloat as financial crisis hits home. (<http://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/broke-britain-millions-face-struggle-to-stay-afloat-as-financial-crisis-hits-home-767584.html>, 04.06.2010).

Hickmann, Christoph: Der Meister der Mitte. In: Der Spiegel. Nr. 48 (2009), S. 30-31.

Jochem, Sven: Konzertierung und Parteienwettbewerb. Das schwedische Modell im Wandel. In: Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich. Leske und Budrich: Opladen 2003, S. 271-310.

Jochem, Sven: Die Reichstagswahl 2006. Eine Zäsur in der schwedischen Parteiengeschichte. In: Nordeuropaforum. Nr. 2 (2006), S. 5-24. (<http://edoc.hu-berlin.de/nordeuropaforum/2006-2/jochem-sven-5/PDF/jochem.pdf>, 08.06.2010)

Mahnkopf, Birgit: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialforschung, 30. Jg., Nr. 4 (2000), S. 1-39.

Mayer, Iris: SPD-Grundsatzprogramm. Zurück in die Zukunft.
(http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-grundsatzprogramm_aid_137374.html, 27.08.2010).

Merkel, Wolfgang: Konvergenz und Divergenz sozialdemokratischer Politik und Politikergebnisse. In: Ders. (Hg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 351-375.

Merrick, Jane/Brady, Brian: Two in five shun three main political parties.
(<http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/two-in-five-shun-three-main-political-parties-1686268.html>, 04.06.2010).

Meyer, Thomas: Demokratischer Sozialismus – Soziale Demokratie. Eine Einführung. Dietz Verlag: Bonn 1991.

Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Dietz Verlag: Bonn 1998.

Meyer, Thomas: Die Theorie der Sozialen Demokratie. In: Ders. (Hg.): Praxis der Sozialen Demokratie. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S.11-30.

Meyer, Thomas: Sozialismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008.

Michalik, Elzbieta: Socialdemocracy in Sweden. In: Olszewski, Edward (Hg.): Socialdemocratic Movement and Ideology. Yesterday and Today. Wydawnictwo UMCS: Lublin 2002, S. 219-228.

Neuregelungen aus dem Bereich der Agenda 2010.

(http://www.bundesregierung.de/nn_1524/Content/DE/Archiv16/Artikel/2004/12/2004-12-20-uebersicht-ueber-gesetzliche-neuregelungen-zum-1-januar-2005.html, 12.05.2010).

Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2008. (<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/publikationen/ahosz13.pdf>, 01.09.2010).

Niemann, Heinz: Linkssozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines „dritten Weges“. In: UTOPIE kreativ, Nr. 107 (1999), S. 11-22.

Obinger, Herbert/Tálos, Emmerich (Hg.): Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006.

Olszewski, Edward: Ideology and Socialdemocratic Movement in the Modern World. In: Ders. (Hg): Socialdemocratic Movement and Ideology. Yesterday and Today. Wydawnictwo UMCS: Lublin 2002, S. 15-33.

Oscarsson, Henrik/Holmberg, Sören: Swedish Voting Behaviour. Göteborg University 2007.

(http://www.valforskning.pol.gu.se/digitalAssets/1220/1220317_Holmberg_Oscarsson_2007_Swedish_Voting_Behavior.pdf, 01.09.2010).

Parteitag der SPD in Hannover (2.-4.12.1997). Beschlüsse.

(http://ia341018.us.archive.org/0/items/InnovationUndGerechtigkeitOrdentlicherParteitagnHannover2.Bis4/bschl_97.pdf, 11.05.2010).

Party Program of the Social Democratic Party

(http://www.socialdemokraterna.se/upload/Internationellt/Other%20Languages/party_program_english.pdf, 10.06.2010)

Petring, Alexander: Großbritannien. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 119-153.

Pfaller, Alfred: Social Democracy in the Globalized Post-industrial Society. In: IPG.

Internationale Politik und Gesellschaft. Nr. 2 (2000), S. 160-175.
(<http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2000-2/artpfaller.pdf>, 03.05.2010).

Schiffauer, Werner: Parallelgesellschaften. Wieviel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Transcript: Bielefeld 2008.

Schönwälder, Karen: „New Labour – New Britain“. Tony Blairs altes neues Großbritannien. In: Unger, Frank et al. (Hg.): New Democrats. New Labour. Neue Sozialdemokraten. Elefanten Press: Berlin 1998, S. 71-126.

Schröder, Wolfgang: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit. In: Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich. Leske und Budrich: Opladen 2003, S. 107-147.

SPD-Mitgliederzahlen

(http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/Mitgliederbestand_091231.pdf, 30.08.2010)

Spicker, Paul: The Welfare State. A General Theory. SAGE Publications: London 2000.

Sroka, Jacek: Socialdemocratic Parties And Organised Interest Groups in Some Western European Countries. In: Olszewski, Edward (Hg.): Socialdemocratic Movement and Ideology. Yesterday and Today. Wydawnictwo UMCS: Lublin 2002, S. 97-114.

Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adoptions in Global Economies. SAGE Publications: London 1996, S. 32-65.

Tálos, Emmerich (Hg.): Atypische Beschäftigung. Internationale Trends und sozialstaatliche Regelungen. MANZ Verlag: Wien 1999.

Tálos, Emmerich: Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005. Studienverlag: Innsbruck 2005.

The Labour Party Manifesto 2010

(<http://www2.labour.org.uk/uploads/TheLabourPartyManifesto-2010.pdf>, 04.06.2010).

Thierse, Wolfgang: Wurzeln und Werte der sozialen Demokratie.

(<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06075.pdf>, 21.09.2010).

Ucakar, Karl/Gschiegl, Stefan: Das politische System Österreichs und die EU. Facultas-Verlag: Wien 2009.

Unemployment Insurance Act 1997

(<http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/04/38/62/dbe7bac1.pdf>, 09.06.2010).

Watkins, Susan: A Weightless Hegemony. New Labour's Role in the Neoliberal Order. In: New Left Review. Nr. 25 (2004), S. 5-33.

Weaver, Matthew: Labour party sees record surge in membership.
(<http://www.guardian.co.uk/politics/2010/may/13/labour-party-record-surge-membership>, 01.09.2010).

Wehr, Andreas: "Innovationen für Deutschland": Die SPD auf dem Weg zurück zur Macht? In: Unger, Frank et al. (Hg.): New Democrats. New Labour. Neue Sozialdemokraten. Elefant Press: Berlin 1998, S. 127-177.

Welfare Reform Act 2007

(<http://www.statutelaw.gov.uk/content.aspx?LegType=Act+%28UK+Public+General%29&PageNumber=1&Year=2007&NavFrom=2&parentActiveTextDocId=3339981&ActiveTextDocId=3339985&filesize=105419>, 24.05.2010).

Wessels, Bernhard: Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren.
(<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07221.pdf>, 15.02.2011).

II. Onlinequellen

<http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/>, 30.08.2010.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=t2020_10, 30.08.2010.

http://www.oecd.org/countrieslist/0,3351,en_33873108_33844430_1_1_1_1_1,00.html, 03.09.2010.

www.politicsresources.net/area/uk/edates.htm, 01.09.2010.

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/z.html?call=r>, 02.09.2010.

http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/Mitgliederbestand_091231.pdf, 30.08.2010.

http://svt.se/2.22620/1.1927298/partierna_tappar_medlemmar, 01.09.2010.

<http://www.val.se/val/val2006/slutlig/R/riks/roster.html>, 01.09.2010.

<http://www.wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf>, 03.09.2010.

<http://www.wko.at/statistik/eu/europa-sozialausgaben.pdf>, 31.08.2010.

III. Abstract (deutsch)

Um angemessen auf neue Entwicklungen, wie etwa die oft zitierte Globalisierung, zu reagieren, versuchten zahlreiche sozialdemokratische Parteien Ende des 20. Jahrhunderts in Europa einen Kurswechsel zu vollziehen. So auch die schwedische SAP, die britische Labour Party und die deutsche SPD.

Neben teils radikalen Brüchen mit ihren Traditionen und den folgenden enttäuschenden Wahlergebnissen stellt sich die Frage, welche anderen Gemeinsamkeiten es zwischen diesen Parteien gibt? Wo lassen sich gravierende Unterschiede feststellen? Welcher der drei Reformversuche kann als Erfolg bewertet werden?

Diesen Fragen soll auf theoretischer, praktischer und empirischer Ebene nachgegangen werden.

Zunächst werden die verwendeten Methoden näher präsentiert. Anschließend werden im theoretischen Abschnitt die Parteiprogramme verglichen, wobei die unterschiedlichen historischen Entwicklungen der Parteien dargestellt werden.

Anhand von Gesetzestexten wird in weiterer Folge der Output dieser sozialdemokratischen Parteien untersucht. Makroökonomische Statistiken sollen einen Vergleich der jeweiligen Performanz ermöglichen.

Folgende Thesen gilt es auf dabei zu überprüfen:

- 1) Die Ziele der drei Parteien weichen stark voneinander ab, die Instrumente zur Erreichung ihrer Vorhaben zeichnen sich hingegen durch eine große Ähnlichkeit aus.
- 2) Aufgrund ihrer unterschiedlichen Traditionen ist im Vergleich mit der SPD und der SAP bei der Labour Party mit einer stärkeren wirtschaftsliberalen Ausrichtung zu rechnen.

Allfällige Schlussfolgerungen werden abschließend in einer Conclusio zusammengefasst.

IV. Abstract (english)

Faced with new challenges, such as the often mentioned globalization, many European social democratic parties tried to modernize their principles by adopting ideas of the “third way”. Leading the way in this regard were the British Labour Party, the German SPD as well as the Swedish SAP. Not only do these parties represent different types of social democracy, they are also part of different types of the welfare state. So all three parties are well placed to analyze and compare different reforms concerning the welfare state.

The following questions were subject of this paper: What do these parties have in common? Where are their differences? Which reform was most successful?

At first, the dominating theories of social democracy are presented. In a second step, the party programs of the three subjects are analyzed. Subsequently, the record of the social democratic governments is scrutinized by comparing three representative laws of that era. Finally macroeconomic effects of these reforms are interpreted by economic statistics.

Two hypotheses are to be challenged:

- 1) The goals of the parties do not have as much in common as the means employed to achieve them.
- 2) In accordance with their past, the Labour Party is supposed to have the most liberal approach to social reforms.

The final chapter provides a summary and some conclusions based on the major arguments put forth in the thesis.

V. Lebenslauf des Autors

Persönliche Daten:

Name: Georg Florian Schrodt

Geboren am: 20. Mai 1984 in Wien

Ausbildung:

- 1990 bis 1994: Volksschule Diesterweggasse.
- 1994 bis 2002: Bundesgymnasium Fichtnergasse, Matura am 3. Juni 2002.
- Oktober 2003 – Juni 2004: Studium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- seit Oktober 2004: Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien. Schwerpunkte: internationale Politik, Globalgeschichte, sowie politische Theorien und Kulturstudien.

Weitere Qualifikationen:

- Sprachkenntnisse: Englisch, Grundkenntnisse des Französischen und des Tschechischen.
- August 2001: Sprachaufenthalt in Lausanne/Schweiz.
- September 2001: Sprachaufenthalt in Saffron Walden/England.
- Wintersemester 2008/09: Erasmus-Aufenthalt in Brno/Tschechien.

Berufliche Erfahrung (Auswahl):

- Juli 2001: Ferialpraktikant beim Bauunternehmen Beck.
- Oktober 2002 bis September 2003: Zivildienst im Bereich Mobile Dienste der Caritas Wien.
- Juli 2004: Ferialpraktikant im Bürodienst der Firma Investkredit Bank AG.
- Februar 2009: Ferialpraktikant in der Hauptabteilung Religion im ORF Radio/HD 4.
- Seit September 2010 befristeter freier Mitarbeiter in der Hauptabteilung Religion im ORF Radio/HD 4.